Morgenausgabe

Nr. 507 / A 255 — 46. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
29. Oktober 1929

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Regierungskrise in Prag.

Sofortige Folgerung aus der Wahlniederlage.

Bereits am Wahltag hat Ministerpräsident Udrzal im Namen der Regierung dem Präsidenten der Republik die Demission mit einem Schreiben überreicht, in dem es heißt:

Heute werden die Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften vorgenommen, die auf Grund der Verfassung nach Auflösung der Nationalversammlung von der Regierung angeordnet wurden. Im Hinblick darauf hat die Regierung beschlossen, ihre Demission zu überreichen.

Präsident Masaryk hat die Demission der Regierung angenommen und das Kabinett und die übrigen Ressortminister mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte betraut, solange die neue Regierung noch nicht gebildet ist.

Das Wahlergebnis.

Prag, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Auch in der Tschechoslowakei besteht der Proporz mit großen Wahlkreisen und gebundenen Listen, doch werden die Reststimmen zweimal durchgezählt und verteilt, so daß zunächst bisher nur 182 von den feststehenden 300 Mandaten besetzt sind. Aus Karpatho-Rußland fehlen die Ergebnisse aus drei Distrikten. Ein Bote, der das Wahlresultat aus Volova zu übermitteln hatte, soll auf dem Wege ertrunken sein.

Auf Grund der bisher vorliegenden Ergebnisse verteilen sich die Stimmen und Mandate wie folgt:

Partei:	Stimmen	(In Klammern die Ergebnisse von 1925)	Mandate	
Tschechische Sozialdemokraten	936 000	(631 000)	39	(29)
Deutsche Sozialdemokraten	513 000	(411 000)	21	(17)
Nationalsozial (Benesch)	767 000	(609 000)	32	(28)
Kommunisten	752 000	(931 000)	29	(40)
Tschechische Agrarier	1 100 000	(970 000)	46	(46)
Deutsche Agrarier	396 000	(—)	16	(—)
Deutsche Christlichsoziale	348 000	(—)	15	(—)
Tschechische Klerikale	624 000	(691 000)	25	(31)
Slowakische Klerikale	403 000	(489 000)	18	(23)
Ungarische Christlichsoziale	257 000	(—)	9	(—)
Jüdisch-polnische Liste	104 000	(—)	4	(—)
Nationaldemokraten	360 000	(285 000)	15	(13)
Tschechische Gewerbepartei	291 000	(285 000)	12	(13)
Liga gegen gebd. Listen	72 000	(—)	3	(—)
Deutschnationale	189 000	(240 000)	7	(10)
Hakenkreuzler	205 000	(168 000)	8	(7)

Die bisherigen deutschen Regierungsparteien verzeichnen einen Verlust von etwa vier Mandaten. Die Kommunisten büßten rund 190 000 Stimmen ein.

Spät abends wird das nichtamtliche Gesamtergebnis gemeldet; die Mandatezahlen sind nach dem Obengesagten wohl vorausberechnet. Im ganzen wurden 7 386 019 Stimmen abgegeben gegen 7 103 913 im Jahre 1925.

Mandate (1925 in Klammern): Deutsche Sozialdemokraten 21 (17), Deutsche Landwirte 16 (16), Deutschnationale 8 (10), Deutsche christlichsoziale und Gewerbepartei 14 (16), Hakenkreuzler 8 (7), Tschechische Sozialdemokraten 40 (31), Tschechische Nationalsozialisten 31, Gruppe des früheren Generalstabschefs Gajda 3, Tschechische Nationaldemokraten 14 (13), Tschechische Klerikale 25 (31), Tschechische Agrarier 45 (45), Tschechische Gewerbepartei 12 (13), Slowakische Volkspartei (Hlinka) 17 (23), Ungarische christlichsoziale und Nationalpartei 10, Polnisch-Jüdische Partei 4, Kommunisten 30 (41).

Rot-Grüne Koalition in Sicht.

Prag, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Nachdem jetzt bis auf geringfügige Reste das Wahlergebnis vorliegt, zeigt sich deutlich, daß der Bürgerblock geschlagen ist. Er wird auf keinen Fall zurückkehren. Dafür spricht nicht nur der Rückgang der meisten seiner Parteien, sondern es sind auch die Gegensätze innerhalb der bisherigen Koalition zu stark, als daß sie sich in absehbarer Zeit zusammenleimen ließe. Dagegen erscheint die

Bildung einer sogenannten rot-grünen Koalition wahrscheinlich.

Sie entspricht dem deutlich bekundeten Willen der Arbeiter- und der demokratischen Bauernmassen. Die Nationalsoziale Partei (Benesch) wird den Eintritt in die Koalition allein kaum vollziehen wollen, sondern nur gleichzeitig mit den eigentlichen großen Siegern dieser Wahlen, den tschechischen Sozialdemokraten. Letztere wiederum legen den größten Wert darauf, den Uebergang von der Opposition zur Koalition nicht allein, sondern nur gemeinsam mit **den deutschen Sozialdemokraten zu vollziehen.**

Hier beginnen allerdings Schwierigkeiten, die zwar keineswegs unüberwindlich scheinen, aber groß genug sind. Die deutschen Genossen dürften in ihrer Mehrheit, nachdem

die letzten Jahre eine merkliche Entspannung der deutsch-tschechischen Beziehungen gebracht

haben, durchaus geneigt sein, über einen Eintritt in die Regierung mit den übrigen Parteien, vor allem mit den tschechischen Genossen, zu verhandeln. Sie werden aber nicht den Fehler wiederholen, den die deutschen bürgerlichen Parteien bei ihrem Eintritt in die Bürgerblockregierung begangen haben und den die deutschen Sozialdemokraten diesen stets vorgehalten haben, nämlich bedingungslos in die Regierung einzutreten. Sie werden sich vielmehr vorher über ein Regierungsprogramm zu verständigen suchen und dabei gewisse Wünsche und Forderungen, teils budgetärer, teils kulturpolitischer Art, anmelden. Leitende tschechische Genossen zeigen durchaus Verständnis für die Notwendigkeit solcher Verhandlungen; die Bereitschaft, den deutschen Wünschen möglichst entgegenzukommen, besteht ebenfalls. Es wird sogar versichert, daß selbst von der Benesch-Partei trotz ihres chauvinistischen Einschlages ernsthafter Widerstand nicht zu befürchten sei, weil die tschechischen Nationalsozialisten die Notwendigkeit einer Hinzuziehung der deutschen Sozialdemokraten anerkennen. Unter diesen Umständen steigen die Aussichten einer rot-grünen Koalition, die aus folgenden Parteien bestehen würde: Tschechische und deutsche Sozialdemokraten, tschechische Nationalsoziale, tschechische und deutsche Agrarier. Freilich muß mit langwierigen Vorverhandlungen gerechnet werden, ehe dieses Ziel, das die einzige logische Folge dieses Wahlergebnisses ist, erreicht werden kann.

Die letzten Krämpfe.

Das Inflationsbegehren im Verenden. — Nummer Zwei angekündigt.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren hat beim Reichsminister des Innern den Antrag gestellt, die Eintragungsfrist für das Volksbegehren zu verlängern. Der Reichsminister hat keinen Anlaß gesehen, dem Antrage des Reichsausschusses zu entsprechen.

Der Hugenberg-Ausschuß hat um Fristverlängerung gebeten. Diese Bitte ist völlig ungesetzlich und widerspricht dem Sinn des Volksbegehrens. Schließlich könnte jede Partei, die ein Volksbegehren riskiert, angesichts der Pleite um Fristverlängerung nachsuchen, bis die fehlende Anzahl von Einzeichnenden ins wahlmündige Alter hineingewachsen ist! Die Bitte um Fristverlängerung ist das komplette Eingeständnis des Fiaskos des Hugenberg-Begehrens.

Sie ist aber noch mehr: hier wird der Dreh vorbereitet, mit dem sich der Reichsausschuß aus der katastrophalen Pleite herauszulügen gedenkt. Zur Begründung seiner Bitte hat der Hugenberg-Ausschuß auf die Tatsache verwiesen, daß ein materielles Urteil des Staatsgerichtshofs zur Beamtenfrage nicht vorliege, er hat behauptet, daß breite Volksschichten praktisch ihres Stimmrechts beraubt worden seien. Die Hugenberg-Leute beginnen beizeiten mit dem Terrorgeschrei, obwohl der Hugenbergsche „Lokal-Anzeiger" eben erst versichert hat, daß die Erklärungen der Regierungen über Beamtenpflicht und Hugenberg-Begehren „weiteste Kreise, die sonst dem Volksbegehren gegenüber gleichgültig oder ablehnend geblieben", zu den Einzeichnungslisten geführt hätten! Sie wollen schreien: nur der Terror ist schuld, wenn die Pleite eingestanden werden muß.

Eine klägliche Ausrede von Leuten, die systematisch auf den Agrarierterror auf dem platten Lande spekuliert haben, und die skandalöse Fälle brutalsten Terrors auf dem Gewissen haben. Ihre Niederlage ist da, und es ist charakteristisch für sie, daß sie nun nach der Schuld bei anderen suchen, nicht bei sich selbst! Sie suchen immer nach der Schuld der anderen — seit dem Zusammenbruch von 1918.

Das ist der Dreh Nummer 1, und Nummer 2 folgt sofort. Herr Franz Seldte, Mitglied des Präsidiums des Hugenbergschen Reichsausschusses, hat in Magdeburg eine Erklärung abgegeben, worüber folgendes gemeldet wird:

„In seiner Rede bei einer Kundgebung für das deutsche Volksbegehren in der Magdeburger Stadthalle erklärte der 1. Bundesführer des Stahlhelms Franz Seldte, der Reichsausschuß für das Volksbegehren habe freudig die Kampfidee des Stahlhelms aufgenommen und einstimmig beschlossen, daß sein Präsidium auch nach dem Volksbegehren zusammenbleiben werde. Der Angriff werde weitergetragen. Es werde sofort eine neue Aktion eingeleitet in einer Form, die man selbst bestimmen werde."

Volksbegehren Nummer 2 gefällig? Vielleicht das berühmte zurückgestellte Stahlhelmvolksbegehren, das zwar keinen § 4 enthält, dafür aber die Insinuation daß im Deutschen Reichstag eine erkleckliche Anzahl gemeiner Verbrecher säße? Oder was sonst für eine neue famose Aktion, hinter der die Pleite von Volksbegehren Nummer 1 verschwinden soll?

Das soll also nun so weiter gehen. Der famose Hugenberg-Ausschuß will zusammenbleiben und das Geschäft weiter fortsetzen. Arme Deutschnationale! Sie sollen auch für die Zukunft das gehorsame Fußvolk für das Triumvirat Hitler-Hugenberg-Seldte bleiben, das Rohmaterial für den berühmten Block des Herrn Hugenberg. Wie ihnen das bekommt, haben die badischen Wahlen gezeigt: zwei Drittel der Stimmen und fünf Mandate eingebüßt! Und wenn die Deutschnationalen ansehen, wie die Zeitungen ihres Parteivorsitzenden diese katastrophale Niederlage kommentieren, so werden sie mit Schaudern auf das famose Wirken des Triumvirats blicken. Der „Lokal-Anzeiger" verzeichnet diese Dezimierung der Deutschnationalen unter der Ueberschrift: Erfolge der Rechten in Baden. Er geht über die deutschnationale Niederlage mit eleganter Handbewegung hinweg: „wenn auch die deutschnationale Partei an Stimmen abgeben mußte, so ist die Rechte insgesamt, vor allem durch den in dieser Höhe überraschenden Gewinn der Nationalsozialisten stärker angewachsen als die übrigen Gruppen". Das letztere ist zwar ein echter Hugenberg-Schwindel — aber diese Art der Stellungnahme ist bezeichnend für die Hugenbergschen Absichten.

Es hat wohl noch keinen Parteivorsitzenden in Deutschland gegeben, der die Niederlage der eigenen Partei als einen Erfolg feiert, der die Tatsache, daß eine andere Partei der eigenen zwei Drittel der Wähler weggerissen hat, als hocherfreulich begrüßt, und in seinen Zeitungen glorifizieren läßt! Der Brei „Deutschnationale Volkspartei" scheint den Vorsitzenden dieser Partei nur noch sehr wenig zu interessieren!

Die Lage der Deutschnationalen ist wahrhaftig nicht beneidenswert: erst die Pleite des Hugenberg-Begehrens, dann

Die Räumung der zweiten Zone.

Bis 30. November beendet.

Koblenz, 28. Oktober.

Das französische Armeeoberkommando in Mainz hat dem Generaldelegierten der Reichsvermögensverwaltung auf Anfrage die Reihenfolge des Abtransports der noch in der zweiten Besatzungszone stehenden Truppen mitgeteilt. Die letzten Uebergangskommandos werden bis 30. November abgerückt sein.

Düren und Jülich frei.

Köln, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Montag vormittag ist aus Düren der größte Teil der französischen Truppen abtransportiert worden. Ein Abwicklungskommando von 150 Mann bleibt vorläufig in der Stadt. Die Freigabe der beschlagnahmten Gebäude ist bis auf das Militärlazarett, das am 28. November freigegeben wird, erfolgt. Die vollständige Räumung der Stadt wird bis zum 30. November durchgeführt sein. Auch in Jülich hat heute morgen der Rest der belgischen Besatzung in Stärke von 13 Offizieren, 60 Unteroffizieren und 374 Mann des 4. Pionierregiments mit der Gendarmerie die Stadt verlassen. Sie ist damit vollständig frei von fremden Truppen. Die 4. Pioniere werden einstweilen in Aachen untergebracht. Von hier aus werden sie am 30. November verladen.

Börsenkrach geht weiter.

Schwarzer Montag an der New-Yorker Börse.

New York, 28. Oktober.

Sehr schnell ist an der Effektenbörse auf den schwarzen Donnerstag ein schwarzer Montag gefolgt, dessen Ursachen zum Teil in den Auswirkungen des letzten Kurseinbruches zu suchen sind. Bei wiederum sehr großen Umsätzen gaben die Kurse bis zu 45 Dollar nach. Im Verlaufe der Börse einsetzende Stützungsversuche der Banken erwiesen sich als erfolglos.

Die Arbeitslosigkeit steigt!

Zunahme 38 000 Unterstützte in der 1. Oktoberhälfte.

In der ersten Oktoberhälfte ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 749 000 auf 784 000, d. h. um rund 35 000 oder 4,7 Proz. gestiegen. Die Zunahme beschränkte sich wieder ausschließlich auf die Männer und belief sich bei diesen auf 36 000 oder 6,3 Proz. Bei den Frauen fand auch dieses Mal eine — wenngleich sehr geringe — Abnahme (um rund 700 Personen) statt. Von dem Anstieg der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung wurden sowohl männliche wie weibliche Unterstützte betroffen. Sie wiesen zusammen eine Zunahme um 3000 Personen oder 2 Proz. auf und erreichen damit eine Zahl von 165 000.

die Fortsetzung der nationalsozialistischen Zellenbildung unter dem Regime Hitler-Seldte-Hugenberg!

Es beginnt die Rebellion der Deutschnationalen, die mit Entsetzen sehen, in welche Katastrophe sie Hugenberg geführt hat. In einer Versammlung in Stettin hat Herr Schlange-Schöningen, einer der von Hugenberg gemaßregelten Männer des Westarp-Flügels, den Kampf eröffnet. In vorsichtigen Andeutungen polemisierte er gegen Hugenberg, indem er die Notwendigkeit einer geschlossenen und festen deutschnationalen Partei betonte:

„Sie wird nur dann lebensfähig sein, wenn sie großzügig und kraftvoll alle die an sich zieht, die erfüllt sind vom ernsten nationalen Willen, und wenn sie ihre Politik aufbaut ohne Opportunismus und ohne übertriebene radikale Bestrebungen auf einem Wirklichkeitssinn, der die Dinge richtig schätzt und der auch zu den Machtfaktoren des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens die richtige Einstellung gewinnt. Wir haben keine Zeit, unsere Kräfte in Demonstrationen zu erschöpfen! Vor meiner Seele steht das Wort unseres toten Helfferichs, der zugleich der größte Idealist und politische Realist war: „Sagen Sie dem Volke die Wahrheit, das ist die beste Politik."

Wenn Helfferich heute noch lebte, würde auch er den Young-Plan als untragbar und unerfüllbar bekämpfen. Welche Formen Helfferich in diesem Kampfe gewählt hätte, entzieht sich meiner Beurteilung. Aber die Formen des Kampfes sind bei uns Deutschnationalen Sache des verantwortlichen Führers, und das Recht, diese Dinge zu kritisieren, kann nicht jedermann zugestanden werden. Auch dann nicht, wenn ihm Einzelheiten hier und da nicht ganz gefallen. Im Kampf um den Young-Plan und das „Deutsche Freiheitsgesetz" ist besonders der § 4 des Gesetzes nach Inhalt und Fassung umstritten. Es geht selbstverständlich nicht an, daß sich die Deutschnationale Volkspartei durch die Kritik der Gegner abdrängen lassen darf von unserem Reichspräsidenten, dem wir in nicht zu überbietender Treue ergeben sind.

Es gilt aus der Verranntheit und aus dem politischen Irrgarten heraus den Weg zu finden, der schnell und am besten zur Rettung Deutschlands führt."

Das ist in jedem Satze eine Abkehr von Hugenberg und seinem Reichsausschuß, ein Vorspiel zu den Auseinandersetzungen, die den Deutschnationalen jetzt bevorstehen.

Das Hugenbergsche Volksbegehren liegt in den letzten Krämpfen — die Krämpfe der Deutschnationalen Volkspartei beginnen. Das politische Gebilde, das sie einst darstellte, existiert nicht mehr. Der Amoklauf des großen Mannes Hugenberg hat es zerschlagen, die um Hitler haben den Profit — aber Hugenberg gelüstet es bereits nach neuen genialen Taten.

Wenn das so weiter geht!

Die Ergänzung des Reichskabinetts.

Unverbindliche Vorbesprechungen.

Zu den Erörterungen über die Umbildung der Reichsregierung erfährt die Telegraphen-Union aus Zentrumskreisen, daß vor einigen Tagen zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrumsabgeordneten Brüning eine Unterredung stattgefunden hat, die indessen rein privater Natur war und keinen offiziellen Charakter hatte. Dabei ist die Frage erörtert worden, ob es möglich sei, einen koalitionspolitischen Ausgleich in der Weise vorzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei das Außenministerium und das Justizministerium, das Zentrum das Verkehrsministerium und das Wirtschaftsministerium erhalten soll. Bestimmte Vorschläge sind aber in dieser Richtung nicht gemacht worden. Die Zentrumsfraktion selbst ist nicht in Berlin versammelt und hat sich mit diesem Problem noch nicht beschäftigt.

Wie verlautet, hat der Reichskanzler inzwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei von der Unterredung mit Dr. Brüning Mitteilung gemacht. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei hat am Donnerstag eine Sitzung.

Eine Hugenberg-Lüge.

Keine amtliche Wahlfälschung in Essen.

Dieser Tage verbreitete Hugenbergs Telegraphen-Union eine Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" über eine „Amtliche Fälschung an einer Volksbegehrenseintragung". Danach sollte die Eintragung eines Volksbegehrlers in Essen von einem Beamten des Wahlbureaus kurz nach der Einzeichnung ausradiert worden sein. Die ganze deutschnationale Presse fiel über diese Nachricht her. Man verzeichnete sie in großer Aufmachung unter dem Titel „Sogar mit Listenfälschung wird gearbeitet", „Amtlicher Betrug" und unter ähnlichen Schlagzeilen. Inzwischen hat der bürgerliche Oberbürgermeister der Stadt Essen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" folgende Richtigstellung zugehen lassen:

„Unter Bezugnahme auf Ihre Mitteilung in der heutigen Morgenausgabe unter der Ueberschrift „Amtliche Fälschung an einer Volksbegehreintragung" teile ich Ihnen mit, daß die Eintragung des Herrn Montanus irrtümlich zugelassen war, bevor die vorgeschriebene Prüfung vorgenommen worden war. Die erst nach der Eintragung vorgenommene Nachprüfung ergab, daß Montanus nicht in der Wählerliste aufgeführt stand. Das hatte darin seinen Grund, daß Montanus, obgleich er nach Aussage seiner Mutter bereits über drei Jahre ortsansässig ist, sich erst vor wenigen Tagen polizeilich angemeldet hat. Es mußte ihm deshalb aufgegeben werden, sich im Wahlbureau einen ordnungsmäßigen Wahlausweis zu beschaffen. Dies ist aber abgelehnt worden, worauf der Listenführer die Eintragung ausradierte. Die Beseitigung der zu Unrecht erfolgten Eintragung hätte nach der Uebung bei den sonstigen Wahlen nicht durch Radierung, sondern durch Durchstreichen des Namens erfolgen müssen, zugleich mit der Aufnahme eines Vermerks über den Grund der Streichung. Von einer amtlichen Fälschung an einer Volksbegehreintragung kann selbstverständlich keine Rede sein."

Die Darstellung des Essener Oberbürgermeisters ist der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" am Sonnabend übermittelt und von der „Essener Volkszeitung", einem Zentrumsblatt, in deren Sonntagsausgabe vom 27. Oktober veröffentlicht worden. Der Hugenbergsche Presseapparat hat bisher diese Richtigstellung nicht wiedergegeben.

Wegen der Pogrome in Palästina wurden zwei Araber in Safed zum Tode und zwei weitere zu zehn Jahren Zwangsarbeit, ein Araberführer, der Scheich Taleb Markah, als Anstifter der Angriffe gegen Hebron zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Bombenfabrik entdeckt.

Verfertiger der in Schleswig-Holstein verwendeten Höllenmaschinen festgestellt.

Das Landeskriminalrat I A Berlin teilt mit: Am 26. Oktober 1929 sind in Hamburg-Altona durch Beamte der Landeskriminalstelle I A Berlin folgende Personen vorläufig festgenommen worden: 1. der Kunstmaler Herbert Schmidt, am 2. März 1906 zu Blankenese geboren; 2. der kaufmännische Angestellte Harro Schmidt, am 12. Oktober 1907 zu Blankenese geboren; 3. der Kaufmann Erwin Kaphengst, am 2. März 1907 zu Hamburg geboren.

Herbert Schmidt ist geständig, mit dem zurzeit flüchtigen Elektrotechniker Alfred Kaphengst am 23. November 1903 zu Hamburg geboren, wohnhaft zuletzt Altona-Othmarschen, die bei den beiden Anschlägen in Schleswig-Holstein verwendeten Sprengkörper mit Zeitzündung angefertigt und außerdem den Anschlag auf das Landratsamt in Niebüll mit Kaphengst durchgeführt zu haben.

Der flüchtige Alfred Kaphengst, der auch einen Paß auf den Namen Carstens besitzt, wird wie folgt beschrieben: Etwa 1,72 Meter groß, schlanke Gestalt, blasse Gesichtsfarbe, hellblonde Haare. Er ist kurzsichtig und trägt eine Hornbrille. Harro Schmidt und Erwin Kaphengst haben von der vorgeschilderten Tätigkeit von Herbert Schmidt und Alfred Kaphengst Kenntnis gehabt und sich daher nach § 13 des Sprengstoffgesetzes von 1884 strafbar gemacht.

Der an Ort und Stelle weilende Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Masur, ist zurzeit mit der Nachprüfung der Vorgänge zwecks Entscheidung über Erlaß eines Haftbefehls beschäftigt.

Hatten die Bombenattentäter Verbindung mit Ehrhardt?

Hamburg, 28. Oktober.

Zu den erneuten Verhaftungen in der Bombenangelegenheit meldet der „Hamburger Anzeiger", daß die Verhafteten ebenso wie die Bombenattentäter dem sogenannten Ehrhardt-Kreis angehören. Nach Ermittlungen des Bombendezernats bei der Altonaer Polizei habe dieser Kreis augenscheinlich weitere Attentate geplant, um die bisher verhafteten Attentäter zu entlasten. Die Kreise um die Bombenattentäter hätten in letzter Zeit besondere Aktivität entfaltet und seien u. a. in der Reitschule in Neustadt im Kreise Oldenburg kürzlich zu einer Konferenz zusammengekommen, an der die Brüder Killinger, die an dem Erzberger-Mord beteiligt waren, teilnahmen. Die Verbindung der Verhafteten zur Landvolkbewegung unmittelbar sei bis jetzt noch nicht nachgewiesen, ebensowenig lägen schon definitive Anhaltspunkte für Beziehungen zu Kapitän Ehrhardt selbst vor.

Die Hugenberg-Pleite.

Es will nicht mehr werden.

Der zweite Eintragungssonntag hat die Hoffnungen derer um Hugenberg nicht erfüllt. Der erwartete große Aufschwung am letzten Eintragungssonntag ist ausgeblieben.

Das Bild wird immer klarer, auch die Hoffnungen der Inflationsbegehrler auf das platte Land erfüllen sich nicht in dem Maße, wie sie angenommen hatten.

So war die Ziffer von 350 000 Eintragungen in der ersten Woche für Pommern zu hoch. Der Stand der Eintragungen für Pommern war nach behördlichen Mitteilungen am Sonnabend erst höchstens 250 000.

Im Rheinland sind am Sonntag die Eintragungsziffern noch zurückgegangen. In den Großstädten sind die Einzeichnungen im selben langsamen Tempo weitergegangen.

Einzeichnungen in Berlin.

Am Montag, dem vorletzten Tage der Einzeichnungsfrist, trugen sich ein:

	28. 10.	27. 10.
Friedrichshain	1365	1181
Prenzlauer Berg	1411	1346
Lichtenberg	1016	1134
Wedding	1182	1093
Reinickendorf	557	628

Vorher überlegen!

Unterschrift zum Volksbegehren kann nicht zurückgezogen werden.

In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, daß Personen, die sich in die Liste zum Volksbegehren eintragen ließen, nachträglich diesen unüberlegten Schritt bedauern und ihn zurücknehmen wollen. Das ist aber leider nicht möglich. In dem Runderlaß des Ministers des Innern vom 4. Oktober ist ausdrücklich gesagt: „Eine in die Eintragungsliste abgegebene Unterschrift kann ebensowenig zurückgenommen werden, wie bei einer Wahl die erfolgte Stimmabgabe zurückgezogen oder geändert werden kann." Bei reiflicher Ueberlegung vor Leistung der Unterschrift hätte sich mancher Gewissenskonflikte erspart.

Hugenbergs „Rekordstand".

Der Auftrieb an Dummen in München.

Freudestrahlend meldet der „Lokal-Anzeiger", daß „in Nachwirkung der Hugenberg-Hitler-Versammlung" in München die Einzeichnungen am Sonntag

den Rekord von 3800

erreicht habe. Die sicherlich herzliche Freude der „Lokal-Anzeiger"-Leser über diesen gigantischen Hugenberg-Rekord, der alle Weltrekorde verdunkelt, wird aber einige Zeilen später durch die g'schämige Eröffnung getrübt, daß die Gesamtzahl der Eintragungen in München bisher 21 424 betrage, was noch nicht 5 Proz. der Wählerschaft sind! Der sonntägliche „Rekordstand" infolge der H.-u.-H.-Maulaufreißerei von 3800 macht — bei einer Münchener Gesamtwählerschaft von rund 420 000 — sage und schreibe 0,9 Proz., also noch nicht ein Hundertstel, der Wählerschaft aus.

Der „Lokal-Anzeiger" überschreibt sein Siegesbulletin mit der vielverheißenden Zeile: „Auftrieb in München." Das Wort „Auftrieb" kommt in der deutschen Sprache gemeinhin in Verbindung mit dem Viehhof in Schlachtviehberichten vor. Diese pflegen einen starken Auftrieb an Ochsen, Hammeln, Schafen usw. zu melden. Ein Aehnliches und Sinnverwandtes hat zweifellos auch dem „Lokal-Anzeiger" vorgeschwebt, als er den „Auftrieb" an Hugenberg-Wählern in München notierte.

Vögler für Inflation.

Der volksparteiliche Abgeordnete geht zu Hugenberg.

Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Generaldirektor Vögler hat sich für das Hugenbergsche Inflationsbegehren eingezeichnet, er hat gleichzeitig eine Reihe von Aufrufen für das Inflationsbegehren unterzeichnet. Sein Bekenntnis zur Hugenberg-Front ist in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie peinlich aufgefallen.

Am peinlichsten wird Herr Luther berührt sein, der, gestützt auf Vögler, für den Vorsitz der Volkspartei kandidierte.

Der Direktor.

Die Aufwandsentschädigung des Herrn Paul von Gontard.

In dem bekannten Landesverratsverfahren des Oberlagerverwalters Walter Bullerjahn hat die Verteidigung in ihrem Wiederaufnahmeverfahren sich dagegen gewandt, daß der frühere Generaldirektor der Berlin-Karlsruher Industriewerke A.-G., Paul von Gontard, vor dem Reichsgericht nicht vernommen wurde, sondern lediglich sein Zeugnis durch Dritte übermittelt worden ist. Das Reichsgericht hat in dem Urteil gegen Bullerjahn festgestellt, daß dieser ungenannte Zeuge untadelig und über allen Zweifel erhaben sei; auch sei er an der Sache vollkommen unbeteiligt.

Ein Zivilprozeß, der bei dem Landgericht III zurzeit anhängig ist, beleuchtet die Persönlichkeit des Herrn von Gontard in ungünstiger Weise. Herr von Gontard hat im Jahre 1928 die Berlin-Karlsruher Industriewerke A.-G., deren Generaldirektor er war, gegen seinen Willen verlassen. Er klagt gegen die Firma auf Herausgabe seines buchmäßigen Guthabens in Höhe von 650 000 M. für Aufwandsentschädigungen. Die Berlin-Karlsruher Industriewerke bestreiten diese Forderung, obwohl tatsächlich auf dem Konto des Herrn von Gontard dieser Betrag steht. Er soll aber unrechtmäßig dem Konto gutgebracht worden sein. Herr von Gontard macht geltend, daß der stellvertretende Geheimrat Louis Hagen am 25. März 1925 eine Anweisung über 310 000 M. für Aufwandsentschädigungen ausgeschrieben habe. Diese Anweisung ist auch von Herrn Hagen gezeichnet. Jedoch stellen die Berlin-Karlsruher Industriewerke die ungeheuerliche Behauptung auf, daß in der Urkunde zwei entscheidende Zusätze gemacht worden sind, die aus der gewollten Buchungsanweisung eine Zahlungsanweisung gemacht haben. Daß Herr von Gontard bestreitet, irgend etwas mit dieser Umänderung zu tun gehabt zu haben, ist selbstverständlich. Immerhin ist es auffällig, daß eine Kopie ohne die entscheidenden Abänderungen sich bei dem Personaldirektor befindet.

Der Aufsichtsrat hatte aber auch nicht die Möglichkeit, zu bemerken, daß derartige Beträge gegen seinen Willen dem Konto von Gontard gutgeschrieben worden sind. Herr von Gontard hatte nämlich Anweisung gegeben, daß diese Beträge nicht auf Gehaltskonto, sondern auf ein unverfängliches Fabrikeinführungskonto gutgeschrieben wurden. Die gesetzliche Lohnsteuer ist nicht abgeführt worden. Herr Geheimrat Hagen bestreitet entschieden, eine Zahlungsanweisung gegeben zu haben; die von ihm abgezeichnete Anweisung war, wie aus dem Urtext hervorgeht, lediglich eine Buchungsanweisung.

Das Landgericht III hat jetzt die Direktoren Nathan, Urbig und Schwabach geladen, die bekunden werden, daß nach dem Status der Gesellschaft derartige Beträge überhaupt nicht zahlbar waren, wie das die Bilanz beweist.

Protest gegen die geistige Folter.

Eine Erklärung zum Fall der Kieler Neuesten Nachrichten.

Kiel, 28. Oktober.

Der Landesverband Schleswig-Holstein im Reichsverband der deutschen Presse veröffentlicht, veranlaßt durch die Mitteilungen der Kieler Neuesten Nachrichten über das Vorgehen der Justizbehörden gegen einen Mitarbeiter des Blattes, folgende Erklärung:

„Der Landesverband Schleswig-Holstein im Reichsverband der deutschen Presse spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die Kieler Justizbehörde versucht, einen Kieler Journalisten durch Drohungen mit Zwangsmaßnahmen zu veranlassen, seine berufliche Verpflichtung zur Wahrung des Redaktionsgeheimnisses zu brechen. Gegen die Anwendung dieses geistigen Foltersystems, das sich mit modernen Rechtsanschauungen nicht verträgt, erhebt der Landesverband den allerschärfsten Protest."

Gegen die Verfügung der Kieler Justizbehörde ist von der Zeitung inzwischen Beschwerde eingelegt worden.

Die Gattin des verstorbenen Reichsaußenministers, Frau Käte Stresemann, bittet uns um Veröffentlichung folgender Zeilen: Anläßlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, des Reichsministers Dr. Gustav Stresemann, sind mir aus weiten Kreisen des deutschen Volkes so zahlreiche Beweise liebevoller Anteilnahme zuteil geworden, daß ich nicht in der Lage bin, allen, die meiner gedacht haben, persönlich zu antworten, wie ich es gern möchte. Ich bitte deshalb, denen danken zu dürfen, die mir und meinen Söhnen ihre Anteilnahme bekundet haben.

40 Jahre Kampf.

Das Jubiläum der „Frankfurter Volksstimme".

Frankfurt a. M., 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Zur Feier des 40jährigen Jubiläums der „Franfurter Volkstimmme" und der Einweihung des prächtigen Neubaues veranstaltete die Frankfurter Sozialdemokratie in Verbindung mit den Gewerkschaften, den Kulturverbänden und dem Reichsbanner einen großen Demonstrationszug. Unter roten und schwarzrotgoldenen Fahnen zogen viele Tausende von Frankfurter Arbeitern an dem schönen Neubau in der Bockenheimer Landstraße vorüber. Zehntausende säumten die Straße. Die Kundgebung fand ihren Abschluß in einer Versammlung im Hippodrom, wo Philipp Scheidemann zu den Massen sprach.

Am Vorabend vereinigte eine gesellige Zusammenkunft alle tätigen Genossen. Vom Parteivorstand waren Otto Wels und Landtagspräsident Bartels erschienen. Wels führte in seiner Ansprache aus: „Wir feiern hier ein Fest, dem der Parteivorstand seine Glückwünsche entbietet, er repräsentiert die ganze Sozialdemokratische Partei. In der letzten Zeit mehrten sich zehnjährige Jubiläen. Die „Volksstimme" aber ist eine alte Kämpferin, die schon seit 40 Jahren im Kampf für den Sozialismus steht. Unser Ziel ist es, die „Volksstimme" und die gesamte deutsche sozialdemokratische Presse zu einem Organ zu gestalten, das nach dem Wort Lassalles die schneidigste und glänzendste Waffe im Emanzipationskampf des Proletariats wird, denn der Kampf, den wir heute führen gegen die Radikalen von rechts und links, ist nicht leichter, sondern schwerer geworden." Unter den Anwesenden wurde besonders der Staatspräsident a. D. Ulrich gefeiert, der vor 40 Jahren der erste politische Redakteur des damals noch für Offenbach und Frankfurt a. M. gemeinsamen Parteiorgans war.

•

Die „Volksstimme" ist am Sonntag mit einer 128 Seiten starken Festnummer erschienen, zu der eine große Anzahl bedeutender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Beiträge beigesteuert haben. Die Nummer zeigte zugleich die technischen Möglichkeiten des neuen Druckereibetriebes.

Ein „Landvolk"-Prozeß.

Die Tumulte in Neumünster vor Gericht.

Neumünster, 28. Oktober.

Der große Prozeß, der die Klärung der blutigen Vorgänge bei der Landvolkkundgebung am 1. August bringen soll, hat heute begonnen. Zur Sicherung der Verhandlung, die voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen wird, ist eine halbe Hundertschaft Schupo aus Kiel eingetroffen. Das Interesse des Publikums ist nicht so groß, wie man erwartet hatte. Insgesamt sind 107 Zeugen geladen. Als Verteidiger für alle Angeklagten fungiert Rechtsanwalt Lütgebrune-Göttingen.

Neue Vorstöße der Großagrarier.

Anträge der grünen Front im Reichstag.

Der von uns kürzlich angekündigte Angriff der Großagrarier auf die Reichsregierung zur Erzielung neuer Subventionen für die Landwirtschaft und zur Beeinflussung der deutschen Agrarpolitik zugunsten der Großagrarier ist jetzt erfolgt. Die Deutschnationale, die Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei und die Deutsche Bauernpartei haben im Reichstag vier übereinstimmende Anträge eingebracht, deren geistiger Vater der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, sein dürfte. Der Kernpunkt der Anträge ist die Erhöhung des Zolles auf Futtergerste und ein Zuschuß von 20 Millionen Mark zur Förderung des Roggenexports und zur Verbilligung des besonders für Futterzwecke bestimmten Roggens.

Diese Anträge der grünen Front sollen der Hebung der Roggenpreise dienen, also ausschließlich den Interessen der östlichen Agrarier, und zwar im wesentlichen auf Kosten der schweinezüchtenden Landwirtschaft des Westens. Unbekümmert darum, daß eine gleichzeitige Senkung der Steuern gefordert wird, werden aus Steuermitteln 20 Millionen Mark verlangt, während heute noch kein Mensch weiß, wie der Reichshaushalt dieses Jahres balanciert werden soll.

Für die Förderung des Kartoffelabsatzes und der Kartoffelverwertung werden nicht weniger als 7 Millionen Mark jährlich verlangt, eine Forderung, die nicht nur unangemessen ist, weil für den Absatz der dreimal wertvolleren Milchproduktion jährlich nur anderthalb Millionen zur Verfügung stehen, sondern auch deshalb, weil ohnehin der Kartoffelbau jährlich durch das Branntweinmonopol mit zahlreichen Millionen subventioniert wird.

Würde diesen Forderungen der grünen Front entsprochen, so würde das neue Liebesgaben für die Roggenwirtschaft der Großagrarier bedeuten, in einer Zeit, wo ohnehin der deutsche Steuerzahler in kaum mehr vorstellbarer Weise zugunsten der Agrarier belastet ist und in der sich die Aussichten für die Roggenwirtschaft immer mehr verschlechtern. Es ist kaum zu erwarten, daß sich im Reichstag eine Front bilden kann, die diesen neuen überspannten Forderungen auch nur entfernt zustimmen wird.

Polen und seine Nichtpolen.

Deutschenverfolgung in Westpolen.

In Westpolen ist die große Polizeiaktion gegen die „deutsche Gefahr" noch immer im Gange. Eine Anzahl Pfadfinder sitzen in Haft, andere werden gesucht, Haussuchungen bei ihren Eltern werden hierzu und zur Erfassung von Anklagematerial veranstaltet, auch Verhaftungen deutscher Vereinsfunktionäre sind gemeldet worden, neuerdings die des Beamten beim Bromberger deutschen Seimbureau, des Danziger Bürgers Günther von Rützen. Schulrat Dr. Heidelck, Dr. Burchardt und Mielke werden weiter in Haft gehalten.

Der Leiter des Minderheitsschulwesens in Ostoberschlesien, ein Herr Mangold, hat angeordnet, daß

in den Lehrerkonferenzen der deutschen Schulen nur polnisch

gesprochen werden darf!

Auf einer Delegiertentagung des Westmarkenvereins in Kattowitz sagte der Wojewode Graczynski, der Westmarkenverein habe sehr erfolgreiche Arbeit geleistet, es sei sein großes Verdienst, daß die Anmeldungen für die deutsche Minderheitsschule so stark zurückgegangen seien!

Die weißrussische Sejmfraktion hat an das Generalsekretariat des Völkerbundes eine Denkschrift gerichtet, in der über die Bedrückung der weißrussischen Bevölkerung Polens auf schulpolitischem, kirchlichem und wirtschaftlichem Gebiet Klage geführt wird.

„Unser Ebert"

Die Inflationsbegehrer verbreiten ein Flugblatt mit der Ueberschrift „Unser Reichspräsident Friedrich Ebert".

Stalins Außenpolitik.

Frankreich und die Sowjets.

Bessedowski, der ehemalige erste Sowjetbotschaftsrat in Paris, erzählt im „Matin" und in dem Blatt Miljukows Amüsantes über Stalins Außenpolitik gegenüber Frankreich, darunter folgendes:

Als Bessedowski im Oktober 1927 aus Tokio nach Moskau gerufen wurde, um den Posten in Paris zu übernehmen, gab ihm Stalin eine Audienz. Es sei, sagte er u. a., für die Sowjetregierung ein harter Schlag, daß es unmöglich war, Rakowski in Paris zu halten. Man habe diesem mehr als einmal gesagt, daß er seine Aktivität in Paris herabmindern müsse; er habe es aber nicht getan.

Der betrunkene Angsthase Tschitscherin habe durch seine Intrigen zu Rakowskis Fall beigetragen.

Erst von Litwinow habe man erfahren, daß Tschitscherin sein Gespräch mit Herbette, aus dem hervorging, daß Frankreich im Falle der Nichtabberufung Rakowskis mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohe, falsch niedergeschrieben habe. Damals habe man, um Rakowski nicht aufzugeben und den Bruch mit Frankreich zu vermeiden, sich bereit gezeigt, die Schuldenfrage mit Frankreich zu regeln. Da Rakowski doch nicht zu retten gewesen sei und ein Abbruch der Beziehungen überhaupt nicht gedroht habe, müsse man sich jetzt aus der Affäre ziehen, falls die Franzosen versuchen sollten, wegen der Schulden zu verhandeln. Sowohl aus politischen Motiven wie auch aus Geldmangel könne man an die Franzosen nicht zahlen, um so mehr als Paris die Bedeutung als finanzielles Zentrum verloren habe. Man müsse versuchen, die Franzosen durch politische Zugeständnisse zu gewinnen, etwa durch eine Verbesserung der Beziehungen zu Polen oder durch endgültiges Abtreten Bessarabiens an Rumänien!

Im Sommer 1928 schrieb Bessedowski in einer Denkschrift über die französisch-russischen Beziehungen nach Moskau, daß Frankreich mit der Stabilisierung des Franken wieder zum Finanz- und Kreditzentrum der Welt werde; dadurch erhalte die Frage der Regulierung der Schulden entscheidende Bedeutung. Nur so werden langfristige Finanzoperationen in Frankreich möglich werden. Der Erfolg dieser Denkschrift war, daß Bessedowski im Oktober 1928 nach Moskau berufen wurde und hier vor Stalin erscheinen mußte. Der Allgewaltige erklärte ihm, daß seine Denkschrift nichts anderes als menschewistisches Geschwätz sei. Es handle sich nicht um einen Gewinn von 50 Millionen Rubel durch Kreditverbilligung, sondern um die grundsätzliche Linie in der Schuldenfrage. Wenn Rußland den Franzosen seinerzeit die Regelung der Schuldenfrage vorgeschlagen habe, so nur gewissermaßen als

Lösegeld vom drohenden Krieg.

Das war ein Manöver. Vollständig ausgeschlossen sei ein ständiges Zusammenarbeiten mit der kapitalistischen Welt. Was tut's, sagte Stalin, daß wir bei den anormalen Krediten überzahlen, dafür erhalten wir die vollständige Selbständigkeit unseres Wirtschaftssystems im Kampf mit der kapitalistischen Umkreisung aufrecht. Die kurzfristigen Warenkredite brauchen wir nicht, und wir werden sie auch nicht bekommen. Ein richtiger Bolschewik muß zu manövrieren verstehen. Er muß wissen, daß der einzige Zweck dieses Manövrierens das Abwarten des Augenblicks ist, der für den Zusammenstoß zwischen den beiden Systemen am günstigsten ist — das ist eben die Periode des neuen Aufschwunges eines revolutionären Krieges.

Bessedowski versuchte seine Argumente vorzubringen, hat aber damit wenig Erfolg. Litwinow aber sagte ihm vor seiner Abreise nach Paris: „Auf Frankreich pfeifen wir eigentlich", — er sagte es auf russisch drastischer: „Auf Frankreich spucken wir eigentlich.

Die Gemeindewahlen in München.

Deutschnationale Sorgen und Lügen.

Aus München wird uns geschrieben: Der Münchener Boden wird für die Deutschnationalen immer steiniger. Auf dem Wenigen, auf dem sie noch zu weiden hatten, sind die Nazis rudelweise eingebrochen, so daß das bisher schon kleine Häuflein deutschnationaler Stadträte am 8. Dezember, dem Tag der Gemeindewahlen in Bayern, fast ganz einzuschrumpfen droht. Das war für die Leitung des Münchener Industriellenverbandes, die hauptsächlich aus Rechtsradikalen besteht, schon vor Monaten Veranlassung, Versuche zur Bildung eines antimarxistischen Blocks zu machen, der alle bürgerlichen Parteien auf einer gemeinsamen Kandidatenliste verschmelzen sollte. Dieser Plan, der die Deutschnationalen vor der öffentlichen Blamage bewahren wollte, fand aber nirgends richtige Gegenliebe. Die kümmerlichen Reste der Demokraten, Deutschen Volkspartei und Wirtschaftspartei fanden sich inzwischen zu einer Wahlgemeinschaft „Bürgerliche Mitte" zusammen und die Bayerische Volkspartei als zweistärkste Rathausfraktion übte gegen den deutschnationalen Vorschlag von Anfang an passive Resistenz.

Aus Rache erfanden die Deutschnationalen nun eine Wahllüge und behaupteten, von Abmachungen zwischen Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokratie zu wissen, die auf einen schwarzroten Block im neuen Münchener Stadtparlament abzielen und schon zu den konkreten Uebereinkommen geführt hätten, der Sozialdemokratie den ersten Bürgermeister zu sichern, wofür das jetzige Stadtoberhaupt Dr. Scharnagl von der Bayerischen Volkspartei auf die sozialdemokratische Unterstützung in seiner angeblichen Aspiration auf die bayerische Ministerpräsidentschaft rechnen könnte.

Diese Wahllüge wurde in den letzten Monaten von der Rechten eifrig kolportiert. Sie ist aber inzwischen durch den Oberbürgermeister Dr. Scharnagl gründlich zerstört worden. In einer Wahlversammlung seiner Partei verwies er die deutschnationalen Behauptungen in das Reich der Fabel und reklamierte nach wie vor den ersten Bürgermeisterposten in München für seine Partei. Nach seiner Auffassung wäre es ein Verrat der Bayerischen Volkspartei an ihren katholischen Grundsätzen, wenn sie die Hand dazu böte, daß in dem überwiegend katholischen München ein Sozialist erster Bürgermeister würde. Die Legende von seiner mit sozialdemokratischer Hilfe angestrebten Ministerpräsidentschaft bezeichnete er als eine gemeine Unterstellung.

Die Neuordnung der Dinge im Münchener Rathaus hängt ausschließlich vom Ausfall der Wahl ab. Die Münchener Sozialdemokratie, die mit 17 Stadträten bisher die weitaus stärkste Fraktion im Rathaus war, geht selbstverständlich ohne jede Verbindung mit anderen Parteien in den Wahlkampf und hat die berechtigte Zuversicht, daß es ihr gelingt, die bisherige Herrschaft des reaktionären Bürgerblocks zu brechen.

Börsenmanöver der Reaktion.

Gegen die Einigung der Linken in Frankreich.

Paris, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Daladier befragte am Montag, den er als Tag des Abwartens bezeichnete, zahlreiche Fachmänner über die Finanzlage des Landes.

Die Reaktion hat mit den dunkelsten Manövern begonnen. Die Nationalisten nahmen mit Recht an, daß sie bei einer Einigung der Linken für lange Zeit von der politischen Macht lassen müssen, daher wurden an der Börse wieder ganz ähnliche Versuche zur Inszenierung einer Panik und zum Kursdruck gemacht wie 1925, als die Linksregierung drohte. Auch durch Aussprengung tendenziöser Gerüchte versuchen die Drahtzieher der Reaktion, die Einigungsbestrebungen der Linksparteien zu torpedieren.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei beginnt seine Beratungen erst abends. Das Ergebnis der Abstimmung dürfte also erst spät in der Nacht zu erwarten sein.

Neben der Diplomatie.

Chiffreschlüssel gestohlen, der Dieb von Sowjetbotschaft begaunert.

Paris, 28. Oktober.

Die russische Flüchtlingszeitung „Neueste Nachr." berichtet, der in der italienischen Botschaft in Berlin gestohlene Chiffriercode sei der Sowjetbotschaft in Paris vor einigen Monaten für 5000 Dollar angeboten worden. Der Betreffende sei von dem Tschekisten Jannowitsch empfangen worden. Jannowitsch erklärte, er müsse den Code erst prüfen, ließ den Besucher 1½ Stunden warten und photographierte während dieser Zeit den ganzen Schlüssel Seite für Seite. Er gab ihn dann zurück mit der Bemerkung, daß er ihn nicht für authentisch halte. Der ehemalige Sowjetdiplomat Bessedowski erklärte, über die Richtigkeit dieses Berichtes befragt, daß der Chiffreur der Sowjetbotschaft bereits seit einiger Zeit alle durch die russischen Agenten abgefangenen Depeschen entziffere. Die Sowjetbotschaft hätte sich übrigens im Juni auch den vom englischen Kolonialamt benützten Geheimcode verschafft.

Lex Frieders. Die Oesterreichische und die Deutsche Liga für Menschenrechte e. V. sowie Justizrat Dr. S. Löwenstein, Justizrat Dr. M. Drucker (Leipzig) und Dr. Richard Predburger (Wien) haben an den Deutschen Reichstag eine gemeinsame Petition eingereicht, in dem sie unter Hinweis auf die beabsichtigte österreichisch-deutsche Rechtsangleichung dafür eintreten, daß der Reichstag beschließen wolle, daß die Rechtsfolgen aus Urteilen, deren Grundlage der im Entwurf des neuen Strafgesetzes nicht mehr strafbare Tatbestand des fahrlässigen Falscheides im Verordnungswege unverzüglich aufgehoben werden müsse. Man will auf diese Weise erreichen, daß der Fall Frieders aus der Welt geschafft wird.

Die Etappe der Massenkämpfe.

Was hinter der JAH. steckt.

Die KPD. braucht Tamtam und Klamauk. Zeiten zielsicherer, ruhiger Entwicklung würden kein Betätigungsfeld abgeben für die rund zweitausend bezahlten Agenten Moskaus in Berlin. So wurden zuerst im Baugewerbe die Feuerchen angezündet, aber die große „Entlastungsoffensive" für die ins Verderben geführten Rohrleger scheiterte an der gesunden Ueberlegung der Berliner Bauarbeiter, für eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 20 M. nicht erst fünf, sechs Wochenlöhne den Parolen der KPD. zu opfern. Der frisch zugereiste Friedrich erwies sich als ein untalentierter Feuermacher. Seine einzige Heldentat war, seinerzeit Hunderte von Tiefbauarbeitern bei dem von der KPD. angezettelten und natürlich verlorengegangenen wilden U-Bahn-Streik brotlos gemacht zu haben.

Jetzt hat man wieder auf die Metallarbeiter zurückgegriffen. Wie schon so oft, sollen sie auch diesmal vor den verfahrenen KPD.-Karren gespannt werden und die Kastanien aus dem Feuer holen. Bis jetzt haben sich die Metallarbeiter ziemlich abgeneigt gezeigt. So gingen, wie erinnerlich, die Eisenformer trotz allem Geschrei der „Roten Fahne" und ihrer verantwortungslosen Hintermänner ruhig zum Schlichtungsausschuß und beschieden sich mit der damaligen 5prozentigen Lohnerhöhung. Und einige Zeit später lachten die Werkzeugmacher im stillen darüber, als sie am Tage nach der Beendigung ihres großen Streiks von der „Roten Fahne" aufgefordert wurden, wild weiter zu streiken.

Auch der gewissenloseste KPD.-Stratege mußte schließlich einsehen, und die Rohrlegeraktion hat es nur bestätigt, daß

an den festgefügten Branchen der Metall- und Bauarbeiter

die Feuerchen nicht zu entfachen waren. Man steckte deshalb im Karl-Liebknecht-Haus die Köpfe zusammen und überlegte, in welchen Betrieben noch einiges aus den kommunistischen Glanzzeiten übriggeblieben war, und erinnerte sich: L. Loewe und C. Lorenz, die beiden treuen Resolutionsfabriken.

Jede KPD.-Aktion auf gewerkschaftlichem Gebiet, dem Teil des proletarischen Klassenkampfes, der an die Führung die größten Ansprüche an Erfahrung und Verantwortungsbewußtsein stellt, beginnt mit einem riesigen Betrug. Obwohl die bolschewistischen Drahtzieher ganz genau wissen, daß sie über keinen roten Pfennig für die Finanzierung eines Kampfes verfügen, gaukeln sie den betörten Arbeitern vor: Wenn es brenzlich wird und der Magen knurrt, dann wird die JAH. zur Stelle sein. Dieses Märchen in die Welt gesetzt zu haben, dafür gebührt dem Herrn Münzenberg die Krone. Er schrieb am 14. Februar 1929 in der „Roten Fahne":

„In der Zeit gesteigerter wirtschaftlicher Kämpfe muß die JAH. die Hauptaufmerksamkeit ihrer Interessen konzentrieren auf die richtige und gute Durchführung von Hilfsaktionen für die an den Kämpfen beteiligten Arbeiter."

Am Schluß seines Artikels redet er von der „Schaffung eines Kampffonds zur Unterstützung der großen wirtschaftlichen Kämpfe, die Verbesserung aller Methoden zur raschesten Organisierung und breitesten Hilfe bei Ausbruch von großen wirtschaftlichen Kämpfen und die politisch-gewerkschaftliche Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre".

Das letztere würde eigentlich den noch recht jugendlichen Männern in der JAH.-Leitung am besten anstehen. Die Arbeiter müssen beim Lesen solcher Sätze natürlich annehmen, dort könnte man eigentlich

ohne zu säen, ernten.

Nun, die größten „Hilfsaktionen" der JAH. bestanden bisher lediglich aus 100 Broten, 20 Pfund Erbsen, 10 Pfund Speck und 5 Pfund Zucker, nicht zu vergessen die Brandrede des JAH.-Agenten, von der die Uebermittlung dieser Güter regelmäßig begleitet ist.

Mehr kann je di JAH. aber auch gar nicht leisten. Diese sagenhafte Organisation hat in Berlin, hoch gerechnet, 5000 Mitglieder, von denen jedes 50 Pf. pro Monat zu zahlen hat. Das macht 2500 M. im Monat, die natürlich noch nicht zur Deckung der Kosten des immensen Apparates ausreichen. Von irgendeinem „Kampffonds" kann schon gar keine Rede sein. Die Gelder, wofür man die Brote und die Erbsen kauft, werden erst jedesmal, wenn der Laden schon brennt, zusammengefochten. Da die JAH. nicht die einzige Zweigstelle der KPD. ist, die von Zeit zu Zeit Klinken putzen geht, kann man sich ausrechnen, wieviel Groschen und Sechser bei derartigen „Sammelaktionen" zusammenkommen. Jedenfalls nicht soviel, um Massenkämpfe, in denen Tausende oder gar Zehntausende wochenlang streiken, wirksam zu unterstützen. Auf der anderen Seite wird sich der Münzenberg-Konzern hüten, die Ueberschüsse seiner Verlags-, Zeitungs- und Filmunternehmungen etwa dem „Kampffonds der JAH." zu überweisen.

So sieht es in der Etappe der großen „Durchbruchsschlachten" aus. Grund genug für jeden Arbeiter, allenthalben den kommunistischen Spuk zu verscheuchen.

Klassenkampf in England.

150 000 Wollarbeiter vor der Aussperrung.

Der seit Jahren angehäufte Konfliktstoff in der englischen Textilindustrie bringt jetzt kurz hintereinander eine Entladung nach der anderen. Drei Wochen lang waren im August 500 000 Baumwollarbeiter in Lancashire ausgesperrt, weil sie die willkürliche 12½prozentige Lohnkürzung der Unternehmer nicht kampflos hinnehmen wollten. Durch diesen von den Textilmagnaten provozierten Arbeitskampf gingen 72 Millionen Arbeitsstunden verloren. Der Lohnausfall für die ausgesperrten Belegschaften überstieg 60 Millionen Mark.

Der Ruhm der Baumwollkönige in Lancashire, die mit Hilfe eines Schiedsspruches wenigstens die Hälfte ihrer beabsichtigten Lohnkürzung durchzusetzen vermochten, hat die englischen Wollmagnaten in Yorkshire nicht schlafen lassen. Die Unternehmer dieser Industriegruppe haben, wie wir bereits berichteten, ihren Belegschaften eine Lohnkürzung von 8 bis 9 Proz. zugemutet. Das bedeutet für die männlichen Arbeiter einen wöchentlichen Verdienstausfall von 4,70 M. und für die Arbeiterinnen einen Ausfall von 2,80 M. Der Wochenlohn der Arbeiter würde damit auf 51,80 M. und der der Arbeiterinnen auf 32,20 M. sinken. Mit überwältigender Mehrheit haben sich die Gewerkschaften der englischen Wollarbeiter gegen die Zumutungen der Unternehmer gewandt und beschlossen, in allen Betrieben, die eine Lohnkürzung durchzusetzen versuchen, die Arbeit einzustellen.

Diese neue Attacke des englischen Wollkapitals ist auch als ein politischer Vorstoß gegen die Arbeiterregierung anzusehen. Schon seit Jahren führen die Textilmagnaten von Yorkshire einen regen Propagandafeldzug für einen Schutzzoll auf Wollwaren. Unter Ausnutzung der schweren Arbeitskrise und mit der erpresserischen Drohung, den noch beschäftigten Arbeitern die Löhne bis zu 25 Proz. zu kürzen, war es ihnen Anfang d. J. gelungen, bei den Gewerkschaften eine kleine Mehrheit für den Schutzzoll auf Wollfabrikate durchzudrücken.

Diese Entscheidung der britischen Wollarbeitergewerkschaften, die auch bei der ausländischen Gewerkschaftsbewegung Aufsehen erregte, läßt jedoch nicht den Schluß zu, die englischen Gewerkschaften verfolgten schutzzöllnerische Tendenzen. Für die immerhin bedauerliche Stellungnahme der Wollarbeiter, die auch von Philipp Snowden scharf kritisiert wurde, war in erster Linie die auf den Gewerkschaften schwer lastende Dauerkrise im Wollzentrum von Yorkshire entscheidend.

Die konservative Regierung Baldwins hatte es kurz vor den Wahlen nicht mehr gewagt, den Zollforderungen der Wollindustriellen nachzugeben. Jetzt, unter der Arbeiterregierung, halten die Wollmagnaten Yorkshires ihre Zeit wieder für gekommen. Die Arbeiterregierung hat in ihrem Regierungsprogramm vom Juni d. J. unzweideutig festgestellt, daß an die Einführung neuer Industriezölle gar nicht zu denken sei. Ausdrücklich wurde in der Parlamentsdebatte darauf hingewiesen, daß für die Wollindustrie Zölle überhaupt nicht in Frage kämen.

Snowden, der schon im Januar d. J. die Erpressermethoden der Wollherren auf das schärfste gebrandmarkt hatte, hat der englischen Oeffentlichkeit haargenau nachgewiesen, warum die britische Wollindustrie aus ihrer Dauerkrise nicht herauskäme. Die Rationalisierungsscheu der Wollunternehmer könne kaum übertroffen werden. Riesengewinne aus den ersten Nachkriegsjahren seien ziel- und zwecklos verschleudert worden, während die technische Einrichtung der Werke mehr und mehr verfiel. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, wenn die britische Ausfuhr mehr und mehr zurückgegangen sei.

Von den Gewerkschaften ist nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß nicht allein die Exportverluste an der Krise schuld seien, sondern zugleich der ständige Rückgang des Inlandkonsums. Der Verbrauch in England, der vor dem Kriege 850 Millionen Pfund betrug, ist seit 1925 ununterbrochen bis auf 650 Millionen Pfund gesunken.

Wenn die englischen Textilmagnaten durch brutale Attacken auf den Lebensstandard der werktätigen Massen die Inlandskaufkraft in England weiter drosseln, so werden sie mit derartigen Maßnahmen die Textilkrise bis ins Unerträgliche steigern. Der Verdienstausfall bei den 500 000 Baumwollspinnern beträgt infolge der vorgenommenen Lohnkürzungen annähernd 4 Millionen Mark monatlich, während die beabsichtigte Lohndrosselung bei den 150 000 Wollarbeitern und Arbeiterinnen mehr als 2 Millionen im Monat ausmachen würde. Bei der Verbohrtheit der Wollmagnaten ist auf eine Beilegung des Konflikts kaum mehr zu rechnen, so daß in Kürze ein neuer riesiger Arbeitskampf England erschüttern wird.

R. B.

Forderungen im Braunkohlenbergbau.

Im mitteldeutschen Revier.

Die Arbeiterorganisationen für den Braunkohlenbergbau haben dem Arbeitgeberverband am 25. Oktober die Kündigung des Lohntarifvertrages übersandt. Dem Kündigungsschreiben wurden folgende Forderungen beigefügt:

1. Erhöhung der tariflichen Durchschnittslöhne aller Lohnreviere unter besonderer Berücksichtigung der Löhne der Jugendlichen und Arbeiterinnen um **1 M. je Schicht.**
2. Verringerung der Spanne zwischen Kern- und Randrevieren auf 10 Proz.
3. Streichung der Lohngruppen E X und E XI sowie der Von- und Bislöhne.
4. Aenderung der Lohnklassentafel.
5. Hirschfelde wird dem Kernrevier I zugeteilt.
6. Gewährung von unbezahltem Urlaub bei Kursusteilnahme.

Mit der Ueberreichung der genannten Forderungen tritt die Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in ein akutes Stadium. Die Belegschaften haben nunmehr zu zeigen, daß sie geschlossen hinter den Forderungen ihrer Organisationen stehen.

ADGB.-Kundgebung im Saargebiet.

Gewerkschaften zum Reparationsproblem.

Saarbrücken, 28. Oktober.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatten am Sonntag eine Konferenz der freien Gewerkschaften nach Saarbrücken einberufen, die stark besucht war.

Engelbert Graf sprach über das Reparationsproblem, und Bezirksleiter Julius Schwarz vom Verband der Bergbauindustriearbeiter behandelte die Frage der Saarrückgliederung. Nach einer sachlichen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die am 27. Oktober in Saarbrücken tagende Bezirksfunktionärkonferenz des ADGB. des Saargebietes begrüßt die im Interesse des Weltfriedens gelegene Verständigungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland und die damit verbundene Räumung des besetzten Gebietes und die Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes.

Die Konferenz bringt zum Ausdruck, daß die Saarverhandlungen jedoch nur zur Befriedung beider Völker beitragen, wenn das Saargebiet restlos unter Reichs- und **die Saargruben** unter preußisch-bayerische Verwaltung zurückgegeben und die wirtschaftlichen Interessen beider Staaten durch Handelsverträge berücksichtigt werden. Sie lehnt jede Internationalisierung und Privatisierung der Saargruben ab.

Die frei organisierte Saararbeiterschaft wiederholt ihren des öfteren geäußerten Wunsch, möglichst bald im deutschen Staats- und Wirtschaftsverband aufzugehen. An die Regierungsstellen des Reiches richtet die Konferenz das Ersuchen, bei erfolgversprechenden Rückgliederungsverhandlungen gleichzeitig Verhandlungen unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitnehmer zur reibungslosen Rückführung ohne längere Uebergangszeit in die deutsche Reichs- und Landesgesetzgebung vorzunehmen."

Junkerrebellion und Ausländerkontingent.

Erst Arbeit für Deutsche!

In den nächsten Tagen beginnen die Verhandlungen zur Festsetzung des Kontingents ausländischer Wanderarbeiter für 1930. Die Landarbeiter, vor allem die im Deutschen Landarbeiterverband organisierten, vertreten die Auffassung, daß das neue Kontingent erheblich niedriger sein kann als das für 1929. Für das laufende Jahr hatte man den deutschen Landwirten 114 000 ausländische Wanderarbeiter zugebilligt. Dazu kamen noch über 25 000 ausländische Arbeiter, Inhaber eines sogenannten Befreiungsscheines, der jedoch nur zur Arbeitsannahme in der Landwirtschaft berechtigt. Die Gesamtzahl der ausländischen Wanderarbeiter, die in diesem Jahr in die Landwirtschaft strömten, betrug mehr als 139 000. Das ist viel zu viel, wie die Feststellungen der Arbeitsämter deutlich zeigen.

Wir haben genügend deutsche Landarbeiter im Lande. Sie müssen zuerst beschäftigt werden. Sieht man sich die Angaben der Landesarbeitsämter über die Lage des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes an, dann muß man sogar zu der Auffassung kommen, daß selbst in den Zeiten des größten Bedarfs in Deutschland noch zu viel deutsche Landarbeiter vorhanden waren. Danach waren Anfang August 21255 männliche und 4071 weibliche arbeitslose Landarbeiter, also insgesamt 25 326 arbeitsuchende deutsche landwirtschaftliche Arbeitskräfte vorhanden.

Besondere Zurückhaltung ist bei der Zuteilung ausländischer Landarbeiter nach Pommern am Platze. Den Anlaß dazu haben in diesen Tagen die pommerschen Landwirte selbst gegeben. Sie haben bis jetzt über 1000 deutschen Landarbeitern gekündigt, in der Hauptsache Leute, die auf Zahlung der Lohnsätze bestanden, die ihnen auf Grund verbindlich erklärter Schiedssprüche zustehen. Sie müssen für ihre Rebellion gegenüber einwandfreien Entscheidungen der Arbeitsgerichte, für die hochmütige und brutale Art, in der sie die Durchführung der für verbindlich erklärten Schiedssprüche hindern, einen Denkzettel bekommen.

Sollen die grünen Anarchisten in Pommern für ihr Treiben bei der Festsetzung des Ausländerkontingents noch belohnt werden? Eine solche Belohnung wäre die Erfüllung ihrer Forderung auf 20 000 ausländische Wanderarbeiter. Nicht ein einziger ausländischer Wanderarbeiter dürfte ihnen, streng genommen, bewilligt werden. Keine fremde Arbeitskraft, solange sie nicht die Kündigung zurücknehmen und die Schiedssprüche durchführen. Wer die einheimischen Arbeitskräfte zu Tausenden auf die Straße wirft, hat kein Recht, fremde zu fordern.

Achtung, Tabakarbeiter!

Die Opposition hat zu heute, Dienstag, eine Versammlung einberufen. Sie will darüber beschließen lassen, ob der reformistischen Gewerkschaft noch weiterhin Beiträge gezahlt werden.

Die Verbandsmitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier nicht um eine Versammlung des Verbandes handelt. Insbesondere möchten wir unsere Mitglieder warnen, ihr Mitgliedsbuch abzugeben, wie es in der Einladung verlangt wird. Den Mitgliedern wird in den nächsten Tagen in Betriebsversammlungen der Bericht gegeben, dessen Erstattung die Opposition durch ihren Radau vereitelte.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Zahlstelle Berlin.

Die Werbeaktion in den Verkehrsbetrieben hat eingesetzt. Im überfüllten Saal der Pharus-Säle in der Müllerstraße sprachen vor den Verkehrsarbeitern des Bezirks Wedding Genosse Emil Barth über die Stadtverordnetenwahlen und Genosse Hille, Sektionsleiter im Verkehrsbund, über den Stand der Lohnbewegung. Mehrere Aufnahmen für die Partei und eine größere Anzahl neuer „Vorwärts"-Abonnenten geben Zeugnis für den ausgezeichneten Verlauf der Versammlung. Beide Referenten sprechen im Laufe der nächsten Tage in fünf weiteren Versammlungen der Verkehrsarbeiter.

Bergmann Belfstraße! Mittwoch, 20 Uhr, bei Kroll, Utrechter Ecke Hennigsdorfer Straße, wichtige Fraktionsversammlung. Vollzähligen Besuch erwartet **Der Fraktionsvorstand.**

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Arbeitnehmer des Magistrats Berlin (Zentralverwaltung). Versammlung aller sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt Berlin am Freitag um 19½ Uhr in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, Eingang Kochstraße (Bahnhof Alexanderplatz). Es spricht Genosse Stadtverordneter Paß über das Thema: „Die Bedeutung der Kommunalwahlen für die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten". Erscheinen aller bei der Stadt (einschließlich Bezirksämter) beschäftigten Parteigenossen ist bei der Wichtigkeit der Veranstaltung Pflicht. Sympathisierende sind ebenfalls eingeladen.

Deutscher Holzarbeiterverband, Bodenleger! Versammlung am Mittwoch, dem 30. Oktober, 17 Uhr, im Verbandshaus, Rungestr. 30. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr, tagen folgende Gruppen: **Spandau:** Gruppenheim, Städt. Jugendheim, Lindenufer 1. Liederabend. — **Frankfurter Allee:** Städt. Jugendheim Litauer Str. 18. Vortrag: „Die Organisation der Arbeitsämter". — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstraße 81. Vortrag: „Die rumänische Gewerkschaftsbewegung". — **Landsberger Platz:** Jugendheim Dietzelmeyerstr. 3. Wir sind in der Gruppe Frankfurter Allee. — **Lichtenberg:** Jugendheim Dossestr. 22. Vortrag: „Was geht in der Arbeitslosenversicherung vor?" — **Treptow:** Gruppenheim, Schule Wildenbruchstr. 53—54 (Vortragszimmer). Wir lesen aus Jack Londons Werken. — **Humboldt:** Jugendheim Graun- Ecke Lortzingstraße. Lichtbildervortrag: „Unsere Streusandbüchse". — **Mariendorf:** Jugendheim Mariendorf, Dorfstr. 7 (Alte Schule). Bunter Abend.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. Vortrag: „Ein Arbeitstag im Parlament". Referent: Wilhelm Lewinski. — **Nordwest:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Vortrag: „Unternehmungen der Arbeiterschaft: Volksbühne, Konsum, Arbeiterbank". Referent: Heinz Mann. — Uebungsabend des Sprech- und Bewegungschors ab 20 Uhr in der Turnhalle der Schule Baruther Str. 20. Hallenschuhe mitbringen.

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **K. H. Döscher;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Th. Glocke;** sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen"

Die Uebergangszeit ist für Ihren Hals besonders gefährlich. Nehmen Sie rechtzeitig Reichels Hustentropfen, die sofort schleimlösend und reizmildernd wirken. Fl. Mk. —,80 und 1,50 in Apotheken und Drogerien erhältlich, aber echt nur mit „Marke Medico".

Berliner Gobelin-Manufaktur

Das 17. und 18. Jahrhundert kennzeichnet sich durch höfischen Prunk, der auch für das reiche Bürgertum maßgebend war. Unsere Zeit weiß nichts mehr von diesen Dingen; ihr Aeußeres beruht auf anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen. Damals bekleidete man die Wände von Prachtzimmern mit herrlichen gewirkten Bildgobelins, heute genügen auch Papiertapeten mit geschmackvollen Mustern. Die Reste von jener Pracht kann man nur noch in Museen bewundern, wo sie — wie auch auf jeder Kunstaktion — die Freude des Fachmanns erregen. Denn die Beurteilung der alten Gobelins bedingt ein großes Kunstverständnis wie sie auch nur durch viel Fleiß und in jahrelangem Mühen hergestellt werden konnten. Trotzdem wurde gerade diese schwierige Arbeit meist von armen Frauen verrichtet. Die königlichen oder biblischen Szenen und auch die galanten Liebesszenen, die auf den Bildern dargestellt sind, mögen mit unzähligen Tränen und Seufzern gewebt worden sein.

Altberliner Kunstgewerbe.

So nur ist es verständlich, daß in Deutschland die **Gobelinweberei nun schon fast 200 Jahre nicht mehr betrieben** wurde, obwohl sie vorher ebenfalls eine Blüte hatte, die bis zur Gotik hinab zu verfolgen ist. In Frankreich aber webt man noch an den berühmten Orten der Jahrhunderte alten Manufakturen weiter; hier sind jedenfalls noch billige Arbeitskräfte vorhanden. Vor etwa 40 Jahren glaubte der Besitzer eines Berliner Stickereigeschäftes, W. Ziesch, diese vornehme Art der Kunstweberei wieder aufnehmen zu müssen. Nach jahrzehntelangen Versuchen war es ihm gelungen, **die alte verlorengegangene Technik der bildmäßigen Handweberei** so zu vervollkommnen, daß seine Erzeugnisse den alten Originalen glichen und die Arbeiten auf der Berliner Gewerbeausstellung 1896 Bewunderung erregten. Diese eigenartige Werkstätte existiert noch; ja, sie befindet sich noch in vollem Betrieb, wenn auch unter anderen Voraussetzungen als zurzeit ihrer Gründung.

Wenn man den Berliner Südosten besucht, so fällt die etwas steifleinene Gediegenheit ins Auge, die von den Häusern und den Geschäftsinhabern ausgeht. Hier sitzen noch die ältesten Berliner Handwerkerfamilien und man trifft manches Berliner Original. Hier, am Bethanienufer, ist auch die Firma W. Ziesch u. Co., „früher Hof-Kunstweber", zu finden. Durch einen hohen Haustorbogen gelangt man in einen freien Hof, auf dessen Rückseite sich ein dreistöckiges Ateliergebäude befindet. In den Geschäfts- und Lagerräumen im Parterre ist wohl seit Bestehen kein Möbel und kein Stuhl verändert worden. Alles spricht vom stillen Geist vergangener Zeiten. Man hat mehr das Gefühl, als ob man in ein Museum tritt, dessen Abstellräume ein buntes Durcheinander zeigen. An den grauen Wänden hängen verstaubte Kartons mit künstlerischen Darstellungen, die aber eine solche technische Vollendung verraten, daß man trotz des veralteten Sujets ungemein gefesselt wird. In den Lagerräumen nebenan sieht es aus, als hätten die Packer eben die Teppiche zusammengerollt. Ueber Kisten und Stellagen liegen und hängen die **kostbarsten farbigen Wandteppiche** und überall sind wieder Kartons in Riesenausmaßen aufgehängt, die mit Kohlestift oder in Farbe getönt, sonderbare Bilder von jagenden Rittern, von Königen auf Pferden mit Gefolge oder Städtebilder darstellen. Kleinere Stücke unter Glas und Rahmen sind gemalte Kopien berühmter wertvoller Kunstwirkereien aus der Gotik und der Renaissance, die der Besitzer, als er die Stücke zur Reparatur erhielt, zu seiner eigenen Freude genau abkopieren ließ.

Die Arbeit der Restaurierung.

Im ersten Stock ist es dafür viel lustiger. Hier ist wenigstens Leben, wenn auch ein wenig gedämpft. An langen Arbeitstafeln sitzen fleißige Stickerinnen, und Männer in weißen Kitteln gehen umher. Sonderbare aufrechtstehende Webstühle springen hin und her. In diesem Arbeitsraum werden die Gobelins hergestellt. Es sind keine neuen, denn **Aufträge auf neue Gobelins gibt niemand mehr**, obwohl das sehr zu bedauern ist. Wie man in früheren Zeiten Ereignisse, Sitten und bestimmte Feste in einem handgewirkten Bild festhielt, das an sichtbarster Stelle eines Rathauses oder auf dem Schloß aufgehängt wurde, so könnte vielleicht auch unsere Zeit Ereignisse in dieser würdigen Form eines dauernden Dokuments für die Nachwelt überliefern. Aber da spielt wohl auch der Kostenpunkt eine große Rolle. Man beschränkt sich in dieser Werkstatt mehr auf das **„Restaurieren" alter Gobelins für Museen und Kunsthändler.** Meist sind gerade die wertvollsten alten Stücke in einer Verfassung, daß man sie nicht mehr als Bild, sondern als Lappen ansprechen muß. In Unkenntnis ihres Wertes hat man sie, nachdem sie von Motten oder Staub zerfressen waren, aus den Kirchen und Schlössern genommen. **Wandteppiche von 30 bis 50 Quadratmetern** sind oft bis auf wenige gute Teile verdorben und hängen nur noch lose in ihren Ketten; die Zeichnung auf dem Grund der Kette ist nur noch schwach in den Konturen erkennbar. Aber ein Kenner hat den hohen Wert des Stückes festgestellt, und ein Künstler hat aus den Fragmenten die Zeichnung wieder ergänzt. Auf weißem Karton wird nun das ganze Bild genau kopiert, bis auf die Zahl der Kettenfäden muß das Maß scharf stimmen. Auf einem zweiten Karton wird das Bild dann farbig ausgelegt, wobei die Farben von den noch erhaltenen Resten bestimmt werden. Der zerrissene Gobelin wird auf langen oder aufrechtstehenden Rahmentafeln wie auf einem Stickrahmen aufgespannt. Der farbige Karton wird auseinandergeschnitten und die Stickerin erhält nun einen Teil der Zeichnung, z. B. den Fuß eines Pferdes. Eine andere arbeitet an der ornamentalen Bordüre. Zuerst werden die zerrissenen Kettenfäden neu geknüpft, dann werden farbige Fäden um diese Kette geschlungen und mit dem Kamm angedrückt, so daß die Kette vollständig bedeckt ist. In nimmer ermüdender Geduld schlingen die fleißigen Hände der Arbeiterinnen Faden an Faden. Andere sind unterwegs vom Tisch zu dem großen Wandschrank, wo hinter Glas viele **Tausende von Wollzöpfen** in allen Farben liegen, wobei jede Farbe in allen Nuancen vertreten ist. Immer bei jedem einzelnen Faden, der oft nur millimeterweise Anwendung findet, vergleicht das Auge und die Hand die Farbe mit der Vorlage, eine mühevolle, unsagbar kunstvolle Arbeit. Wie der Maler auf seiner Palette die Farben mischt, muß hier die gelernte Arbeiterin im gefühlsgemäßen Einleben die richtige Form und Farbe bestimmen, denn Zwischentöne und Schattierungen sollen den Figuren plastisches Leben verleihen. Zuletzt, wenn alle Schäden beseitigt sind, kann man den Gobelin als neu ansprechen, ein Kunstwerk ist wieder für Jahrhunderte gerettet.

Beim Stopfen eines alten Gobelins.

Selbstmord eines Bankiers.

Als Flucht vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Gestern wurde der 46jährige Bankier Max Cunow im Schlafzimmer seiner Wohnung, Pariser Straße 32, tot aufgefunden. Cunow hatte seinem Leben durch einen Schuß in die Schläfe freiwillig ein Ende gesetzt.

Cunow war Mitinhaber der Berliner Bank und der Getreidefirma J. Cunow. Er war verheiratet und bewohnte in der Pariser Straße eine große, luxuriös eingerichtete Wohnung. Zurzeit ist die Frau des Bankier verreist; ihre Abwesenheit benutzte der Ehemann, um in den Tod zu gehen. In einem an seine Frau gerichteten Abschiedsbrief machte er von seiner schlechten finanziellen Lage Mitteilung, so daß er jetzt den einzigen Ausweg darin sehe, zur Waffe zu greifen. Wie es heißt, soll Cunow durch unglückliche Spekulationen an der Börse große Summen verloren haben. Cunow hat vor einiger Zeit bereits einen Selbstmordversuch unternommen, der jedoch mißglückte.

Rekordverkehr im September.

21 Prozent Zunahme bei Stadt- und Vorortbahnen.

Auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen wurden — wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt — im September 42,41 Millionen Personen befördert. Verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahres, der eine Beförderungsziffer von 35,02 Millionen Personen aufwies, ergibt sich eine Steigerung von 21,1 Proz. Das ist die stärkste monatliche Verkehrszunahme seit Einführung des elektrischen Betriebes. Gegenüber dem August d. J., in dem 39,47 Millionen Personen die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen benutzten, ergibt sich ein Zuwachs von 7,6 Proz.

Die Berliner Verkehrs-A.-G. beförderte mit ihren drei Verkehrsmitteln insgesamt 125,6 Millionen Personen; mit diesem Ergebnis wurde die Zahl des September 1928 gleichfalls übertroffen, und zwar um 8,1 Millionen oder 6,9 Proz. Die Straßenbahnen beförderten 79,73 Millionen (im September 1928: 77,1 Millionen), die Autobusse 24,26 Millionen (im September 1928: 19,3 Millionen) und die Schnellbahnen 21,6 Millionen (im September 1928: 21,2 Millionen) Fahrgäste.

Johann Kámárom:

15]

He, Kosaken!

Aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch

Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

„Wir sind auf dem Posten!" riefen die Kosaken.

Mein Großvater stand auf. Er war auch jetzt noch ruhig.

„Gott wird dich strafen, Michael . . ."

„Der straft mich schon seit geraumer Zeit, Georg," und er gab ihm die Hand. „Na, geh nur in Frieden und kümmere dich um deine eigenen Angelegenheiten!"

Mein Großvater schied schlecht gelaunt, nachdem er erst noch an mein Bett getreten war. Als er jedoch sah, daß ich mit geschlossenen Augen unter der Decke lag, schloß er die Türe auf den Fußspitzen hinter sich.

Als er fort war, wurden die Kosaken lebhafter. Andreas Pikor winkte Schweigen.

„Ahnt dieser Georg etwas?"

„Ich schätze ja," antwortete Josef Paczai vom Kamin her, „ich glaube, daß dieser Lümmel, der hier im Bett liegt, ihm einiges erzählt hat . . ."

„Der Kerl hat seine Strafe erhalten," sagte der Oberkosak. „Nun, und wenn sie es erfahren? Fürchten wir uns denn etwa?"

Er stellte sich in die Mitte des Zimmers, in hochmütiger Haltung, während er auf seine verwundeten Krieger herabsah.

„Fürchten wir uns denn? Auf wessen Seite ist das Recht?"

Die Kosaken antworteten gleichzeitig:

„Wir fürchten uns nicht! Denn wir sind im Recht!"

Alle hatten bereits ihren Lohn erhalten. Der Oberkosak steckte seine doppelte Gebühr in die Tasche und gab Josef Paczai einen Gulden.

Im alles verdeckenden Qualm saßen die Kosaken kriegerisch da, einzelne lächelten mit großer Ueberlegenheit, andere rekelten sich in ihren Stühlen oder wärmten ihre breiten Schultern vor dem Kamin.

Sie tranken, rauchten. Der Oberkosak setzte sich wieder auf den Ehrenplatz und es folgte ein kurzes Schweigen. Und da sie ihre Zähne aufeinanderpreßten, zeigten die Pfeifenstiele nach oben, so, daß des Oberkosaken Pfeife zu sprühen begann und die Funken durch die Löcher des Deckels auf seinem fetzenumwundenen Schädel niederzischten. Er kümmerte sich nicht darum.

Andreas Pikor ergriff das Wort:

„Und jetzt würde ich gerne wissen, wie diese Sache mit den Gendarmen verlief?"

„Wie sie verlief?" fragte der Oberkosak aufgeblasen zurück und sah bewundernd von einem seiner Leute auf den anderen. „Wie gewöhnlich. Sie fielen uns an, wir warfen sie nieder . . ."

Freilich, freilich: Die Kosaken hatten es leicht, denn sie hielten zusammen. Aber wer hätte es auch gewagt, sich ihnen ernsthaft zu widersetzen?! Die Gendarmen versuchten es, aber sie zahlten ordentlich drauf.

Ich vernahm, unter der Decke liegend, zitternd vor Angst, wie dieses letzte Abenteuer verlaufen war. Die Kosaken hatten in einer unwirtlichen Ecke der Verhovina die Waldrodung übernommen, in irgendeinem staatlichen Forst und in ihrer Nachbarschaft fällten die Rußnyaken die Bäume. Nachdem sie die übernommene Arbeit ausgeführt hatten, wollte ihnen der Oberförster nicht mehr zukommen lassen, als den Rußnyaken. Die Kosaken vertraten den Standpunkt, daß die Abmachung vor Uebernahme der Arbeit eine andere gewesen sei und daß sie im übrigen auf die Rußnyaken pfiffen. Hier begann die Meinungsverschiedenheit in erster Linie natürlich mit den Rußnyaken. Von beiden Seiten blitzten die Aexte, aber der Oberkosak und seine Leute lachten nur über die Unverschämtheit der Rußnyaken. Sie traten sie mit den Stiefeln vor den Hintern, daß sie den steilen Berg in Windeseile hinabfuhren. Drunten im Tale kam irgendwie die Nachricht auf, daß die Kosaken gegen den Oberförster, gegen alle Herren und gegen den Staat revoltierten. Der Oberförster bat um Hilfe zur Niederlegung des Streiks. Dann kamen die Gendarmen. Ach, wären sie nur nicht gekommen! Denn die Kosaken gingen ihnen entgegen . . . Mit Aexten und Kipfen. Der Alte mit der Deichsel, wie gewöhnlich, und er brüllte weitschallend: Um die Ehre, Kosaken! Dann kämpften sie! Die Gendarmen wurden arg bedrängt, aber auch von den Kosaken rann das Blut. Sie rangen bereits zwei Stunden hochdroben am Berg im Schnee. Das Blut strömte aus den Kosaken, aber auch Gendarmen lagen und jammerten schon acht an der Zahl. Josef Handura wurde ins Bein geschossen, ein anderer Kosak erhielt einen Stich in den Nacken und die Verhovina dröhnte vom großen Geschrei. Der Oberkosak schwang seine Deichsel immer im dichtesten Haufen: Um die Ehre, Kosaken! Sein Haar war schon blutig, denn er hatte schon etwa vier Kolbenhiebe auf den Kopf erhalten, aber der Alte ließ nicht locker. Als ihm das Blut in die Augen rann, schlugen ihn die Gendarmen von hinten nieder, legten ihn in Ketten und warfen ihn gefesselt auf einen Wagen. So brachte man ihn vor den Oberstuhlrichter . . .

Der Oberkosak schnaubte einmal kräftig:

„Nun, sie stecken mich ins Loch, das ist nicht zu leugnen. Aber als sie mich vor den Richter brachten, sagte ich ihm offen ins Gesicht, daß wir nicht streiken, daß wir nur die Bezahlung forderten, die uns gebührt. Na," und er sah siegesfroh von einem zum anderen, „und was war die Folge? Der Richter sagte, das Recht sei auf unserer Seite, wir erhielten den vollen Lohn und jetzt sind wir hier!"

„Und wegen der Gendarmen wird es keine Folgen geben?" erkundigte sich Andreas Pikor vorsichtig, der wegen seiner schwachen Beine nicht mehr an den Unternehmungen der Kosaken teilnehmen konnte, aber — als pensionierter Kosak — stolz auf das Verhalten seiner Freunde war.

„Wegen der Gendarmen?" fragte der Oberkosak zurück. „Das ist möglich. Sie haben dort unsere Namen gründlich in ein großes Buch eingetragen, wir werden unsere Zeit absitzen, wenn es vor Gericht kommt. Aber wir haben ihnen wenigstens gezeigt, wer wir sind . . . Habe ich recht?" Und seine alten Augen blitzten vor Freude.

Die Kosaken nickten beifällig.

Der Oberkosak hielt einen Finger hoch. Gleich entstand Schweigen.

„Wir werden auch mit Brugos abrechnen, mit diesem Gewürm, wenn wir zueinanderstehen. Denn viele haben sich schon gegen uns verschworen und es folgen vielleicht schwere Zeiten für uns . . ."

Alle murmelten beifällig und tranken auf den Alten und auf die Einigkeit.

Im beißenden Qualm wuchsen ihre Gestalten und sie schienen größere Menschen zu sein als gewöhnliche Sterbliche.

. . . Nach einer langen, langen Weile wachte ich auf und hörte, wie sie die Herren schmähten und beschimpften. Um diese Zeit wankten sie bereits vor Trunkenheit. Und torkelnd, mit schweren Füßen, taumelten sie in die Nacht hinaus.

Der Oberkosak blieb in der Stube allein.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen die Schulzerstörer!

Verbrecherische Erpressermethoden der Kommunisten.

Am 19. Oktober berichtete der „Abend" ausführlich und sachlich über die Diphtheriefälle in der 223. Gemeindeschule. Es wurde nachgewiesen, daß der Leiter der Schule, unser Genosse Hennicke, alle auch nur möglichen Maßnahmen gegen die Vermehrung der Krankheitsfälle seinerzeit ergriffen hatte. Wenn die Kommunisten jetzt in der „Roten Fahne" schreiben, die erfolgte vorübergehende Beurlaubung des Genossen Hennicke sei ein Beweis für seine Schuld, so sprechen sie die bewußte Unwahrheit.

Das Ziel der Moskaujünger ist, Rektor Hennicke unter allen Umständen von der Leitung der Schule zu entfernen. Mit welchen Methoden dabei gearbeitet wird, zeigen wiederholt erpresserische Drohungen, den Rektor „kaltzumachen". So heißt es in einem Briefe:

„Herr Hennicke, wir raten Ihnen und Herrn Lange, gehen Sie beide freiwillig, sonst passiert ein großes Unglück. Sie können bzw. werden kaltgemacht ..."

Dieses Treiben gab in erster Linie dem Genossen König vom Provinzialschulkollegium Veranlassung, Rektor Hennicke nahezulegen, bis zur endgültigen Erledigung der Untersuchung Urlaub zu nehmen. Mit dem Geschrei von dem Sturz der „Säule der Sozialdemokratie", den die „Rote Fahne" jetzt anstimmt, ist es also wieder einmal nichts. In einer Sitzung der beteiligten Personen am 21. Oktober 1929 ist nochmals ausdrücklich festgestellt worden, daß gegen den Rektor der 223. Gemeindeschule keinerlei Vorwürfe erhoben werden können. Doch um die Gesundheit der Kinder geht es den Kommunisten nicht, es geht ihnen lediglich um die Beseitigung des Genossen Hennicke. Und warum? Weil er die kommunistische Parteiagitation des Elternbeirats und eine kommunistisch-anarchistische Zelle im Lehrerkollegium lahmgelegt hat. Für die Tätigkeit der kommunistischen Mitglieder des Elternbeirats ein Beispiel: Anläßlich einer Ausstellung in der Turnhalle der Schule im Dezember des vorigen Jahres schmückten sie den Raum mit zahlreichen Fahnen der KPD. und des Rotfrontkämpferbundes. Das durfte Rektor Hennicke nicht dulden. Er genügte nur seinen Pflichten als Leiter der Schule, wenn er hiergegen einschritt. Einige der kommunistischen Lehrer aber verfuhren so: Der Schulamtsbewerber Erwin Alest läßt seine Kinder im Unterricht ein „Lumpenlied" singen, das wie folgt beginnt: „Kein Schlips am Hals, kein Geld im Sack. Wir sind ein schäbiges Lumpenpack, auf das der Bürger speit." Derselbe Herr Alest schloß seine Rede bei der Schulentlassungsfeier seiner Klasse mit den Worten:

„Und ich erwarte von Euch, daß Ihr bei der kommenden proletarischen Revolution auf den Barrikaden die ersten seid."

Ein anderes Mitglied des Lehrerkollegiums, Fräulein M., sah ihre Aufgabe darin, die Kinder während der Unterrichtsstunden zum Grabe Karl Liebknechts zu schicken. Die Konrektorin, Fräulein Rupert, erklärte eines Tages, als ein Mädchen fragte, ob sie nicht des Todes des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedenken wolle: „Wir feiern nur die Arbeiterführer, die eines gewaltsamen Todes gestorben sind." In ähnlichem Sinne arbeiteten auch Schulamtsbewerber Zill und die Lehrerin Fräulein Lutter. Wie wir erfahren, waren diese Vorkommnisse dem damaligen Direktor des Provinzialschulkollegiums bekannt. Unseres Erachtens wäre seinerzeit ein energisches Durchgreifen der Behörden dazu angetan gewesen, die kommunistische Agitation im Keime zu ersticken. Da das unterblieb, konnte bei den Kommunisten der Eindruck entstehen, daß Rektor Hennicke nicht in Erfüllung seiner Amtspflichten, sondern lediglich in privater Stellungnahme handelte, als er die kommunistische Agitation unterband. Jetzt richtet sich die Wut der KPD. gegen Hennicke und die übergroße Mehrheit des Lehrerkollegiums, die ihn bei seinen Maßnahmen, die im Interesse der Schule und der Kinder erfolgten, unterstützt hatten.

Es ist nicht das erstemal, daß verantwortungslose Kommunisten Kinder für ihre Parteigeschäfte mißbrauchen. Wir wissen natürlich nur zu genau, daß der Kampf dieser Parteifanatiker lediglich darauf gerichtet ist, den Sozialdemokraten Hennicke zu treffen, weil sie die 223. Gemeindeschule zu einer Zelle ihrer bolschewistischen Agitation machen möchten.

Jugendhaus Kreuzberg.

Eine vorbildliche Stätte der Jugendwohlfahrt.

Im Verwaltungsbezirk Kreuzberg ist jetzt das Jugendhaus Kreuzberg auf dem Bezirksamtsgrundstück Yorckstraße 11 fertig ausgebaut. Bei einer Besichtigung, die das Bezirksamt für die Bezirkskörperschaften und für Frauen und Männer aus der Jugendwohlfahrtspflege des Bezirks am Montag veranstaltete, konnte man an dem gelungenen Werk seine Freude haben.

Das alte Fabrikgebäude, das zum Jugendhaus umgestaltet worden ist, hat das nicht schöne Aeußere noch behalten müssen. Aber das Innere macht bei aller Einfachheit der Ausstattung einen so freundlichen Eindruck, daß dieses Jugendhaus wie ein Schmuckkästchen wirkt. Die Fertigstellung des Lehrlingsheims, das am 1. November eröffnet wird, ist der Schlußstein des ganzen Werkes. Eröffnet wurden in diesem Haus bereits im Februar 1927 ein Jugendheim, im Februar 1929 eine Säuglingskrippe und ein Montessori-Kindergarten, im Juli 1929 eine Säuglingsfürsorgestelle. Vom Säugling bis zum Lehrling werden im Jugendhaus Kreuzberg alle betreut. Alle Formen jugendfürsorgerischer Arbeit findet man hier, gesundheitliche, erzieherische und wirtschaftliche Fürsorge.

In seiner die Gäste begrüßenden Ansprache wies Bürgermeister Genosse Dr. Herz auf diese in dem Jugendhaus verwirklichte Zusammenfassung der Jugendwohlfahrtsarbeit hin. Er betonte, daß die Bezirkskörperschaften mit einer gewissen Genugtuung auf das jetzt fertige Werk blicken können. In dieser Zeit der Skandale solle man nicht übersehen oder vergessen, was in der Gemeinde Berlin auf dem Gebiet sozialer Arbeit in ehrlicher und treuer Pflichterfüllung geleistet wird. Niemand habe Anlaß, sich die Freude an der Mitarbeit in der Gemeindeverwaltung trüben und den Willen zu solcher Mitarbeit nehmen zu lassen. Der Bürgermeister schloß mit dem Wunsch, daß im Jugendhaus Kreuzberg eine Jugend heranwachsen möge, die, umflossen von Licht, Luft und Liebe, an der Herbeiführung einer besseren Zukunft zu arbeiten vermag. Nach ihm nahm Stadtrat Genosse Jachow das Wort, der Dezernent für das Wohlfahrtswesen des Bezirks. Er erinnerte daran, wieviel auf dem Gebiet sozialer Arbeit die frühere Stadtverwaltung, die wir vor dem Kriege hatten, versäumt hat. Was damals unterlassen wurde, muß jetzt in der Zeit drückenden Geldmangels unter großen Schwierigkeiten nachgeholt werden.

Bei der Besichtigung der einzelnen Abteilungen, die in dem Jugendhaus untergebracht sind, äußerten die Besucher immer wieder ihre Befriedigung und Freude über die Schönheit und Zweckmäßigkeit des hier Geschaffenen. Die Säuglingskrippe (Liege- und Laufkrippe) kann 21 Säuglinge und 22 Kleinkinder aufnehmen. Gärten zu Liegekuren in Luft und Sonne und zum Spiel im Freien sind vorhanden. Der Montessori-Kindergarten nimmt 30 Kinder auf. Auch sie werden im Freien spielen können. Die Inanspruchnahme der Säuglingsfürsorgestelle ist so stark, daß ihr im September rund 1100 Kinder zugeführt wurden, 426 Säuglinge und 672 Kleinkinder. Das Lehrlingsheim hat Raum zur Unterbringung von 29 Lehrlingen, denen es das elterliche Heim ersetzen soll. Für das Jugendheim, das jetzt drei Räume benutzt, ist eine spätere Erweiterung durch Anbau geplant.

Das Gasunglück im Tanzsaal.

Eine Erklärung der Städtischen Gaswerke.

Das Befinden der bei der Gasausströmung in den Germaniasälen erkrankten fünf Personen, die im Virchow-Krankenhaus daniederliegen, hat sich soweit gebessert, daß keinerlei Gefahr mehr besteht. Die Erkrankten werden jedoch noch einige Tage im Krankenhaus verbleiben müssen.

Von den Städtischen Gaswerken, die sofort eine genaue Untersuchung über die Ursachen des Unglückes vornahmen, wird hierzu noch folgendes mitgeteilt: In dem im 2. Stockwerk befindlichen sogenannten „Hochzeitssaal" der Germaniasäle ist ein Gasofen als Zusatzheizung zu der vorhandenen Dampfheizung aufgestellt. Dieser Saal ist kürzlich renoviert worden. Aus diesem Grunde ist der von dem Gasofen zum Schornstein führende Abzug vorübergehend entfernt und noch nicht wieder angebracht worden. Der Gasofen ist, wie ausdrücklich festgestellt wird, am Sonntag nicht im Betrieb gewesen. Da der Haupthahn am Gasmesser im Keller nicht geschlossen war, und durch Unbekannte der unmittelbar am Gasofen befindliche Hahn ganz oder teilweise geöffnet worden ist, konnte das Gas ungehindert in den Saal hineinströmen. Die von den Gaswerken vorgenommenen Ermittelungen haben weiter ergeben, daß Gasleitung und Gasofen in Ordnung sind, so daß das Ausströmen des Gases nur auf ein unbefugtes Oeffnen des Hahnes am Gasofen zurückgeführt werden kann. Der Gasofen ist schon seit vielen Jahren in Betrieb und es haben sich bisher irgendwelche Mängel oder Schäden niemals bemerkbar gemacht.

Keine Urkundenfälschung im Gefängnis.

Der Füllfederhalter Dr. Punges.

Die Justizpressestelle teilt mit: In der Strafsache Sklarek war der Verdacht entstanden, daß zwei von einem Beschuldigten überreichte Urkunden, die ein Datum aus dem Jahre 1927 trugen, von einem der Brüder Sklarek nicht zu diesem Zeitpunkt, sondern erst kürzlich, wahrscheinlich erst im Gefängnis, ausgestellt worden seien. Zur Prüfung dieses Verdachtes war es erforderlich, alle die Füllfederhalter und Tinten zu untersuchen, mit denen möglicherweise die vermutlich unrichtige Urkunde im Gefängnis hergestellt sein konnte. Zur Unterstützung dieser Prüfung hatte Rechtsanwalt Punge seinen Füllfederhalter freiwillig ausgehändigt. Die Nachprüfung der Tinte dieses Füllfederhalters durch den Sachverständigen Prof. Dr. Brüning hat jetzt ergeben, daß sie nicht dieselbe Tinte ist, wie die für die Herstellung der genannten Urkunden verwendete. Die chemische Untersuchung der von Rechtsanwalt Punge ohne Wissen der Gefängnisverwaltung eingebrachten Gegenstände hat nichts für Rechtsanwalt Punge Belastendes ergeben.

*

Das Bezirksamt Lichtenberg teilt mit: Gegen Stadtrat Preindl ist vom Bürgermeister des Bezirks ein Disziplinarverfahren beantragt worden. Es schwebt aber kein Verfahren gegen Stadtrat Stimming, den Stellvertreter des Bürgermeisters oder gegen den Bürgermeister selbst. In dem Disziplinarverfahren gegen Stadtrat Preindl spielen Beschuldigungen gegen Stadtrat Stimming eine Rolle, die unter anderem den Hauskauf des Stadtrats Stimming zum Gegenstand haben.

Entscheidung der Stadtverordneten gefordert.

Bei Bürgermeister Scholtz fand eine Besprechung statt, die sich mit der Forderung des Oberpräsidenten wegen der Abberufung der Stadtverordneten Bunge, Mühlmann und Rosenthal aus dem Kreditausschuß der Stadtbank beschäftigte. Der Aussprache wohnte auch Stadtverordnetenvorsteher Haß bei. Zunächst wurde in dieser Sitzung der Sachverhalt festgestellt, der der Forderung des Oberpräsidenten zugrunde liegt, worauf die drei Stadtverordneten Bunge, Mühlmann und Rosenthal übereinstimmend erklärten:

„Für uns liegt keine Veranlassung vor, das uns von der Stadtverordnetenversammlung übertragene Amt niederzulegen. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht getan und immer im Einverständnis mit dem gesamten Kreditausschuß gehandelt. Wir wünschen, daß die Stadtverordnetenversammlung über die gestellte Forderung unseres Ausscheidens aus dem Kreditausschuß die Entscheidung fällen soll."

Die Geschäfte des deutschnationalen Direktors

Die Stadt erleidet keinen finanziellen Schaden.

Zu der Amtsenthebung des deutschnationalen Direktors Lettow von der Bemag, Berliner Müllabfuhr A.-G., teilt das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mit:

Zwischen der Berliner Müllabfuhr A.-G. und der Viktoria-Park-A.-G. schweben seit längerer Zeit Verhandlungen über den Ankauf des Grundstücks Monumentenstr. 33/34, das im Besitz der Viktoria-Park-A.-G. ist. Das Grundstück dient zur Unterbringung von Pferden für die Bespannung von städtischen Müllwagen. Bevor die Verhandlungen zum Abschluß kamen, hat Direktor Lettow von der Bemag an die Viktoria-Park-A.-G. eine Abschlagszahlung auf diesen evtl. zu tätigenden Grundstückskauf geleistet, ohne zuvor die Genehmigung der zuständigen Stellen einzuholen.

Bei der regelmäßigen Kontrolle der Geschäftsführung der Bemag durch den Direktor des Stadtreinigungsamtes als Beauftragten des Magistrats sind die unrechtmäßigen Zahlungen festgestellt worden. Der Beauftragte des Magistrats hat sofort beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats Anzeige erstattet, der seinerseits sofort eine Sicherung für die Bemag durch die Eintragung einer Hypothek auf das Grundstück Monumentenstr. 33/34 veranlaßte. Der Stadt ist mithin ein Schaden aus der unrechtmäßigen Zahlung nicht erwachsen. Es hat sich außerdem herausgestellt, daß Direktor Lettow auch in einigen anderen schwebenden Geschäften Vorauszahlungen ohne Genehmigung geleistet hat. Auch in diesem Falle sind sofort Maßnahmen zur Sicherung der Bemag gegen Schaden getroffen worden. Der Verwaltungsausschuß des Aufsichtsrats der Bemag hat den Direktor Lettow seiner Funktionen als Vorstandsmitglied der Gesellschaft enthoben.

Der Absturz vom Matterhorn.

Freispruch der Jugendführer in der Berufungsinstanz.

In der Berufungsverhandlung gegen den Zeichenlehrer Behm und Sportstudenten Eichler, die durch Fahrlässigkeit den Tod des Schülers Brahm, der im Juli v. J. vom Matterhorn abstürzte, verschuldet haben sollten, kam die Vierte Strafkammer des Landgerichts II jetzt zu einer Einstellung des Verfahrens aus juristischen Gründen.

Nach der zweitägigen Beweisaufnahme, in der 21 Zeugen und verschiedene namhafte Sachverständige über die Führerqualitäten der Angeklagten vernommen wurden, beantragte der Staatsanwalt die Verwerfung der Berufung des Angeklagten Behm, der in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, und gegen Eichler, der damals freigesprochen wurde, eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Nach längerer Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Linde den Beschluß des Gerichts, das Verfahren einzustellen. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß nach schweizerischem Recht fahrlässige Tötung ein Delikt sei, das nur auf Antrag eines Angehörigen des Getöteten verfolgt werden könne. Nun hat der Vater des getöteten Schülers, Sanitätsrat Brahm, in seiner Zeugenvernehmung erklärt, daß ihm an der Bestrafung der Angeklagten nichts mehr läge. Auf ausdrückliches Befragen des Vorsitzenden nahm der Vater den Strafantrag auch formal zurück. Durch diese Tatsache konnte die in der Schweiz begangene fahrlässige Tötung auch in Deutschland nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, so daß der Einstellungsbeschluß erfolgen mußte. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Drei schwere Bauunfälle.

Drei Arbeiter schwer verletzt.

Gestern nachmittag ereignete sich in der Wilhelminenhofstraße 32 in Oberschöneweide ein schwerer Bauunfall. Zurzeit wird dort ein Ladenumbau vorgenommen. Durch die Erschütterungen vorüberfahrender Lastfahrzeuge lösten sich plötzlich gegen 14.30 Uhr mehrere Versteifungen und ein Teil einer massiven Mauer stürzte krachend zusammen. Der Maurer Friedrich Peters aus Fredersdorf wurde von den niederfausenden Mauerteilen getroffen und schwer verletzt. Die zur Hilfe gerufene Feuerwehr brachte den Verunglückten in das Elisabeth-Hospital. — Ein weiterer schwerer Unfall trug sich auf einem Bau in der Neuen Promenade 7 zu. Der 23jährige Maurer Ernst Schulz aus der Hermannstraße 7 in Neukölln, der auf einem Gerüst in der Höhe des zweiten Stockwerkes beschäftigt war, verlor den Halt und stürzte kopfüber in die Tiefe. Sch. erlitt schwere Kopfverletzungen; bewußtlos wurde er durch das Städtische Rettungsamt ins Virchow-Krankenhaus gebracht. — Der dritte Unfall ereignete sich an einer Bahnüberführung des Bahnhofs Zoo. Beim Besteigen einer Leiter stürzte der 23jährige Maler Alfred Meißner aus Buchholz infolge Sprossenbruches aus beträchtlicher Höhe ab. Dem Verunglückten wurden beide Beine gebrochen. M. fand im Achenbach-Krankenhaus in der Wilmersdorfer Straße Aufnahme.

Harakiri in geistiger Umnachtung.

Ein 81jähriger Selbstmörder.

Auf eine gräßliche Weise hat am Sonnabend der 81jährige Arbeiter Michael Klowski in Hirschberg (Kreis Osterode) Selbstmord verübt. Er stieß sich hinter verschlossenen Türen in seinem eigenen Hause ein Schlachtmesser in den Leib und schlitzte sich damit den Bauch auf, so daß die Eingeweide heraustraten. Da ihm das Schlachtmesser zu stumpf zu sein schien, wütete er mit einem Rasiermesser weiter gegen sich. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte, nachdem man die Tür gewaltsam geöffnet hatte, dem Unglücklichen nicht mehr helfen, der nach etwa eineinhalb Stunden starb. Der Selbstmörder litt in letzter Zeit an Verfolgungswahn.

Eine Zuschrift aus Freidenkerkreisen.

Meidet die Versammlungen der Opposition.

Uns wird geschrieben:

Die Bolschewisten versuchen in der letzten Zeit, da sie die Hoffnung aufgegeben haben, den Freidenkerverband zu erobern, einen eigenen Laden aufzuziehen. Das gelingt ihnen nicht in dem Maße, wie sie es erhofft haben, da der Prozentsatz der Eingefangenen selbst in ihrer Hochburg am Wedding gar zu lächerlich gering ist. Deshalb suchen sie in der letzten Zeit überall Versammlungen aufzuziehen und die Freidenkermitglieder mit allerhand Lügen und Verleumdungen gegen die Leitung des Freidenkerverbandes aufzuhetzen. Zu diesem Zweck findet auch am morgigen Abend in Pankow in einem Lokal in der Schloßstraße eine durch Plakate an den Litfaßsäulen einberufene Versammlung der Opposition statt. Dort sucht man die Behauptungen eines Artikels, der am Sonnabend in der „Roten Fahne" stand und die Ueberschrift trug „Freidenkerbureaukratie droht mit der Hungerpeitsche" weiterzuverbreiten. Der Artikel behauptete, daß der Unterzeichnete in der Gruppenleitersitzung der Freidenker am 18. Oktober folgendes ungereimte Zeug gesagt haben soll:

„Alle diese Leute, die den Verband herabsetzen, sind Gesindel, Lügner, Mameluken. Die Hungerpeitsche müßte man gegen sie nehmen. Sie sind Hunde, die, wenn sie nicht parieren, eins übers Fell kriegen."

Diese Behauptungen in dieser Form hat sich das Kommunistenblatt aus seinen schmutzigen Fingern gesogen. Sie braucht diesen aufgetragenen Schwindel für ihre Spaltungsversammlungen. Wahr ist, daß in der Gruppenleitersitzung nach einem Bericht über die Werbeveranstaltungen (Umzüge, Versammlungen und Aufführung der Revue „Es werde Licht") von mir und anderen Genossen auf das schärfste die vollendete Sprengung der Moabiter Veranstaltung und der Sprengungsversuch der Kreuzberger Veranstaltung in den Kammersälen verurteilt wurde. Dabei sind dem Moabiter kommunistischen Gruppenleiter Berg, dem „technischen Arbeiter im Liebknecht-Haus", der zweifellos auch den Schwindelbrief zusammengeschmiert hat, schwerste Vorwürfe wegen seiner Untätigkeit und Begünstigung der Versammlungssprenger gemacht worden. (Das Ausschlußverfahren gegen Berg ist beantragt.)

Ich habe dabei die Drahtzieher, die die armen verhetzten jungen Menschen nicht zum freien Denken, sondern zum Kadavergehorsam, zur Hundedemut und zu Mameluken erziehen, als Verbrecher am freien Geiste, an der Solidarität des Proletariats gekennzeichnet und zur energischen Abwehr, genau so wie in den Kammersälen, geraten. Die Ausdrücke „Hungerpeitsche" oder „Hundepeitsche" sind in der Versammlung überhaupt nicht gefallen. Jene Sorte Bolschewisten, gegen die sich meine ganzen Ausführungen richteten, scheinen aber genau zu ahnen, welche Instrumente für sie die passendsten sind. Carl Hepschold.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Sozialdemokrat Versammlungen fernbleibt, die von gewissenlosen Hetzern lediglich zu persönlichen Verleumdungen benutzt werden.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 31. Oktober 1929, statt. Der Beginn ist pünktlich um 16¾ Uhr.

Wenn wir Flügel haben.

Der Himmel schüttet den Regen. Dieser Himmel, grau und zerknittert wie Packpapier. Aber die Luft ist nicht hart, die Luft ist gelinde, wie ausgehaucht.

Aus einem Schuppen klingt Hämmern. Bämm und bämm. So merkwürdig hohl. Und plötzlich klafft eine Schiebetür auseinander. Ein dunkles Loch, ausgebranntes Auge, stiert über den verregneten Flugplatz.

„Guten Morgen, mein Lieber. In einer halben Stunde gehts los."

In einer halben Stunde. Teufel, das wird ein Hauptspaß. So über Berlin hinwegzufegen, über dieses verregnete Berlin, das noch verschlafen ist.

Aber nun erst umziehen. Denn, bei Gott, ich fliege nicht gern mit allem Komfort. Nicht geruhsam zurückgelehnt in einen Kabinensessel, die Zeitung vor mir, umgeben von der trauten Sorgfalt eines Luftbons. Wir nehmen eine offene Kiste des „Sturmvogels", in der einem noch der Wind um die Nase pfeift.

Ppph. Ppph. Frei! Ein Dröhnen und Singen. Nun ab. Vor uns stehen noch Bäume und drohen. Wir springen über sie hinweg. Sehr einfach.

Wir tänzeln erst ein bißchen, jetzt eine sanfte Verneigung, wir hängen in der Kurve und schon hascht ein Blick nach Berlin, das heranrückt wie auf einer Drehscheibe.

Aber wie sieht dieses Berlin heute aus. Alles ist verwischt. Unter uns der Potsdamer Platz. Auf ihn zu kriecht ein Heer von Raupen, die Straßenbahn.

Wir klettern. Berlin stellt sich schräg. Kleine schwarze Punkte, Fußgänger torkeln durcheinander. Der Tiergarten. Charlottenburg. Noch ein kleiner Abstecher gefällig? Nein, bloß weg. Adschüs.

Wir klettern. 500, 600. Hojö, durch die Wolken, durch den Dunst. Das Knattern des Motors verklingt gedämpft. Wir gleiten über den Wolken dahin, über dieses herrliche, zerklüftete Wolkengebirge, auf das aus blauem, so unwahrscheinlich blauem Himmel die Sonne scheint. Wir haben nichts mehr mit euch da unten zu tun. Bleibt allein in eurer verregneten, tristen Landschaft. Bleibt allein. Wir sind frei. Wir fliegen.

Und nun erst fühlt man den Pulsschlag des Motors. Dieser Motor singt. Man muß nur genau zuhören. Manchmal, wenn wir klettern, brummt er vor Behagen. Der Motor spricht. Man muß nur genau zuhören, dann versteht man schon, was er sagt. Sieh: du donnerst durch die Luft. Du hast Flügel und dein Herz bebt. Du siehst die Sonne und unter dir die Erde oder die Wolken. Das Flugzeug schwankt, legt sich in die Kurve, der Wind fällt dich an, und du mußt jauchzen, weil du dich stark fühlst und jung. Weil du berauscht bist von Luft und Sonne.

Mit einem Male erblicken wir wieder die Erde. Die Wolken verziehen sich. Wir machen kehrt. Unter uns blüht uns alles entgegen. Der glänzende Schienenstrang, eine Rauchsäule, ein See. Wir eilen zurück, zurück nach Berlin, das jetzt munter ist, zurück nach Berlin, das wir schon fühlen, ehe wir es sehen.

Und nun stürzt es uns entgegen. Erst als ein dunkler, verwischter Fleck, der auseinanderfließt; dann sprießen Häuser empor, blinkende Dächer. Es ist als wenn dieses Berlin Fangarme besäße, mit denen es nach uns tastet. Eine Rauchwolke steigt empor, und noch eine. Berlin, das arbeitsfreudige Berlin feuert erst seinen Salut ab, ehe es uns in seine Arme nimmt.

Wir kreisen über dem Flugplatz. Soeben steigt eine Verkehrsmaschine empor. Aus dem Westen kommt eine, dann eine aus dem Osten.

Wir rollen über die Erde. Wir steigen aus.

Aus den Schuppen klingt Hämmern. Ein Auto naht und bringt Fluggäste. Lachend steigen sie in die Maschine, die sie wegträgt, über Wälder, Flüsse und Berge. In eine ferne Welt.

Hy. Wo.

Im Flugzeug zur Welt gekommen.

New York, 28. Oktober.

Wie aus Miami gemeldet wird, ist dort gestern in einem großen Transportflugzeug, das in etwa 400 Meter Höhe über der Stadt kreiste, ein Mädchen zur Welt gekommen. Man trägt sich mit der Absicht, ihr den Namen Aerogene zu geben.

Ein Vortrag Dr. Wyneckens. Der Gründer der Freien Schulgemeinde Wickersdorf, Dr. Gustav Wyneken, spricht in Berlin am Freitag, dem 8. November, abends 8 Uhr, in der Stadthalle (Stadthaus, Klosterstraße), über „Staat und Geist" (Jenkur / Justiz / Erziehung u. a.).

Ein Schulmuseum in Berlin-Nord.

Die Stadt Berlin unterhält im Schulhause Stallschreiberstr. 54 ein Schulmuseum, das besonders für die Lehrerschaft bestimmt ist und Hilfsmittel zu theoretischer Weiterbildung bietet. Ein Schulmuseum anderer Art ist im Schulhause Dunckerstr. 64 entstanden, eine Sammlung von Anschauungsmitteln hauptsächlich aus Heimatkunde, Naturkunde, Völkerkunde, Geschichte, geeignet zur Belehrung der Schuljugend und auch Erwachsener aus weiteren Kreisen der Bevölkerung.

Die Hauptmasse der hier zusammengetragenen Gegenstände ist dem Gemeindeschulrektor Roß zu danken, der vor einer Reihe von Jahren diese Sammelarbeit begann und nachher die ganze Sammlung der Stadt Berlin schenkte. Anfangs war er im Sammeln nur von seinen Schülern unterstützt worden, denen die Sache begreiflicherweise Freude machte. Nach der Uebernahme des reichhaltigen Sammlungsergebnisses durch die Stadt entstand ein „Verein der Freunde und Förderer der Rektor-Roß-Stiftung", der sich die Aufgabe stellte, die Sammelarbeit durch planvolle Mitwirkung auszubauen. Am Sonntag feierte das Museum das fünfjährige Bestehen, und Rektor Roß selber zeigte bei dieser Gelegenheit den Gästen, was das von ihm gegründete Schulmuseum birgt. Daß neben vielem Wertvollen auch allerlei belangloser Kram angenommen werden muß, ist ein Uebelstand, der sich schwer vermeiden läßt, wenn eine Sammlung auf Hergabe von Geschenken rechnet. Es droht da immer die Gefahr, daß das Museum zu einem Raritätenkabinett wird. Die Mitwirkung eines Vereins von Förderern erleichtert aber die Aufstöberung manchen Gegenstandes, der wert ist, erhalten zu bleiben. Wie vieles mag, weil den Wert niemand ahnt, achtlos beiseite geworfen werden und vielleicht im Müllkasten enden! Unter den Kriegsandenken, an denen es in diesem Museum gleichfalls nicht fehlt, finden wir auf schwarzweißrot umrahmtem Plakat den Aufruf, mit dem Wilhelm II. bei Kriegsausbruch das deutsche Volk mahnte, in die Kirche zu gehen und zu beten. Es ist gut, daß man auch so etwas gesammelt und öffentlich ausgehängt hat. Wie hohl wirkt heute jener Phrasenschwall! Das Museum kann in den Wintermonaten Oktober bis März an jedem 1. und 3. Sonntag des Monats (mit Ausnahme der Feriensonntage) besucht werden.

„Die Berliner saufen nur!"

Ein Polizeibeamter teilt uns mit: Kürzlich saß ich in der Stadtbahn. Auf dem Bahnhof Tiergarten betrieben eine Dame und ein Herr den Stadtbahnzug. Obwohl Platz vorhanden, setzte sich der Herr neben mich auf die Bank. Ehe der Zug sich überhaupt in Bewegung setzte, überfiel er mich mit diesen Worten: „Was sagen Sie dazu, Herr Wachtmeister, daß der Stahlhelm im Rheinland und Westfalen verboten ist?" Ich antwortete: „Diese Maßnahme erfolgt zu recht und ist zu begrüßen." Er sagte: „Ich bin Mitglied des Stahlhelms. Wir werden uns diese Maßnahme nicht gefallen lassen." Hierbei entfaltete ich die Morgenausgabe des „Vorwärts" und deutete auf die Gründe hin, die dem Minister Veranlassung gaben, in den beiden Provinzen den Stahlhelm zu verbieten. Der Herr sagte nun: „Die Stimmen für das Volksbegehren sind schon aufgebracht und der Volksentscheid wird auch zugunsten der Antragsteller ausfallen." Ich dachte bei mir „übertriebener Optimismus". Er fuhr fort: „Sie müssen nur einmal nach dem Rheinland kommen und nach Westfalen. Ich bin Braumeister, alle Brauereien liegen still, was meinen sie, was für eine Not unter der Bevölkerung herrscht." Er verlangte dann, daß das Reichsbanner auch aufgelöst werden müßte. Jetzt konnte ich mir ein Lächeln nicht verbeißen und erwiderte: „Wie kann man eine Vereinigung verbieten, die nicht nur die Republik achtet, sondern gegebenenfalls auch noch vor Angriffen schützt?" Ueber diese meine Ausführungen anscheinend sehr ärgerlich, sagte der Herr: „Es ist nur gut, daß Berlin nicht das Deutsche Reich ist. Die Berliner saufen ja nur." Dieser letzte Satz war für mich das Interessanteste. Ein Braumeister beklagt sich, daß er nichts zu tun hat. Schuld hieran trägt für ihn die Regierung, er schimpft aber auf die Leute, die sein Bier trinken. Da kam mir der Gedanke, daß dieser Herr bestimmt nicht wußte, was er eigentlich will!

Hierin hat der Beamte ohne Zweifel recht!

Unschuldig im Gefängnis.

Der Hauptbelastungszeuge war der Dieb!

Daß der als Dieb verurteilte Ernst Müller unschuldig eine sechsmonatige Gefängnisstrafe verbüßt hat, stellte soeben das Schöffengericht Berlin-Mitte in einer Verhandlung gegen den Schlossergesellen Koretzki fest.

Der Sachverhalt des Prozesses, der schon mehrere Instanzen beschäftigt hat, ist folgender: In vergangenen Jahren wurde der Wirtin des Ernst Müller eine goldene Uhr und ein Opernglas zu einer Zeit gestohlen, in der Koretzki bei seinem Freunde Müller zu Besuch war. K. wurde wegen Diebstahls vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte angeklagt. In der Verhandlung belastete er seinen Freund Müller, der als Zeuge vernommen wurde, so stark, daß die Anklage auch gegen diesen erhoben wurde. Trotz der Beteuerungen Müllers, daß er unschuldig sei, kam das Gericht damals zu der Ueberzeugung, daß beide Freunde gemeinschaftlich gehandelt hätten und verurteilte beide wegen Diebstahls zu je sechs Monaten Gefängnis. Beide Angeklagten legten Berufung ein. Unglücklicherweise erreichte Müller die Zustellungsurkunde zu der Berufungsverhandlung nicht, da er auswärts auf Arbeit war. In seiner Abwesenheit wurde seine Berufung verworfen. Kurze Zeit später wurde er verhaftet und verbüßte die rechtskräftig gewordene Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Die Berufungsverhandlung gegen K. fand auch nicht statt, da die Strafkammer die Verhandlung gegen ihn wegen eines Formfehlers an das Amtsgericht zurückverwiesen hatte. Gestern beschäftigte sich nun das Schöffengericht Berlin-Mitte mit diesem Falle. Der Angeklagte Koretzki hatte zu seiner Entlastung eine Anzahl Zeugen geladen, deren Aussagen aber ein wesentlich anderes Bild ergaben, als das erste Gericht festgestellt hatte. Sämtliche Zeugen entlasteten nicht den Angeklagten Koretzki, sondern seinen Freund Müller, der inzwischen schon seine Strafe abgesessen hat. Die Beweisaufnahme ergab einwandfrei, daß K. die Uhr und das Glas in einem Moment gestohlen hatte, als Müller nicht im Zimmer war.

Der Staatsanwalt bedauerte in seinem Plädoyer, daß die Staatsanwaltschaft nicht schon früher Kenntnis von diesem Sachverhalt gehabt hatte, so daß sie versäumte, rechtzeitig Berufung gegen das Urteil einzulegen. Er empfahl dem Zeugen Müller, Entschädigungsansprüche für unschuldig verbüßte Strafe geltend zu machen.

Das Gericht verurteilte K. zu derselben Strafe wie das vorige Mal, zu sechs Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung sprach der Vorsitzende aus, daß er aus prozessualen Gründen leider keine härtere Strafe gegen den Angeklagten verhängen konnte, der so rücksichtslos seinen Freund unschuldig ins Gefängnis gebracht hatte.

Der harmlose Boxer.

Der Boxer Alfred Hein, der im vergangenen Herbst allabendlich in Bars und Luruslokalen auftauchte, und dort ständig Lärm- und Tumultszenen hervorrief, stand jetzt vor dem Amtsgericht Charlottenburg. Der Angeklagte war eines Nachts in der „Kamille-Bar" verhaftet worden, als er die Inhaberin, die Bardamen und die Musiker wieder mit Totschlag und Mißhandlungen bedrohte. Der Strafbefehl gegen ihn lautete wegen Bedrohung, Nötigung, Körperverletzung und Betrug auf zwei Monate Gefängnis. Der Angeklagte, der gegen diesen Strafbefehl Einspruch erhoben hatte, wies vor Gericht nach, daß seine Vorstrafen die im Strafregister standen, nicht ihm selbst galten. Als er noch Matrose war, wären seine Papiere gestohlen worden und dieser Dieb sei auf seinen Namen wiederholt bestraft worden. Rechtsanwalt Dr. Fuchs erklärte dem Gericht, daß der Angeklagte erst durch einen besonderen Unglücksfall auf die schiefe Bahn geraten sei. Als Freund der Frau Puffy Uhl erhielt er von einem Nebenbuhler, dem Flieger Beese, der die Uhl später tötete, einen Schuß in die Schulter. Daraufhin mußte er seine Boxerlaufbahn aufgeben und fing an zu trinken. Die unter Anklage stehenden Straftaten hätte der Angeklagte nicht so schlimm gemeint, da er fast immer betrunken gewesen wäre. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M.

Funkwinkel.

„Aus der Welt des Films" heißt das Sonntagabendprogramm. Dr. Becce gibt mit seinem Terraorchester verklungene Begleitmusiken zu Großfilmen aus der Vorkriegszeit und stellt dazu im Gegensatz moderne musikalische Unterstreichungen filmischer Vorgänge. Das Orchester ist ausgezeichnet, und deshalb langweilt sich der Hörer bei den musikalischen Vorträgen nicht. Anders dagegen steht der Fall bei dem sprachlichen Teil. Das Verlesen alter und neuer Filmszenen bedeutet keine interessierende Abendveranstaltung. Vor einiger Zeit löste Walter Granotzny ein Filmmanuskript durch Verteilung der Stimmen, durch Steigerung des Tempos in ein dramatisch spannendes Geschehen auf, das durchaus im Akustischen verankert war. Hier jedoch, bei einer schlichten Vorlesung, geht jede Wirksamkeit verloren. Die Veranstaltung hätte vielleicht am Nachmittag gewirkt, reicht aber keineswegs für ein abendfüllendes Programm aus. In den Mittagsstunden singt die Koloratursängerin Clare Probst-Nitschke die große Traviata-Arie und die Glöckchenarie aus Delibes' „Lakme". Es ist eine Stimme, die die Koloratur technisch, außer in den höchsten Lagen, beherrscht, die aber noch nicht zu dramatisch ergreifendem Ausdruck gelangt ist. Im Grunde läßt die Stimme kalt. Alfred Kerr umspielt mit geistreichem Witz und geschliffener Sprache die neuesten Tagesereignisse auf literarischem und kulturellem Gebiet. Er betrachtet sie von hoher Warte aus, während der Conferencier Paul Nikolaus am Vormittag mehr Witze um der Witze willen macht. Allerdings sind diese Witze außerordentlich treffend. Leo Heller bringt Gemütvolles in einer kurzen Vorlesung aus dem Berlin der kleinen Leute.

Leo Lania liest am Montag Kapitel aus seinem Roman „Der Tanz ins Dunkle", der das Leben der verstorbenen Tänzerin Anita Berber behandelt. Es ist kaum ein Roman, soweit man nach den vorgelesenen Bruchstücken urteilen kann, sondern eher eine großangelegte und ausgeführte Reportage, eine dichterische Biographie. Lania ist der völlig objektive Schilderer. Er selbst bleibt im Hintergrund. Nur die Tatsachen sprechen, und diese sind an sich stärker als eine dichterische Variation darüber. Jedenfalls scheint hier ein geglückter Versuch dieser dichterischen Reportage vorzuliegen. — Karin Ebelberg singt nachmittag unter anderem Lieder von Hugo Wolf. Ihre Stimme ist schmiegsam, dunkel und getragen, ihr Vortrag beseelt und zart. Nur die Technik kommt noch nicht mit dem Willen zum Ausdruck mit. — Der preußische Minister Dr. Becker spricht über „Die geistige Krise in der Gegenwart". Das Ende des rein physikalischen Weltbildes verkündet Becker am Beginn seiner Ausführungen. Er gibt darauf eine Kritik der modernen Geisteswissenschaft, die heute durch die Fülle der Erscheinungen noch zu keiner definitiven Form gekommen ist. Geistreich im Detail kommt Becker zu keinem entscheidenden Resultat. Nach dem Sinn des Lebens streben, auch wenn man ihn nicht kennt, das bleibt der Weisheit letzter Schluß. Hamlet ist noch nicht gestorben, wie Becker behauptet. Eine Kritik an der Zeit, aber kein Aufweisen von Wegen ins Neuland, ein geisteswissenschaftlicher Eklektizismus, gekleidet in eine faszinierende Sprache. — Dr. Ludwig Stein hält eine Gedächtnisrede auf den verstorbenen Grafen v. Bülow. F. S.

Ein Verband der Inflationsfreunde.

Der Deutsche Postverband, der einen großen Teil der „gehobenen mittleren" Postbeamten umfaßt, hat bei dem Deutschen Beamtenbund, seiner Spitzenorganisation, Protest dagegen eingelegt, daß der Deutsche Beamtenbund die Beamtenschaft gegen das Volksbegehren aufgerufen hat. Auch hat der Deutsche Postverband es abgelehnt, seine Mitglieder vor der Teilnahme am Volksbegehren zu warnen oder, wie andere Beamtenverbände es getan haben, auf die Stellungnahme des Deutschen Beamtenbundes ausdrücklich hinzuweisen oder den Aufruf der Reichsregierung abzudrucken. Diese Haltung wird verständlich, wenn man erfährt, daß der überwiegende Teil der Vorstandsmitglieder deutschnational und völkisch ist, und daß der Generalsekretär des Deutschen Postverbandes, der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Vogel, Mitglied des Reichsausschusses für das sogenannte deutsche Volksbegehren ist.

Siegreich wolln wir Frankreich schlagen . . .

In einem Kolberger Blatt schreibt der Gutspächter Schimmelpfennig über das Volksbegehren unter anderem:

„In dem Augenblick, wo sich das deutsche Volk gegen Frankreich erhebt, und den Kampf aufnimmt gegen Erpressung und Tribute, ist es mit der Herrschaft der internationalen Pazifisten in Deutschland nämlich vorbei. Deshalb sehen die Machthaber von heute in unserem Freiheitskampf, der durch das Volksbegehren eingeleitet wird, die große Gefahr. Sie fordern den Pariser Tributplan, um unter Frankreichs Schutz ihr Regiment in Deutschland zu sichern. Wir aber wollen eine andere außenpolitische Orientierung, die ihre Spitze bewußt gegen Frankreich richtet und so den deutschen Rhein und — so Gott will — auch einmal das Straßburger Münster wieder freimacht."

Revanchepropaganda im Zeichen des Hugenbergschen Inflationsbegehrens!

„Wir kommen uns heute wie Wahnsinnige vor."

Der Verein derer um Kapps Finanzminister Bang, Herrn Bacmeister u. a., der sich Bund für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft nennt, traf sich im Rheingold zu einem Vortrag des deutschnationalen Stadtverordneten und republikanischen Pensionsempfängers Major a. D. Merkel über den „Sklarek-Skandal". Ueber den Vortrag selbst ist wenig zu berichten: Er war eine Sammlung von Platitüden, eine plumpe Wiederholung des oft vergeblich gemachten Versuches, Sklarek-Skandal und Gemeinwirtschaft zu identifizieren. Der Redner hat auch nicht einen Hauch davon gespürt, daß bei der Privatwirtschaft der persönliche Profit, bei der Gemeinwirtschaft aber der allgemeine Nutzen im Vordergrund zu stehen hat. Wie anders als aus falscher vollkommenen Hilf- und Verständnislosigkeit kann man sich erklären, daß Herr Merkel es der Kommune zum Vorwurf macht, wenn sie im harten Winter 1928/29 sich erfolgreich bemühte, für die frierende Bevölkerung Kohlen selbst unter finanziellem Schaden zu beschaffen? Zum Schluß bekannte sich der königlich preußische Major ausdrücklich gegen die Republik und zur Monarchie.

Das Publikum: ein Tisch biederer Wirtschaftsparteiler, behäbig, bequem, beim Glase Bier das Problem der Kommunalwirtschaft lösend; am andern Tisch frühere Offiziere mit ihren Damen, Glatze, Handkuß, Lorgnon, Pelz; in der Mitte sehr wenig Publikum. Herr Bacmeister sagte beim Schlußwort zum Vortrag des Majors: „Wir kommen uns heute alle wie wahnsinnig vor." Er mag für seinen Kreis recht haben.

Die deutschnationalen Gesinnungsfreunde Bruhn und Pfarrer Wolf wohnten dem Vortrag über den Sklarek-Skandal nicht bei.

Glückwünsche zur Silberhochzeit. 91. Abteilung. Unserm alten bewährten Genossen August Tesner, Weißmannstr. 10, die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Kein neuer Anwaltsskandal.

Die Pressestelle der Berliner Rechtsanwaltschaft gibt folgende Information: „Die in einem Teil der gestrigen Abendpresse verbreitete Nachricht, ein bekannter Berliner Zivilanwalt habe Unterschlagungen in Höhe von etwa einer halben Million begangen, es schwebe eine Untersuchung, der Anwalt werde von Rechtsanwalt Dr. Frey vertreten und die Anwaltskammer befasse sich mit der Angelegenheit, entspricht nicht den Tatsachen. Sowohl bei den Untersuchungsbehörden, wie bei dem Vorstand der Anwaltskammer ist über den behaupteten Vorgang nichts bekannt. Rechtsanwalt Dr. Frey hat erklärt, von der Angelegenheit nichts zu wissen."

Das Generalkonsulat der Polnischen Republik teilt mit, daß die Räume des hiesigen Amtes am 1. November 1929 anläßlich des katholischen Feiertages „Allerheiligen" geschlossen bleiben.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Zunächst noch trocken mit Regenfällen, später zeitweise aufheiternd bei etwas höheren Temperaturen und noch zeitweise etwas Regen. — **Für Deutschland:** Im Norden noch von West nach Ost fortschreitender Regenfällen Temperaturanstieg und zeitweilig aufheiternd. In Mittel- und Süddeutschland größtenteils trübe mit Regen. Temperaturen im allgemeinen etwas höher.

Die Innenmattierung der Glühlampe — ein neuer Fortschritt. Die Osram-Lampen, 15 bis 100 Watt, werden jetzt nicht mehr außen, sondern innen mattiert. Wegen ihrer glatten Außenfläche verschmutzen sie nicht und sehen am Tage wie auch abends, wenn sie leuchten, schöner aus. Außerdem haben sie eine gleichmäßige Lichtverteilung, wodurch störende Lichtflecke auf den Lampenschirmen und -hüllen vermieden werden. Deshalb sollten die neuen innenmattierten Osram-Lampen als bessere Lichtquelle auch an die Stelle jener Glühlampe aus Klarglas treten.

Städtenot und Volkswohlfahrt.

Finanzsorgen der Kommunen und das Schicksal der Werke.

Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben: die deutschen Kommunen werden heute von schweren Sorgen bedrängt, und das Privatkapital sucht sie auf einen Weg zu drängen, der seinen Profitinteressen und seiner Abneigung gegen die öffentliche Wirtschaft entspringt. Wie sind die Kommunen in diese Situation geraten und welche Möglichkeiten gibt es, den drohenden Gefahren auszuweichen?

Zehn Jahre Krieg und Inflation

haben der Kommunalwirtschaft schwere Wunden geschlagen und sie in ihrer Entwicklung gehemmt. Die Volkszahl der Städte wuchs, aber die Ausrüstung der Städte konnte diesem Wachstum nicht folgen. Der Ausbau der Verkehrsmittel, der Straßen, der Versorgungsbetriebe, der Wohlfahrts- und kulturellen Einrichtungen aller Art und nicht zuletzt der Wohngelegenheiten blieben weit hinter diesem Wachstum zurück. Der Heißhunger ist wahrlich nicht verwunderlich, mit dem sich die Kommunen bei der Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse auf den in- und ausländischen Kapitalmarkt stürzten, um die klaffenden Lücken auszufüllen, die Krieg und Inflation in ihre Versorgungstätigkeit gerissen hatten. Eine fieberhafte Investitionstätigkeit begann, in der es galt, die schweren Versäumnisse von zehn Jahren nachzuholen.

Ueberblicken wir heute das Ergebnis dieser Investitionsperiode, so können wir den Städten im allgemeinen das Zeugnis ausstellen, daß sie ihre schwere Aufgabe zufriedenstellend gelöst haben. Fast überall wurden die Verkehrsmittel und Straßen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanlagen dem Raum- und Volkswachstum der Städte angepaßt, wurde Hervorragendes, wenn auch freilich noch immer nicht in ausreichendem Umfange, von den Kommunen im Wohnungswesen geleistet und doch der Wohlfahrtsaufgaben, die durch die Not des Krieges und der Nachkriegszeit vergrößert worden waren, nicht vergessen. **Die kommunale Demokratie hat sich im Wirtschaftsaufbau also glänzend bewährt.**

Aber freilich, es mußten dafür auch schwere Opfer gebracht werden. Die Kommunen waren, da ihre Finanzautonomie aufs äußerste eingeschränkt war, vielfach gezwungen, ihre Wertstarife als Steuerquellen zu benutzen und trotzdem einen großen Teil ihres Finanzbedarfs, der allerdings im wesentlichen produktiven Charakter trägt, auf dem Geld- und Kapitalmarkt zu befriedigen. Es ist bekannt, wie ihnen auch dieser Weg erschwert wurde: In einer Zeit, in der der innere Kapitalmarkt nicht leistungsfähig genug war, den Kapitalbedarf der deutschen — privaten und öffentlichen — Wirtschaft zu decken, wurde

den Kommunen die Beratungsstelle in den Weg gestellt,

deren wichtigste Funktion es war, ihnen den Weg zum ausländischen Kapitalmarkt abzusperren. Es blieb also den Kommunen, wollten sie nicht ihr Gemeinwesen der Verwahrlosung und der Verkümmerung preisgeben, nichts anderes übrig, als zu wesentlich höheren Zinsen inländische Anleihen aufzunehmen oder, soweit auch dieser Weg nicht gangbar war, sich kurzfristig zu verschulden. Und so schwollen denn von der Zeit an, da die Beratungsstelle ihre unheilvolle Tätigkeit aufnahm, die kurzfristigen Schulden der Kommunen immer mehr an. Schon Ende März 1928 hatten die kurz- und mittelfristigen Schulden (mit bis fünfjähriger Fälligkeit) der Gemeinden über 10 000 Einwohner die Höhe von 1145 Millionen Mark erreicht, was rund einem Viertel ihrer gesamten Schulden einschließlich der Altverschuldung entsprach. Seithem aber hat sich die Situation auf dem Kapitalmarkt noch wesentlich verschärft. Die Aufnahme von Auslandskrediten ist völlig ins Stocken geraten und die Ausgabe langfristiger inländischer Anleihen nahezu unmöglich geworden.

Die Situation der Kommunen wird so immer schwieriger. Einerseits ist ihr Investitionsbedürfnis noch lange nicht gesättigt. Der Wachstumsprozeß der Städte geht weiter, stößt aber auf immer größere finanzielle Schwierigkeiten, so daß sich die Städte zu radikalen Einschränkungen ihrer Bautätigkeit genötigt sehen, wie erst kürzlich die Stadt Berlin. Und man muß in dieser Situation trotz der bedauerlichen Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt solchen Entschlüssen der Kommunen Verständnis entgegenbringen. Andererseits haben die kurzfristigen Schulden die unangenehme Eigenschaft, nach dem Ablauf kurzer Zeit fällig zu werden. Aber da die Kommunen einen großen Teil dieser Schulden nur in der Absicht aufgenommen, sie bei günstiger Gelegenheit durch langfristige Anleihen abzulösen, verfügen sie vielfach nicht über die Mittel, die kurzfristigen Verbindlichkeiten zurückzuzahlen. Wenn also die Konsolidierung nicht gelingt, werden im günstigsten Fall diese Kredite von den Gläubigern stillschweigend durch fortdauernde Prolongation in langfristige Kredite verwandelt; oder aber die Gläubiger drängen darauf, daß ihre Forderungen auf irgendeinem Wege befriedigt werden. Und das ist der kritische Augenblick für eine Kommune, die in eine solche Situation gerät.

Wie soll sie fällige kurzfristige Schulden zurückzahlen, wenn ihr der Weg der Konsolidierung, also der Aufnahme langfristiger Anleihen, versperrt ist: im Inland durch den anhaltenden Kapitalmangel, im Ausland durch die Beratungsstelle, aber schließlich auch durch die augenblickliche Unfähigkeit und Unlust des Auslandes, Kapital in Form von Anleihen abfließen zu lassen. Vielfach müssen sich die Kommunen dadurch helfen, daß sie schwere Zinsopfer auf sich nehmen, um ihre alten, kurzfristigen Schulden zu prolongieren oder durch neue abzulösen. Vielfach droht aber nichts anderes übrigzubleiben als ein Ausweg, auf den das Privatkapital die Kommunen planmäßig zu drängen sucht:

die Entkommunalisierung von Betrieben.

Der Direktor der Deutschen Bank Kehl war es, der, nachdem Schacht schon seit Jahren durch seine Attacke gegen die Kommunalwirtschaft den Boden geebnet hatte, auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Düsseldorf diese Parole ausgab, und es ist charakteristisch für die Einstellung des Bürgertums zur Kommunalwirtschaft, daß nicht bloß volksparteiliche Organe wie die „Kölnische Zeitung" diese Parole freudig aufgriffen, sondern auch ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung", das sonst den Interessen der Kommunen verständnisvoll gegenübersteht, die Anregungen Kehls für diskutabel fand.

Die Begründung die diesen Bestrebungen gegeben wird, ist einfach: Wenn ein Privatunternehmer sich zu stark bei einer Bank verschuldet hat, so pflegt die Bank die Konsolidierung seiner Verpflichtungen auf dem Wege anzustreben, daß sie auf die Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft drängt oder, wenn das Unternehmen schon die Form einer Aktiengesellschaft besitzt, auf die Ausgabe neuer Aktien (soweit nicht die Ausgabe von Obligationen zweckmäßiger erscheint). Auf denselben Weg drängt nun das Finanzkapital heute auch die Kommunen. Sie sollen ihre Werke in gemischtwirtschaftliche Unternehmungen umwandeln und mit dem Kapital, das sie durch die Abstoßung von Aktien an die Privatwirtschaft hereinbringen, ihre Schulden bezahlen oder gar ihre Werke ganz dem Privatkapital ausliefern. Die „Deutsche Bergwerkszeitung", das Organ der Schwerindustrie, ließ sich „von amerikanischer Bankseite" versichern, daß das amerikanische Finanzkapital" einer dauernden Interessennahme an öffentlichen deutschen Werken der Kraftwirtschaft und Stromversorgung" nicht abgeneigt wäre. Wie man sieht, hat das Privatkapital keinen schlechten Geschmack und möchte sich die fettesten Bissen herausfischen, um an ihnen möglichst viel zu profitieren.

Was ist zu tun?

Wie man weiß, mußten sich schon einige deutsche Städte dazu entschließen, ihre Kraftwerke an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen abzustoßen bzw. in Verhandlungen darüber einzutreten (so jetzt in Meißen und Bonn). Aber im allgemeinen wäre — soweit es sich nicht um die Vereinigung mit anderen öffentlichen Betrieben handelt, wie bei dem Preußen-Frankfurt-Vertrag — die Beteiligung fremden Kapitals an kommunalen Betrieben oder ihre Abtretung an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen nur als äußerster Ausweg zu beschreiten und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß die Interessen der Kommunen und der Verbraucherschaft wirklich ausreichend gewahrt werden.

Wirkliche Abhilfe aber kann nur auf zwei Wegen kommen: Erstens muß die Beratungsstelle, deren Wirksamkeit bedauerlicherweise bis zum Ende dieses Jahres verlängert wurde, mit Ablauf dieser Frist endlich beseitigt werden, damit den Kommunen der Anleiheweg wieder geöffnet wird. Zweitens aber müssen die Kommunen auf dem Wege über die Finanzreform von ihren Finanzsorgen entlastet werden. Die Bestrebungen der bürgerlichen Finanzpolitiker sind offen oder versteckt darauf gerichtet, die Finanzreform zu einem Druck auf die Kommunen zu benutzen, um sie zur Senkung ihrer sozialen Ausgaben zu zwingen. Eine solche Politik würde sich in der heutigen Situation der Kommunen geradezu katastrophal auswirken. Das arbeitende Volk muß alle seine Kräfte anspannen, um diese Bestrebungen zu vereiteln. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß die Finanzreform den Kommunen neue Einnahmequellen — zu denen freilich eine kommunale Kopfsteuer nicht gehört — erschließt, um sie so von dem Druck zu befreien, der heute auf ihnen lastet.

Der Wahltag des 17. November entscheidet auch über das zukünftige Finanzschicksal der Kommunen. Je größer die Stimmenzahl der Sozialdemokratischen Partei, desto mächtiger die Sicherung, daß die Errungenschaften der Kommunalwirtschaft nicht dem Privatkapital preisgegeben werden, desto stärker und wirkungsvoller auch der Druck auf die gesetzgebenden Körperschaften, um diese zu zwingen, den Kommunen auf dem Wege der Finanzreform beizuspringen und ihre finanzielle Situation zu erleichtern.

Wie lebt der Arbeiter?

Erhebungen des Statistischen Reichsamts.

Die Haushaltsstatistik von Arbeitern und Angestellten ist eine ebenso wichtige als bisher nur offiziell nur unzulänglich gepflegte Erkenntnisquelle für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das Statistische Reichsamt hat nach einer Pause von nicht weniger als rund zwanzig Jahren wieder eine derartige Erhebung durchgeführt, deren offizielle Veröffentlichung uns noch nicht vorliegt, über die aber bereits einiges Material bekanntgegeben wird. Die Erhebung wurde voll durchgeführt bei 2036 Haushaltungen, und zwar bei 964 für Arbeiter, 559 für Angestellte, 509 für Beamte und 4 für sonstige Haushaltungen.

In den erfaßten Arbeiterhaushalten verdienten 43,9 Proz. der Ehefrauen mit. Das Arbeitseinkommen erwachsener Kinder betrug im Durchschnitt 16,6 Proz. des gesamten Familieneinkommens. Von den Buchführern hatten 253 Gartenland, Geflügel oder Kleintierhaltungen; davon arbeiteten 192 mit einem Ueberschuß, 61 mit einem Verlust.

Unter den Verbrauchsausgaben stehen die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel an erster Stelle, und zwar mit 47,9 Proz. in der untersten, mit 14,5 Proz. der Ausgaben in der obersten Einkommenstufe. Die Versicherungsausgaben betragen im Durchschnitt 7,9 Proz. der Gesamtausgaben.

Wie verschieden die gleiche Ausgabenart das Gesamteinkommen belastet, dafür folgende Ziffern: In der untersten und in der obersten Stufe der Haushaltsrechnungen betrug die Wohnungsmiete im Durchschnitt 270 bzw. 440 M.; vom Einkommen sind das in der untersten Stufe 11,9 Proz., in der obersten Stufe nur 8,8 Proz. Heizung und Beleuchtung betrugen rund 98 bzw. 142 M., das sind 4,3 bzw. nur 2,8 Proz. Verkehrsausgaben betrugen rund 25 bzw. 74 M., oder einmal 1,1 und dann 1,5 Proz. Bekleidung und Wäsche erforderten in der untersten und obersten Stufe 237 bzw. 732 M., das sind 10,4 bzw. 14,6 Proz.

Schon diese wenigen Angaben lassen erkennen, daß die Erhebungen des Statistischen Reichsamts wieder recht wertvolle Einblicke in die Lebensführung der arbeitenden Massen gestatten. Wir werden, sobald uns die Publikation vorliegt, darüber noch ausführlicher berichten.

Millionenverluste bei Gothaer Waggon.

Fast das gesamte Kapital verloren.

Während die Mehrzahl der deutschen Waggonwerke die Krise der Stabilisierungsjahre längst überwunden hat und bereits wieder eine hohe Dividende auswerfen kann, ist die Gothaer Waggonfabrik seit vier Jahren aus den Schwierigkeiten nicht mehr herausgekommen.

Schon 1926 war die Gesellschaft gezwungen gewesen, drei Viertel ihres 7,5 Millionen Mark Kapitals zusammenzustreichen und zur Weiterführung des Betriebes das Kapital von 1,8 auf 7,0 Mill. Mk. wieder zu erhöhen. Die Umstellung der Produktion auf den Automobilbau war jedoch ein Schlag ins Wasser. Der Automobilbau (Dixi und Cyklon) stellte hohe Anforderungen an die Finanzen des Unternehmens, so daß eine neue Kapitalerhöhung um 3,0 auf 10,0 Mill. Mk. durchgeführt wurde, ohne daß aber eine Wirtschaftlichkeit des Betriebes erzielt werden konnte.

Der jetzt erst veröffentlichte Abschluß für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1927/28 weist einen Verlust von rund neun Millionen aus, so daß die Verwaltung der Generalversammlung eine neue, weitaus schärfere Sanierungsaktion durch Zusammenlegung des Kapitals von 10 auf 1,0 Mill. Mk. vorschlagen muß. Neun Zehntel des Aktienkapitals sind also verloren. Die Höhe des Verlustes wird mit Betriebsverlusten aus der Umstellung

... Eisenacher und Mylauer Werke sowie mit Bilanzverlusten aus dem Verkauf des Dixi- und Cyklonwerkes begründet. Die Stammbetriebe, die Waggonabteilungen in Gotha, sind zurzeit befriedigend beschäftigt.

Fürsprecher der Entkommunalisierung.

Im Lahmeyer-Bericht. — Bei Dividendenerhöhung von 10 auf 12 Proz.

Die Elektrizitäts-A.-G. vorm. W. Lahmeyer u. Co., Frankfurt am Main, kann für das am 30. Juni abgeschlossene Betriebsjahr 1928/29 eine um fast eine Million erhöhten Geschäftsgewinn von rund 5,4 Mill. Mark ausweisen. Aus dem von 2 auf 2,44 Mill. Mark gestiegenen Reingewinn wird eine Dividende von 12 Proz. gegen 10 Proz. in den letzten beiden Jahren gezahlt.

Die Leistungen der Elektrizitätsunternehmungen sind im Berichtsjahr durchschnittlich um 16 bis 17 Proz. gestiegen, so daß der Stromabsatz auf mehr als 470 Mill. Kilowattstunden anwuchs. Da die Verwaltung im Geschäftsbericht darauf hinweist, daß sie besonders bei den von ihr kontrollierten Verkehrsunternehmungen starke Rücklagen zur Erneuerung geschaffen, also eine entsprechend vorsichtige Dividendenpolitik getrieben habe, so kommt in dem ausgewiesenen Reingewinn der tatsächlich erzielte Ertrag zweifellos nicht zum Ausdruck. Das Interessengebiet der Gesellschaft hat sich, wie der Zuwachs bei den Wertpapieren und Beteiligungen von 26,8 auf 28,1 Mill. Mark zeigt, im letzten Berichtsjahr weiter ausgedehnt, worunter in erster Linie die Beteiligung an der Amsterdamer Finanzierungsgesellschaft für elektrische Unternehmungen fällt.

Dem Lahmeyer-Konzern geht es also sehr gut. Dennoch macht er die Mode mit, in seinem Geschäftsbericht gegen die öffentliche Wirtschaft loszuziehen und die Entkommunalisierung öffentlicher Elektrizitätswerke zu fordern. Die Ueberschüsse der Kommunalwerke scheinen dem Lahmeyer-Konzern, da diese Ueberschüsse wesentlich Posten der städtischen Haushaltrechnungen darstellen, ein Argument gegen die These zu sein, daß öffentliche Werke dem Allgemeinwohl dienen. Sollen die Kommunen die Steuern erhöhen, wenn sie auf diese Einnahmen verzichten? Der Bericht gibt den Kommunen weiter den freundlichen Rat, auf die mit den öffentlichen Werken verbundenen Risiken zu verzichten und sich von der immer stärker steigenden Schuldenlast frei zu machen, mit anderen Worten also, die öffentlichen Werke dem Privatkapital auszuliefern. Lahmeyer wird vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk beherrscht, das kürzlich noch der Stadt Bonn gegenüber, die das RWE. wegen Kreditschädigung öffentlich anklagte, die kommunale Selbsterzeugung für unrichtig erklärte. Man braucht sich also über den merkwürdigen Zungenschlag bei Lahmeyer nicht zu wundern.

Das RWE. und seine Tochtergesellschaften sollen vorsichtig sein; sie sitzen im Glashaus und sollen nicht mit Steinen werfen.

Fusion im Baugewerbe.

Heilmann und Littmann A.-G. — Aktiengesellschaft für Bauausführungen-Berlin.

Die Heilmann u. Littmann Bau- und Immobilien A.-G., München-Berlin, will eine neue Ausdehnung ihres Konzerns durchführen. Die A.-G. für Bauausführungen, Berlin, soll mit der Heilmann u. Littmann A.-G. verschmolzen, durch Rationalisierung der Betriebe, geeignete Arbeitsteilung und Zusammenfassung der Filialen soll mit der Senkung der Unkosten eine Verbesserung der Rentabilität herbeigeführt werden.

Die Heilmann u. Littmann A.-G. steht seit drei Jahren in einem starken Ausdehnungs- und Rationalisierungsprozeß. Seit 1927 hat sie sich eine große Anzahl von Terraingesellschaften angegliedert, ihr Kapital auf 15 Millionen Mark erhöht, die Zahl der Angestellten und Arbeiter auf 2700 erweitert. In den beiden letzten Jahren wurden 8 Proz. Dividende verteilt. Die Gesellschaft verfügt über mehr als 3 Millionen Quadratmeter Baugrundstücke, darunter seit neuerer Zeit sich auch beträchtliche Gebiete in Groß-Berlin befinden. Die A.-G. für Bauausführungen ist weniger Grundstücks- als eigentliche Bauunternehmung. Sie ist an drei weiteren Baugesellschaften beteiligt, verfügt über ein Aktienkapital von 2,5 Millionen Mark und hat zuletzt eine Dividende von 6 Proz. verteilt.

Konsumaufstieg.

GEG. 41 Millionen Mehrumsatz.

Der Gesamtumsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in den ersten drei Vierteljahren 1929 betrug 335 210 480 M. oder 41 937 800 M., gleich 13,89 Proz. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. An Erzeugnissen aus den eigenen Produktionsbetrieben wurde in der Zeit von Januar bis einschließlich September d. J. ein Umsatz von 87 824 300 Mark erzielt, der Mehrumsatz beträgt gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres 11 990 984 M. oder 15,81 Proz.

Die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine erreichte in der gleichen Berichtszeit einen Gesamtumsatz von 14 320 830 Mark oder 2 983 394 M. mehr als in gleicher Zeit des Vorjahres. Vom Gesamtumsatz entfielen auf die Erzeugnisse der Druckerei und Papierwarenfabrik 9 726 954 M. (mehr 1 594 216 M.), auf das Versicherungswesen 4 532 607 M. (mehr 1 409 219 M.) und schließlich auf das eigene Elektrizitätswerk 70 278 M.

Optimismus in der Bergwerksmaschinen-Industrie. Bei dem Bergwerksmaschinenunternehmen, der Schüchtermann und Kremer-Baum-A.-G. in Dortmund, die vor zwei Jahren aus der Verschmelzung von drei gleichgerichteten Unternehmen entstand, hat sich die Verschmelzung bezahlt gemacht. Schon im ersten Geschäftsjahr konnte eine Dividende von 6 Proz. ausgezahlt werden, die auch für das jetzt abgeschlossene Geschäftsjahr 1928/29 beibehalten wird. Die Erträge des letzten Jahres sind trotz der stabilisierten Dividende ganz erheblich gestiegen. So wuchs der Betriebsgewinn um fast 12 Proz. auf 793 000 Mark, so daß bei fast unverändert ausgewiesenem Reingewinn die Abschreibungen um fast 35 Proz. auf rund 386 000 Mark heraufgesetzt werden konnten. Nach dem Geschäftsbericht verfügte das Unternehmen während des abgelaufenen Betriebsjahres durchschnittlich über einen Auftragsbestand für drei bis vier Monate Beschäftigung im Bergwerksmaschinenbau. Die Zukunft wird im Hinblick auf die großen Baupläne der Ruhrzechen und im oberschlesischen Revier für die Industrie der Kohleaufbereitungsmaschinen sehr günstig beurteilt. Das Unternehmen erwartet daher für das neue Geschäftsjahr einen höheren Auftragseingang.

England für Zollfriedenskonferenz. Die englische Regierung hat auf die Anfrage des Völkerbundssekretariats, ob sie bereit sei, an einer Zollfriedenskonferenz teilzunehmen, als erste eine Zusage erteilt. In der Antwort wird gleichzeitig die Wichtigkeit der Tagung besonders hervorgehoben und mitgeteilt, daß sich die englische Regierung durch ihren Handelsminister Graham vertreten lassen werde.

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Dienstag, den 29. Oktober:

52. Abt. Charlottenburg. 19½ Uhr in der Aula der 35. Gemeindeschule, Kamminer Str. 17. Thema: Die Sozialdemokratie im Wahlkampf um die Kommune. Referent: Stadtverordneter Dr. Siegfried Kawerau.

9. Kreis Wilmersdorf. 19½ Uhr in der Johann-Georg-Sälen in Halensee. Referent: Georg Wendt, M. d. R.

12. Kreis Steglitz. 20 Uhr in der Aula des Gymnasiums, Heesestr. Oeffentliche Versammlung der Beamten und Lehrer. Thema: Was erwarten die Beamten von den Kommunalwahlen? Referent: Albert Falkenberg, M. d. R.

85. Abt. Tempelhof. 19½ Uhr in der Aula der Volksschule, Wittelsbacher Korso 48. Referentin: Stadtverordnete Minna Todenhagen.

Morgen, Mittwoch, den 30. Oktober:

131. Abt. Niederschönhausen. 20 Uhr im Lokal Sanssouci, Nordend. Referent: Stadtverordneter Heinrich Schäfer.

91. und 94. Abt. Neukölln. 19½ Uhr im Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstraße 6/11. Referent: Hermann Harnisch, M. d. L.

Oeffentliche Frauenkundgebung!

3. Kreis Wedding. Mittwoch, den 30. Oktober, 19½ Uhr, im großen Pharussaal, Müllerstr. 142, öffentliche Frauenkundgebung. „Die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Stadt Berlin". Referenten: Stadtverordnete Minna Todenhagen, Stadtverordneter Fritz Brolat. — Vorführung des Films „Wirken und Schaffen der Sozialdemokratie im Bezirk Wedding".

Wählerinnen und Wähler, erscheint in Massen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Mittwoch, 30. Oktober, 20 Uhr, kurze wichtige Besprechung des Kreisvorsitzenden und Kreiskassierers mit allen Abteilungsleitern im Lokal Klun, Danziger Str. 71. Die Adressen der Genossen, welche Transparente erhalten, sind mitzubringen.
5. **Kreis Friedrichshain. Achtung, SPD.-Freidenker!** Mittwoch, 30. Oktober, 19½ Uhr, findet eine Kreismitgliederversammlung der SPD.-Freidenker in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a, statt. Parteibuch und Freidenkerbuch legitimiert. — **Mittwoch, 30. Oktober,** 19½ Uhr, außerordentliche Bezirksversammlung im Rathaus. Stadtverordnetensitzungssaal. Tribünenkarten ab 18½ Uhr beim Genossen Felix Fischer, Eingang Spandauer Straße.
7. **Kreis Charlottenburg.** Mittwoch, 30. Oktober, 19½ Uhr, in der Schulaula der weltlichen Schule, Pestalozzistr. 40 (zwischen der Wilmersdorfer und Kaiser-Friedrich-Straße gelegen), **Elternabend der Freien Schulgemeinde.** Lichtbildervortrag des Genossen Wöhe(?): „Berliner Schullandheime".
9. **Kreis Wilmersdorf.** Mittwoch, 30. Oktober, 20 Uhr, bei Ehlenfeld, Uhlandstraße Ecke Günzelstraße. Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit allen Abteilungsleitern. Äußerst wichtige Tagesordnung.
19. **Kreis Pankow.** Mittwoch, 30. Oktober, 19½ Uhr, Versammlung aller SPD.-Freidenkergenossen im Türkischen Zelt, Breite Str. 14. Parteibuch ist vorzuzeigen. — **Freitag, 1. November, 19 Uhr, im Türkischen Zelt, Breite Str. 14, Kreisvorstandssitzung mit allen Abteilungsleitern. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein. — Sämtliche Beamten, Behördenangestellten und Behördenarbeiter der SPD. treffen sich am Freitag, dem 1. November, 20 Uhr, im Türkischen Zelt, Breite Str. 14, zur Wahlveranstaltung. Referent: Stadtrat Genosse Burkhard spricht über: „Die kommunale Arbeit der SPD. im Verwaltungsbezirk Pankow". Gäste willkommen. Der Fraktionsvorstand.**

Heute, Dienstag, 29. Oktober:

8. **Abt.** 20 Uhr bei Rickert, Steinmetzstr. 36a. Sitzung der Weihnachtskommission. Vertreter der Jugend und Kinderfreunde müssen erscheinen.
32. **Abt. Achtung!** Die Bezirksführer holen bei den Gruppenführern Eintrittskarten für den 10. November ab. Die Genossinnen und Genossen müssen zur Demonstration am 3. November eingeladen werden. Treffpunkt 17½ Uhr am Ostbahnhof. Die Genossen werden gebeten, ihre Kinder heute, Dienstag, 17 Uhr, zur Uebungsstunde nach dem Schulhof, Koppenstr. 84, zu schicken. Mittwoch, 30. Oktober, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36a, Freidenkerversammlung. Alle Genossen müssen erscheinen.
33. **Abt.** Die Bezirksführer **Janicker, Paul, Schmidt, Sächtling, Ritter,** holen heute, Dienstag, wichtiges Material vom Genossen Paul Beh, Coblitzstraße 1, ab.
34. **Abt.** Die Eintrittskarten zum 10. November sind umgehend vom Lokal Coblinger Str. 10, abzuholen.
58. **Abt. Mariendorf.** Die Bezirksführer holen sich Handzettel und Flugblätter am Mittwoch, dem 30. Oktober, 18 Uhr, von den bekannten Stellen ab. **Am Donnerstag, dem 31. Oktober,** ab 18 Uhr, Verteilung. Die Genossen vom 1., 2. und 7. Bezirk verteilen vom Lokal Neumeyer, Schöneberger Ecke Kaiserstraße, aus. Alle übrigen Bezirke von Riesdorf(?), Chausseestraße 19, aus.
118. **Abt. Lichtenberg.** 20 Uhr bei Marx, Neue Bahnhofstr. 28, wichtige Funktionärsitzung. Die Betriebsvertrauensleute haben ebenfalls zu erscheinen.

Mitgliederversammlungen und Zahlabende
morgen, Mittwoch, 30. Oktober:

11. **Abt.** 20 Uhr bei Berner, Lenbachstr. 21, Ecke Janastraße(?). Vortrag: „Das Wohnungsbauprogramm der Stadt Berlin". Ref.: Stadtverordneter Bruno Krause.
28. **Abt.** 19½ Uhr in den Germania-Festsälen, Schönhauser Allee 20. Vortrag: „Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung". Referent: Kurt Riehmann(?). **Achtung!** Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.
31. **Abt.** 20 Uhr bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36, Funktionärsitzung.
33. **Abt.** 19½ Uhr in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a, Versammlung aller SPD.-Freidenker.
38. **Abt.** Die Parteigenossen beteiligen sich nach Möglichkeit an der am Mittwoch um 20 Uhr stattfindenden Versammlung der Freien Schulgemeinde in der Aula Dieffenbachstr. 3—6.
46. **Abt. Achtung! Die für Dienstag, 29. Oktober, angegebene Mitgliederversammlung, in welcher Stadtverordnetenvorsteher Johannes Haß sprechen wird, findet nicht am Dienstag, sondern erst am Mittwoch, dem 30. Oktober, 19½ Uhr, im Lokal „Schultheiß am Kreuzberg", Lichterfelder Str. 11, statt. Die Abteilungsmitglieder werden gebeten, dieses zu beachten.**
54. **Abt. Charlottenburg.** 20 Uhr im Jugendheim, Rosinenstr. 4, Funktionärsitzung.
77. **Abt. Schöneberg.** 19½ Uhr bei Will, Martin-Luther-Str. 69, Vortrag: „Sozialdemokratie und Kommunalpolitik". Referent: August Ziemann.
87. **Abt. Marienfelde.** 20 Uhr bei Schuster, Kirchstr. 66, Mitgliederversammlung. Gesinnungsfreunde und „Vorwärts"-Leser haben Zutritt.
83. **Abt. Lichterfelde.** 20 Uhr bei Kattum, Boltestr. 1. Tagesordnung: „Die bevorstehende Kommunalwahl". Parteiangelegenheiten. Verschiedenes. Unsere Bibliothek kann am 2. Mittwoch und am 3. und 4. Montag bei Schmidt benutzt werden.
84. **Abt. Lankwitz.** 20 Uhr bei Lehmann, **Kaiser-Wilhelm-Str. 29—31,** Funktionärsitzung.

Neukölln. 91. Abt. 18 Uhr bei Kühler Materialausgabe. — **91. und 94. Abt.** 19½ Uhr Abteilungsversammlung im Lokal Bergschloßhöhe, Karlsgartenstraße 6—11. Vortrag: „Unsere Arbeit in der Kommune". Referent: Hermann Harnisch, M. d. L. Gesinnungsfreunde und „Vorwärts"-Leser sind eingeladen.

99. **Abt. Britz-Buckow.** 19½ Uhr im Lokal Becker, Britz, Chausseestr. 67. Vortrag: „Die Sozialdemokratie in der Kommune". Referent: Stadtverordneter [illegible].
101. **Abt. Treptow.** Die Bezirksführer kommen zu einer kurzen, wichtigen Besprechung um 18 Uhr pünktlich in der „Vorwärts"-Spedition, Grenzstraße 30, zusammen. Niemand fehle!
127. **Abt. Hohenschönhausen.** Bezirk „Weiße Taube", Siedlung der Kinderreichen. 19½ Uhr, Lokal Kuske, Dingelstädter Str. 60, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der Kampf um die Kommune", „Siedlungspolitik und Wohnungsbau." Referent: Stadtverordneter Hermann [illegible]. Alle Genossinnen und Genossen, „Vorwärts"-Leser und Sympathisierende sind herzlich eingeladen.
134. **Abt. Buch.** 20 Uhr bei Göpfert, Am Bahnhof, Vorstandssitzung mit sämtlichen Funktionären.

Frauenveranstaltungen.

4. **Kreis Prenzlauer Berg.** Heute, Dienstag, 29. Oktober, 19½ Uhr, bei Klun, Danziger Str. 71, Funktionärinnensitzung. Abrechnung der verkauften Karten für den 30. Oktober. Außerdem wichtige Tagesordnung. Mittwoch, 30. Oktober, 19½ Uhr, im Saal des Bezirksamtes, Danziger Str. 64, Film- und Vortragsabend: „Rote Jugend im roten Wien". Ansprache der Genossin Käthe Kern.

47. **Abt.** Heute, Dienstag, 29. Oktober, 19½ Uhr, in der Schule Waldenserstraße 77, Vortrag: „Wohlfahrt und Kommune". Referentin: Bezirksverordnete Erna Kreffe.
84. **Abt. Lankwitz.** Mittwoch, 30. Oktober, 20 Uhr, in Lehmanns Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 29—31, Vortrag: „Die sozialen Aufgaben der Kommune". Referentin: Bezirksverordnete Ella Kay.
108. **Abt. Friedrichshagen.** Donnerstag, 31. Oktober, 20 Uhr, im Stadttheater, am Marktplatz, öffentlicher Frauenabend. Es spricht der Genosse E. Müller über die „Fürsorgetätigkeit der Stadt Berlin". Vor dem Vortrag werden die „Kinderfreunde" einige Lieder und Gedichte zu Gehör bringen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

3. **Kreis Wedding.** Die Lose der Arbeiterwohlfahrt können in Empfang genommen werden bei Genossen Kahlert, Pankstr. 78.

9. **Kreis Wilmersdorf.** Die Vertrauensdamen der Arbeiterwohlfahrt werden gebeten, sich umgehend die Lose der Arbeiterwohlfahrt bei ihren Abteilungsleitern zum Vertrieb abzuholen. Außerdem sind Lose bei der Kreisleiterin, Genossin Gth, Kurfürstendamm 92, zu haben.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands (ASL.), Ortsgruppe Berlin
Fachgruppe der Lehrer an höheren Schulen.

Wichtige Versammlung heute, Dienstag, 29. Oktober, 19½ **Uhr, im Köllnischen Gymnasium, C. 14, Inselstr. 2—5 (am U-Bahnhof Inselbrücke). Vortrag: „Neuestes zu unserer Stellung gegenüber dem Philologenverbande".**

Jungsozialisten.

Gruppe Tempelhof-Mariendorf. Heute, Dienstag, 29. Oktober, 20 Uhr, im Jugendheim Germaniastraße, Eingang Obststraße. Gruppenversammlung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Bezirk Prenzlauer Berg. Gruppe Bil'er Adler. Heute, Dienstag, 29. Oktober, 19½ Uhr, Helfersitzung. Danziger Str. 62.

Geburtstage, Jubiläen usw.

6. **Abt. Bezirk 302. Unserem Genossen Gustav Deblitz zu seinem 60. Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche.**

72. **Abt. Wilmersdorf.** Unserem verdienten Genossen, dem Bezirksverordneten **Gottlieb Beh, und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.**

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

42. **Abt.** Unser lieber Genosse Hermann Thiebecke, Mittenwalder Str. 36, ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung hat bereits am 26. Oktober stattgefunden.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Wanderleiter-Konferenz.

Mittwoch, 30. Oktober, 20 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 4, u. l. Vortrag: „Jugendherbergen und Herbergseltern". Referent: Herbergswalter Alfred Corsalsti von der Jugendherberge Neu-Dahlem(?). Jede Abteilung muß vertreten sein.

Oeffentliche Wahlkundgebung der Arbeiterjugend am Donnerstag, dem 31. Oktober, 19½ Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz. Bundes-Festfilm von Nürnberg. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Kreutziger. Eintritt frei.

Heute, Dienstag, 29. Oktober 19½ Uhr:

Köllnischer Park: Heim Waisenstr. 18. Mitgliederversammlung. — **Rosenthaler Vorstadt:** Schule Elisabethkirchstr. 19. Mitgliederversammlung. — **Westen II:** Heim Pillowstr. 68. Vortrag: „Gemeinschaftsleben auf Fahrten". — **Brunnenplatz:** Weltliche Schule, Pank- Ecke Wiesenstraße. Vortrag: „Revolution oder Evolution?" — **Gesundbrunnen I:** Schule Gotenburger Str. 8. Vortrag: „Unsere Kleidung". — **Schillerpark:** Schule Schöningstraße. Vortrag: „Arbeiterdichtung". — **Wedding:** Heim Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: „Arbeiterjugend und Herbergswerk". — **Wedding (N.-N.):** Schule Nüttlicher(?) Str. 4. Vortrag: „Gemeinschaftserziehung". — **Wedding-Nord:** Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: „Wir und die Gewerkschaften". — **Arnswalder Platz:** Heim Rastenburger Ecke Wehlauer Straße. Vortrag: „Grundsätze des Sozialismus". II. — **Nordost I:** Heim Danziger Str. 62. Vortrag: „Aufgaben der Arbeiterschaft in der Kommune". — **Wörther Platz:** Schule Kastanienallee 82. Vortrag: „Internationaler Kinderschutz". — **Friedrichshain:** Funktionärsitzung im Jugendheim. — **Stralauer Viertel:** Heim Koskestr. 61. Funktionärsitzung. — **Hasenheide:** Heim Wassertorstr. 6. Vortrag: „Kampf(?) ...". — **Südwest:** Heim Lindenstraße 4. Vortrag: „Soziales Wandern". Wir beteiligen uns morgen, Mittwoch, an der Veteranenfeier der 40. Abteilung im „Tivoli" (Kreuzberg). — **Schöneberg IV (N.-N.):** Heim Hauptstr. 18. Alle-Abend. — **Charlottenburg:** Heim Charlottenstr. 4. Vortrag: „Aufgaben des 7. Bezirks". — **Dahlem (N.-N.):** Heim Zehlendorf, Bahnhofstr. 3. Vortrag: „Die Internationale". — **Marzahn(?):** Schule Parkstr. 7. Vortrag: „Panzerkreuzer". — **Steglitz:** Zellerstr.(?), Heim Albrechtstr. 47. Tagespolitische Fragen. — **Britz I:** Heim Rathaus-Chaussee 46. Vortrag: „Berliner Arbeiter". — **Neukölln III:** Heim Flughafenstr. 63. 10-Minuten-Referate. — **Neukölln IV:** Heim Schierkestr. 44. 10-Minuten-Referate. — **Neukölln V:** Heim Böhmische Str. 1—4, Zimmer 2. Vortrag: „Kommunalpolitik". Referent: Gustav Vogel. — **Neukölln VI:** Heim Treptower Straße 83—86. Bunter Abend, III. — **Neukölln VII:** Schule Kaiser-Friedrich-Straße. Vortrag: „Proletarische Maler". — **Neukölln VIII:** Schule Rütlistraße, Zimmer 28. Vortrag: „Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten usw." — **Neukölln IX:** Schule Mariendorfer Weg. Vortrag: „Sexuelle Fragen". — **Neukölln X (N.-N.):** Heim Berzelius(?)str. 39, Raum III. Vortrag: „Was wollen wir Falken(?) ...?" — **Spandau:** Heim Lynarstraße(?) Straße. Mitgliederversammlung. — **Niederschönweide:** Schule Berliner Str. 31. Funktionärsitzung. — **Lichtenberg(?):** Heim Frankstraße. Vortrag: „SPD. und Partei".

Werbebezirk Pankow: Heim Görschstr. 14. Werbebezirksmitgliederversammlung. Vortrag: „Kommunalwahlen und Arbeiterschaft". Referent: Georg Albrecht.

Werbebezirk Zeltowkanal: Der Bildungskursus beginnt nicht heute, sondern erst Dienstag, 5. November.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Sonntag, 3. November, 16 Uhr, findet in der Schulaula, Christburgstr. 49, die internationale Feier „Wider die Grenzen" statt. Aus dem Programm: Musik, Rezitationen, Ansprache der Genossin Mathilde Wurm, M. d. R., Sprechchor, Bewegungschöre, Szenen aus „Rivalen" usw. Eintritt 30 Pf. Die Karten sind bei den Gruppenfunktionären erhältlich. Sämtliche rote Fahnen und Falkenfahnen müssen rechtzeitig mitgebracht werden. Eintrittskarten, die bis zum 3. November, 17 Uhr, nicht abgerechnet sind, müssen bezahlt werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37-38, Hof 2 Tr.

Pankow (Ortsverein). Spieler und Jungkameraden Mittwoch, 30. Oktober, 19½ Uhr, in der Turnhalle Pistoriusstraße. Training. — **Sanitätsabteilung:** Anmeldungen für Sanitätskurse Donnerstag, 31. Oktober, von 20—21 Uhr, im Gaubureau. — **Tempelhof (Ortsverein).** Dienstag, 29. Oktober, 19½ Uhr, Gasttisch in Neu-Tempelhof, Parkschule, Mittelstädter Straße 48. — **Wedding (Ortsverein).** Mittwoch, 30. Oktober, 19 Uhr, Gestellung für die öffentliche Frauenversammlung der SPD. in den Pharussälen, Müllerstraße 142.

Berliner Zither-Klub übt jeden Dienstag, 20½ Uhr, im Clubhaus Ohmstraße 2. Spieler und Gäste willkommen.

Ein neuer Esperantokursus für Anfänger, veranstaltet von der Esperanto-Gesellschaft Charlottenburg, beginnt **Mittwoch, 30. Oktober,** 20 Uhr, in der Kaiser-Friedrich-Schule, Knesebeckstr. 24 (Savignyplatz). Anmeldungen ebenda.

Longfellow English Debating Club. Mittwoch 20 Uhr: Zahnärztehaus Bülowstr. 104, Guttmannsaal: Prof. Wendlandt: Lives of Great Men: Benjamin Disraeli (Lord Beaconsfield).

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, dem 28. Oktober.

1. Rennen. 1. Eitelkeit (H. Schröder), 2. Staubrumpf, 3. Morgan. Toto: 53 : 10. Platz: 12, 10 : 10. Ferner liefen: Fata Morgana, Urania.

2. Rennen. 1. Dornzieher (Rauh jr.), 2. Rabrenbeit(?), 3. Bellealle. Toto: 56 : 10. Platz: 22, 14, 16 : 10. Ferner liefen: Grebe the Great, Speiel, Fehrbellin, Morgengruß 1, Henreka.

3. Rennen. 1. Sophia (Rauh jr.), 2. Alpplache(?), 3. Willes. Toto: 37 : 10. Platz: 26, 28, 21 : 10. Ferner liefen: Ronna, Alpenseuer, Heliotrop, Pfaster.

4. Rennen. 1. Heinrich (Meyenfeld), 2. Harmonia, 3. Parco Tusso. Toto: 31 : 10. Platz: 14, 15 : 10. Ferner lief: Lindengold 1. d'Ogu.

5. Rennen. 1. Marie Luise (G. Hauppert), 2. Lindenmühle I, 3. Vehlah Vola. Toto: 63 : 10. Platz: 24, 44 : 10. Ferner liefen: Trolleur, Fels, Britton.

6. Rennen. 1. Beate (R. Hellwig), 2. Freiberg, 3. Beals Hall. Toto: 98 : 10. Platz: 16, 36, 42 : 10. Ferner liefen: Siegesadler, Peter Hall, Baron Gabler, Wagner.

Fritz Müller-Partenkirchen: Schwarz und weiß

Es war keine lustige Zeit.

Das war die Zeit, wo Vaters Bart das Grau verlor und plötzlich weiß geworden war, schlohweiß.

Oh, Vater war noch stattlich, äußerst stattlich. Fest und aufrecht schritt er hin. Seinen Rücken hatten sie ihm nicht verbiegen können, die Entlassung. Das war's ja gerade — weil der nicht verbiegbar war, deshalb hießen sie ihn gehen.

Fünfzehn Jahre war's so recht gewesen. Die rechte Hand war Vater in der Gießerei. Kein Guß und keine Form, zu der nicht Vater erst sein Ja und Amen hätte sagen müssen. Und sie hätten ihn den Jahren nach den „Alten" heißen können. Sie taten's nicht. Er blieb zu straff dazu. Straff und — gütig.

Da saß der Haken. Dem neuen Generaldirektor war er viel zu gütig gegen solche, die ihm unterstanden.

„Immer sorgt er erst für diese," hieß es, „wo bleibt da das Werksinteresse."

„Das geht nicht länger," sagte der Direktor, „das ist eine Schlamperei, verstehen Sie, eine Schlamperei!"

Alles Frühere war eine Schlamperei beim neuen Generaldirektor. Die Urlaubslänge der Beamten — eine Schlamperei. Pensionsberechtigungen — eine Schlamperei. Schlamperei waren Vaters Prämien an die Gußarbeiter. Und da Vater fest blieb, war sein Werk zu Ende in der großen Gießerei.

Ein Fünfzehnjahreswerk zu Ende in der Gießerei —, das ist nicht dasselbe, wie wenn man einen Federhalter hinlegt, um an ein anderes Pult zu gehen. Bureaubeamte haben es da leichter als ein Gießermeister. Bureaubeamte senken keine Wurzeln in das Hauptbuch oder in das Tintenfaß, bei dem sie gerade stehen. Sie verwachsen selten mit dem einen Pult auf Leben oder Sterben. Anders ist dies in den Hallen einer Gießerei.

Hier senkte Vater seine besten Wurzeln in den Sand der hundert Formen. Hier verwuchs er mit den rotgeschrichenen Hölzern. Hier schweißte Feuersglut und silbern rinnendes Metall den Mann zum Werk an Ort und Stelle. Hier backte er zusammen mit dem Eisen und ward wie es, starr und treu und fest.

Wer aber sagt, die eine Gießerei sei wie die andere, die blauen Flämmchen, die unterm eingelaufenen Gußstück mit den Zungen in die Werkstatt lecken, seien immerfort dieselben, da und dort — ei, der ist noch in keiner Gießerei gewesen. Der hat keine Ahnung, wie es tut, wenn man den Menschen von dem Werke trennt, an das er wuchs.

Der weiß auch nicht, wie's Vater da zumute war, als er zum letzten Male die enge Tür beim Pförtner streifte, durch welche täglich tausend Menschen gingen, kamen, wieder gingen, wie Flut und Ebbe an den Meerespforten.

Der weiß das so wenig wie wir Kinder damals, als der Vater beinah über Nacht mit einem weißen Bart am Tische saß. Unser Jüngster klatschte in die Hände.

„Seht, ach, seht doch, Vaters Bart ist weiß geworden!"

Mutter sagte nichts und blickte immerzu in ihren Suppenteller. Aber Vater scherzte:

„Wir hatten neulich weißes Feuer in der Gießerei, versteht ihr, das hat ihn so weiß gemacht, den Bart."

„Oh, weißes Feuer!" sagte voll Bewunderung unser Jüngster, „weißes Feuer . . ." Und seine Augen träumten wie im Märchen in die Weite. Wir haben Vaters weißes Feuer nie vergessen.

Ich aber war der Aelteste und sah in Vaters Aug' was flackern, was sonst nie darin war: die Sorge. Die Sorge, die ihm jetzt mit Mutter um die Wette übers Haar strich. Die Mutter übers Haupthaar, und die Sorge um den Bart. Woher es schließlich kam, daß Vaters Kopfhaar schwarz blieb, schwarz und wellig, wogegen der Sorge weißes Feuer immer lichter um den Bart des Vaters lohte.

Und jedesmal, wenn Vater von einem vergeblichen Bewerbungsgang vom Bahnhofe kam, schien das weiße Feuer weiter an den Wangen aufgeloht zu haben. Nicht lange mehr, dann mußte es im Kampfe liegen an den Schläfen mit der Mutter Hand. Und wer dann siegte . . .

Einmal saß ich länger über meinen Aufsatz, als ich sollte. Da hörte ich im Nebenzimmer Vaters Stimme:

„Es wäre keine schlechte Stellung gewesen, Mutter. Und er hätte mich genommen — ich sah es deutlich, Mutter — wenn, — wenn nicht der Bart — der weiße Bart — du weißt schon, Mutter."

„Vater," hörte ich der Mutter Stimme zögernd, „Vater, wenn du einmal —"

„Man kann es ihnen nicht verdenken, Mutter. Sie wollen junge Leute haben, Leute, welche keine weißen Bärte —"

„Weißt, Vater, sei nicht böse, aber wenn du einmal ausnahmsweise — ich glaube, es gibt da ein ganz unschädliches Färbemittel, Vater —"

„Mutter, ich hab mein Lebtag nie geflunkert. Soll ich jetzt in meinen alten Tagen . . ."

Da war ich ganz leise durch die Küchentüre auf den Gang geschlichen. Wie im Traume ging es treppenabwärts. Und dennoch weiß ich heute noch wie damals — nein, heute noch viel deutlicher als damals — was für Gedanken mir bei jedem Treppenabsatz durch die jungen Schläfen gingen. Das war also die Sorge.

So jung ich war — so jung — leise knisternd stieg es mir im Innern aufwärts — das weiße Feuer — das weiße Feuer . . .

Dann kam ein Tag, da Vater sich zu Tische setzte, nein, da Vater die Türe öffnete, und ich mir dachte:

„Das ist doch nicht des Vaters Griff. So drückt der Vater keine Klinke nieder — so zögernd und so lautlos?"

Aber dennoch war er's. Unsicher ging er zu dem Mittagstische. An eine Ecke stieß er sich. Unseren Augen wich er aus. Seine schauten bittend in die leere Luft. Warum — warum —?

Plötzlich sah ich's: Vaters Bart war wieder schwarz geworden. Von einem glänzenden, von einem aufdringlichen Schwarz starrte Vaters Bart.

Und dann war's wieder, daß unser Jüngster in die Hände patschen wollte. Ich hörte ihn im Geist schon schreien:

„Seht, ach, seht nur, Vaters Bart ist wieder schwarz geworden!"

Ich aber hob den Blick zum Jüngsten und sah ihn an — drohend, stumm.

Da schwieg er.

Da lohte es wieder weiß über unseren Mittagstisch. Da legte es sich schwer und ehern über diesen Tisch. So schwer und ehern, wie sonst nie vorher und — nie danach. Denn am nächsten Mittagstische — doch halt, ich muß ja erst vom Abend vorher was erzählen.

Also, da es schon dunkel wird, hören wir des Vaters Tritte auf dem Gange, fest und voll. Wieder geht die Klinke an der Türe abwärts, aber gar nicht zögernd. Ja, das ist wieder Vaters rechter Griff . . .

Auf geht die Tür. Vater steht im Zimmer, breit und aufrecht. Schneeluft hat er mitgebracht von draußen. Sie weht von seinem Mantel, frisch und zuversichtlich. Gleich wird er sprechen.

Ja, so denken wir. Und wie ein zweiter Sturmwind fahren wir jetzt über Vater her, wir, die Mutter und die Kinder:

„Vater, was gibt's neues?"

„Vater, rede doch, was ist?"

„Aber Vater, wie magst du uns nur so lange zappeln lassen!"

Vater aber sagt mit seiner alten Ruhe wieder:

„Aber Kinder, laßt mich doch erst verschnaufen . . . So — jetzt den Mantel ab . . . So — und jetzt den Hausrock an . . ."

Da seh ich, wie es heiter über Mutters Züge blitzt: sie drängt nicht mehr, sie weiß genug.

Und so war es auch. Vater hatte wieder eine Stelle. Vater hatte wieder eine Gießerei. Noch größer als die erste. Und nach einer Weile hatte er in diese doch noch seine Wurzeln gesenkt . . .

Was soll ich noch erzählen.

Wie? Der Bart? Der schwarze Bart? Ach so — ja, der ist langsam wieder weiß geworden — ja — wieder weiß — doch von der Sorge nicht . . .

Automatische Zugbeeinflussung

Warum gibt es in unserem Zeitalter der Technik immer noch Eisenbahnunfälle, die auf das Versagen der menschlichen Aufmerksamkeit zurückzuführen sind? Warum haben wir noch immer keinen Apparat konstruiert, der, zuverlässiger als die manchmal versagende menschliche Aufmerksamkeit, diese bei der Beobachtung der Eisenbahnsignale ersetzt? Wann endlich werden wir unsere Eisenbahn mit Einrichtungen ausrüsten, die jeden Unfall, der durch Ueberfahren von Signalen entsteht, vollkommen ausschließen? Das wären die Fragen, die wohl die ganze Oeffentlichkeit bei dem letzten furchtbaren Zusammenstoß in der Nähe Nürnbergs ebenso bewegten, wie noch gar nicht lange zuvor bei dem großen Eisenbahnunglück des Paris-Brüssel-Expreß in Belgien. Für den Bruchteil einer Sekunde nur hatte damals die Aufmerksamkeit eines Lokomotivführers versagt; die Folge waren 10 Tote und mehr als 30 Schwerverletzte. Diese Fragen stellen wir immer wieder, wenn durch Ueberfahren eines Haltsignals sich ein Unfall ereignet; auch dann, wenn ein Verschulden nicht den Lokomotivführer, sondern den Signalwärter treffen sollte.

Wir haben deshalb versucht, auf diese Fragen einmal von der zuständigen Stelle im Zentralamt der deutschen Reichsbahn eine befriedigende Antwort zu erhalten. Es ist seltsam, wie Behörden auf solche Fragen reagieren. Zunächst fühlen sie immer die Verpflichtung, nachzuweisen, daß eigentlich die Frage überhaupt nicht berechtigt ist, und zum Beweis dafür marschieren dann Zahlen auf. In der Tat erschüttern uns diese Zahlen zunächst erheblich in der gemachten Empörung, mit der wir unsere Frage gestellt haben. Die Reichsbahn besitzt auf ihrer Streckenlänge von mehr als 53 000 Kilometer über 92 000 Signale. Irgendeiner von den wütenden Statistikern hat ausgerechnet, daß die Züge der Reichsbahn in einem Jahre insgesamt eine Milliarde mal an einem Signal vorbeifahren. Nachrechnen kann das keiner also tun wir gut, es zu glauben. Eine Milliarde mal blicken die Lokomotivführer der Reichsbahn — alle zusammen natürlich — auf das Signal, um festzustellen, ob grünes oder rotes Licht aufleuchtet, ob der Hebelarm gen Himmel oder quer über die Schienen weist. Und bei dieser Milliarde passieren im ganzen Jahr 20 Irrtümer, denn zwanzig größere oder kleinere Unfälle hat man durchschnittlich in den letzten drei Jahren registriert, deren Ursache im Ueberfahren von Haltsignalen zu suchen war. Das ist in der Tat erstaunlich wenig und zeugt fast für den Menschen gegen das Material und gegen die Maschine, denn ob in einer Milliarde Fällen nicht auch die Maschine zwanzig Versager aufzuweisen hat, das müßte bei allem Vertrauen, das wir zu unseren technischen Apparaten haben, doch erst noch bewiesen werden. In der Tat, die Ausbildung des Reichsbahnpersonals und das Verantwortungsbewußtsein unserer Lokomotiv- und Zugführer ist vorbildlich. Der Dezernent im Reichsverkehrsministerium hat recht, leise über das Erstaunen zu lächeln, das diese Ziffern bei seinem Zuhörer auslösen. Immerhin, so schnell bekennen wir uns nicht geschlagen. Eben diese zwanzig Unfälle sind es ja, die unsere Frage nach dem „Warum?" und dem „Wann endlich?" hervorgerufen haben. Diese zwanzig Unfälle bedeuten vielleicht einige Dutzend Tote und mehr als hundert Verletzte.

Selbstverständlich, so beginnen alle Dezernenten aller Ministerien, die eine unangenehme Frage zu beantworten haben, selbstverständlich macht die Reichsbahn seit Jahren ernsthafte Versuche mit der automatischen Signalsicherung. „Zugbeeinflussungsvorrichtungen", so heißt dieses Kapitel im Schriftengang der Reichsbahn. Es gibt schon Strecken mit Zugbeeinflussungsvorrichtungen — nämlich etwa 29 000 Kilometer, also nicht viel mehr als 50 Prozent des Streckennetzes. Aber mit diesen Zugbeeinflussungsvorrichtungen ist es eben leider nicht so einfach. Sie können leicht eine neue Gefahrenquelle für die Reichsbahn werden. Man muß bedenken, daß in dem Augenblick, in dem die Reichsbahn ihre Signale mit automatischen Zugbeeinflussungsvorrichtungen versieht, in ganz natürlicher Folge die Aufmerksamkeit der Lokomotivführer sinken muß. Das ist nun einmal menschliche Eigenschaft, daß nach Einführung einer bestimmten Sicherung, die ja in allen Fällen funktionieren soll, die Aufmerksamkeit sich erheblich vermindert. Wenn also die Zugbeeinflussungseinrichtung einmal versagt, wenn sie nicht unfehlbar ist, so ist ohne Frage eine neue Gefahrenquelle eingeschaltet, und das Gefahrenmoment vielleicht vergrößert. Die Zugbeeinflussungsvorrichtungen müssen also absolut unfehlbar sein, sie müssen bei jedem Wetter, auch bei Regen, bei Vereisung, bei Schneewehen funktionieren. Das sind Ansprüche, die bisher noch nicht in vollem Maße erfüllt sind.

Es gibt sehr verschiedene Arten und Systeme der Zugbeeinflussung. Teils versucht man es auf mechanischem Wege, indem bei Haltsignal eine Fahrsperre sich zwischen den Schienen hebt, die einen Bremshebel auslöst. Teils versucht man es auf elektromagnetischem Wege. Das Haltesignal schaltet einen elektrischen Magneten ein, der seine Wirkung auf die vorüberfahrende Lokomotive und ihre Luftdruckbremse ausübt. Neuerdings versucht man es durch optische Methoden. Aber alle diese Einrichtungen besitzen noch Mängel und sind noch nicht zur Vollkommenheit entwickelt. Die mechanische Vorrichtung bremst den Zug erst am Haltesignal. Er rutscht also bei großer Geschwindigkeit um ein erhebliches Maß darüber hinaus. Trotzdem hat man diese Fahrsperre auf den Stadt- und Vorortbahnen in Berlin und Hamburg bereits eingeführt und für diese Strecken, die keine allzugroße Geschwindigkeit aufweisen, hat sie sich auch gut bewährt. Auf allen Schnellzugstrecken aber sind wir noch im Versuchsstadium. Die elektromagnetische Zugbeeinflussung ist bisher versuchsweise bei 44 Lokomotiven und auf Strecken von etwa 2000 Kilometer Länge eingeführt. Eine verblüffend einfache Lösung ist die neue optische Zugbeeinflussung, die ihre physikalische Grundlage in der Einwirkung des Lichtes auf eine Silenzelle besitzt. Ein von der Lokomotive dauernd in vertikaler Richtung ausstrahlender Lichtstrahl wird durch einen außerordentlich fein entwickelten Spiegel im Haltesignal auf einen bestimmten Punkt der Lokomotive mit Millimetergenauigkeit zurückgeworfen und belichtet die Silenzelle. Im Augenblick der Belichtung schließt diese den elektrischen Strom, der durch einen Magnetschalter eine Notbremseinrichtung betätigt. Auch mit diesem Apparat wurden Versuche vor allem im Direktionsbezirk München durchgeführt. Er hat sich selbst bei Regen, Schnee und Nebel bewährt. Vielleicht werden wir nicht mehr allzu lange auf die endgültige Beantwortung unserer Fragen durch die Tat warten müssen, vielleicht wird unser maschinenspielendes Zeitalter auch den Apparat erfinden, der die Maschinen bändigt und unter vollständiger Kontrolle hält. K. A. Schilling.

Eine neue Schwangerschaftsdiagnose

Zur Feststellung der Schwangerschaft hatten vor einiger Zeit die beiden Forscher Prof. Dr. Zondek und Prof. Dr Aschheim eine neue Methode angegeben, welche sich auf dem Vorkommen eines bestimmten Stoffes im Urin aufbaute. Um die Angaben der Forscher zu prüfen, übersandte ihnen die Frauenklinik Berlin ohne Angabe irgendwelcher Krankheitszeichen von 48 Patientinnen Urinproben. Zondek und Aschheim sollten nun ohne die geringsten Kenntnisse der Patienten sagen, ob in den einzelnen Fällen wohl eine Schwangerschaft vorliege oder nicht. In 47 von den 48 Fällen trafen die Antworten das Richtige! In nur einem Fall war die Antwort falsch. In einem anderen Fall, bei dem Z. und A. ihre Probe als negativ bezeichneten, handelte es sich wohl um eine Schwangerschaft, die Frucht war aber bereits abgestorben. Nicht in einem einzigen Falle reagierte der Urin mit positivem Ausschlag bei Nichtschwangeren. Dabei ist von größter Wichtigkeit, daß auch bei allen Frühschwangerschaften die Untersuchung das richtige Ergebnis erbrachte, daß immer einige Zeit später von den bestehenden Tatsachen bestätigt wurde. Wenn man bedenkt, mit welcher Sicherheit diese Probe ausgeführt werden kann, so kann die Entdeckung der beiden Forscher gar nicht hoch genug bewertet werden. Denn die Fehler von 2 Prozent, wie sie von Zondek und Aschheim auch schon früher angegeben wurden, sind so minimal, daß sie praktisch kaum ins Gewicht fallen.

Europas erster geographischer Tierpark

Der erste große geographische Tierpark, in dem die Tiere nicht in Käfigen und engen Gehegen gehalten werden, sondern nach ihrem geographischen Vorkommen in ganzen Tiergemeinschaften sich frei bewegen, ist jetzt zu Hellabrunn bei München geschaffen worden. In der Wochenschrift „Die Umschau" schildert Dr. Frickhinger diese wundervolle Anlage, die dem Besucher Eindrücke und Bilder vermittelt, wie er sie niemals im Zoologischen Garten erleben kann. Da sieht man z. B. in der Abteilung „Der deutsche Hochwald" ganze Rudel von Rotwild sich tummeln, während sich in dem Gehege „Waldgelände" Rehe und Hasen, Kraniche, Fasanen, schwarze und weiße Störche frei bewegen. Auf dem Terrain „Grönland" sind Renntiere und Seehunde mit verschiedenen Gänsen und Möwen friedlich vereint. Die „südamerikanische Steppengemeinschaft" schließt die Tiere der südamerikanischen Pampas zusammen, wilde Lamas und Alpacas, Pampashasen, Wasserschweine, Strauße, Hirtenvögel, Ibisse usw. Die packendsten Szenen bieten sich aber in den beiden Abteilungen „Afrikanische Wildsteppe" und „Affenland" dar. In dem Wildsteppengebiet, das auch eine Wildtränke hat, befinden sich Trupps von Zebras, Antilopen Gnus und Weldesel, die munter herumgaloppieren, während sich Marabus in behaglicher Ruhe sonnen und Scharen von Kranichen, Perlhühnern und Störchen hin- und herziehen. Im „Affenland" tummeln sich 150 Affen auf einer weiten Fläche oder hocken, wie die Paviane, auf Felsen. Da sind 90 Mantelpaviane, 10 Bärenpaviane, 25 Drills und Mandrills.

Zum ersten Male sind auch die Haustiere der einzelnen Zonen in Gruppen vereinigt. Die europäischen Haustiere, so die Steppenrinder und die schwedischen hornlosen Rinder, Heidschnucken und andere Schafe, haben ihr Gehege neben den afrikanischen und asiatischen Haustieren, den Dromedaren und Wasserbüffeln, den Kamelen, Yaks und zahmen Zebus. Eine besondere Gruppe bilden die Zwerghaustiere, so die Ponies, die Zwergesel von Ceylon, Zwergziegen aus Kamerun usw. Eine dritte Besonderheit des geographischen Tierparkes ist ein Museum, in dem die Tierwelt der Vorzeit in schönen Zusammenstellungen vorgeführt wird; außerdem finden sich hier biologische Bilder aus dem Tierreich. So eröffnet der Tierpark Hellabrunn ganz neue Wege der Tierpflege und des Tierstudiums.

Zweieinhalb Millionen blinde Passagiere. Aeußerst günstige Reisemöglichkeiten scheinen auf der indischen Zentralbahn zu herrschen. Im Laufe des Jahres 1928 wurden in den Zügen mit erster Klasse etwa zweieinhalb Millionen Passagiere ohne Fahrkarten angetroffen.

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 29. 10.
Staats-Oper Unter d. Linden
A.-V. 234
20 Uhr
André Chenier

Dienstag, 29. 10.
Städt. Oper Bismarckstr.
Turnus II
19½ Uhr
Don Carlos

Staats-Oper Am Pl. d. Republ.
Vorst. 73
19½ Uhr
Hoffmanns Erzählungen

Staatl. Schauspi. am Gendarmenmarkt
A.-V. 207
20 Uhr
Die Weber

Staatl. Schiller-Theater, Charlb.
20 Uhr
2×2=5

SCALA Tägl. 2 Vorstell. 5 und 8½ Uhr Barbarossa 9258
Wochentags 5 Uhr 50 Pf. bis 3 Mark
Tägl. 8½ u. Sonnt. 5 Uhr 1 bis 6 Mark
Letzte Tage!
Charlie Rivel, 3 Whirlwinds, Long Tack Sam usw

PLAZA Tägl. 5 u. 8¹⁵ Sonnt. 2, 5 u. 8¹⁵ Alex. E. 4. 8066
INTERNAT. VARIETE

Grosses Schauspielhaus 8 Uhr:
3 Musketiere

REGIE: CHARELL
3 Sonntag nachm. ungek., halbe Pr.

Renaissance-Theater
Täglich 8¼ Uhr
STEMPELBRÜDER
Schauspiel von Duschinsky.
Regie: Gust. Hartung.
Steinplatz 61. 00 01 u. 2583 84.

Deutsches Theater
D. 1. Norden 12 310
8¼ Uhr
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg.: Max Reinhardt

Kammerspiele
D. 1. Norden 12 310
8½ Uhr
Der Unwiderstehliche
Komödie von Géraldy und Spitzer
Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
J 1 Bismck. 2414/7516
8 Uhr
Kolportage
Komödie von Georg Kaiser
Regie: Erich Engel

Barnowsky-Bühnen
Theater in der Königgrätzer Straße
Täglich 8¼ Uhr
Die erste Mrs. Selby
mit
Fritzi Massary

Komödienhaus
Täglich 8¼ Uhr
Scribbys Suppen sind die besten
mit
Kurt Bois

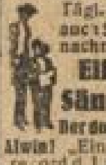
Planetarium am Zoo
Verläng. Joachimsthaler Straße
B. 5 Barbarossa 5578
16¼ Uhr **Herbstabende am Sternenhimmel**
18¼ Uhr **Bis an die Grenzen der Welt**
20¼ Uhr **Rätsel des Sternenlichtes**
Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf. Mittw.: Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236
Bergmann 2922
Täglich 8¼ Uhr
Grand Hotel
Lustspiel von Paul Frank

Metropol-Th.
8¼ Uhr
Lehár dirigiert
Das Land des Lächelns
Vera Schwarz, Richard Tauber

Lessing-Theater
Norden 10846
Gruppe junger Schauspieler
Täglich 8½ Uhr
Cyankali § 218
von Friedrich Wolf

Kleines Theat.
Merkur 1624
Täglich 8¼ Uhr
Max Adalbert
als
Nante
am Flügel
Rudolf Nelson

Theat. am Kottb. Tor
Kottbusser Str. 6
Tägl. 8 Uhr auch Sonnt. nachm. 3 U.

Elite-Sänger
Der doppelte Alwin! „Ein Welt-rekord d. Lach."

Philharmonie
8 Uhr
Beeth.-Brahms-Ab.
des Philharm. Orch.
Dirig. Prof. J. Prüwer
Septett-Beethoven.
Sinfonie No. 1
C-moll-Brahms.
Eintritt 1 Mk.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Frühlings Erwachen

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
2×2=5

Staatsoper am Platz der Republik
7½ Uhr
Hoffmanns Erzählungen

Theater am Schiffbauerdamm
8¼ Uhr
Gefallene Engel

Trianon-Th. Merkur 2391
8¼ Uhr
„Die Ballerina des Königs"
mit
Elisabeth Strickrodt,
Leumann, Strom, Semler, Ludwig, Harden

Direktion
Dr. Robert Klein
Deutsches Künstler-Theat
Barbarossa 3937
8¼ Uhr
Die andere Seite

Berliner Theater
Dönhoff 179 8¼ U.
Zwei Krawatten
von Georg Kaiser
Musik Spoliansky

Theat. d. Westens
Tägl. 8¼ Uhr
Marietta
Musik v. Oskar Straus
Käthe Dorsch
Michael Bohnen

Winter Garten
8 Uhr - Zentr. 2810 - Rauchen erlaubt
Letzte Tage!
„Linder" die Ton-Sensation und weitere Attraktionen.

CASINO-THEATER
Lothringer Straße 37.
Neu! Täglich 8¼ Uhr Neu!
Vertagte Hochzeitsnacht!
und ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser
Gutschein für 1-4 Personen
Fauteuil nur 1.25 M., Sessel 1.75 M.,
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.90 M.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntag nachm. 3
Immer noch:

„Bei de Stettiner"
ulkige Fest-Revue!
Nachmittags halbe Preise, volles Programm!
Billettbest. Zentrum 11263.
Dönhoff-Brettl:
Das große Oktober-Programm!
Falkner-Orchester — Tanz.

ROSE-THEATER Gr. Frankfurter Straße 132
Billettkasse: Alexander 3422
Täglich 8¹⁵ Uhr
(Sonntags 3¼ und 9 Uhr)
Die leichte Isabell
Jeden Mittwoch 3 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein
Jeden Sonnabend 3 Uhr u. jeden Sonntag 2³⁰ Uhr:
Frau Holle

Rennen zu Strausberg
Dienstag, 29. Oktober
nachmittags 1½ Uhr.

VAUEN

Gesundheitspfeife Dr. Perl
Schont Herz und Lunge
Unbedenkl. Rauchen! Ärztlich empfohlen!

Heute zu Tietz:
billige und gute Lebensmittel einkaufen
Verkauf soweit Vorrat — Mengenabgabe vorbehalten

Wurstwaren

Dampfwurst	Pfd. 95 Pf.
Sülzwurst	Pfd. 98 Pf.
Hausm.-Leberwurst	Pfd. 1,05
Fleischwurst	Pfd. 1,20
Jagdwurst	Pfd. 1,20
Corned beef	Pfd. 1,20

GEMUSE UND OBST

Kohlrüben	Pfd. 4 Pf.
Möhren gewaschen	Pfd. 5 Pf.
Weisskohl	Pfd. 5 Pf.
Rotkohl od. Wirsingkohl	Pfd. 7 Pf.
Sellerieknollen	Pfd. 14 Pf.
Dauerzwiebeln	3 Pfd. 20 Pf.
Ess- u. Kochäpfel	Pfd. 10 Pf.
Schweizer Essäpfel	3 Pfd. 25 Pf.
Goldparmänen	Pfd. 14 Pf.
Kochbirnen	3 Pfd. 25 Pf.
Essbirnen grosse Gartenblank	Pfd. 20 Pf.
Paranüsse neue Ernte	Pfd. 62 Pf.

Birkhühner ausländische, St. 1⁵⁰ | **Fettbücklinge** Pfd. 42 Pf.

Käse und Fette

Harzer Käse	Pfd. 40 Pf.
Allg. Stangenkäse 20%	Pfd. 60 Pf.
Dän. Schweizer 20%	Pfd. 95 Pf.
Edamer und Holländer 40%	Pfd. 1,10
Margarine	Pfd. 50 Pf.
Molkereibutter	Pfd. 1,78

Konserven ⅟₁ Dose

Gemüseerbsen	50 Pf.
Jg. Brechbohnen	56 Pf.
Berliner Allerlei	80 Pf.
Apfelmus	58 Pf.
Pflaumen mit Stein	62 Pf.
Hawai-Ananas 8 Scheiben	1,20

FRISCHES FLEISCH

Schweinekamm oder -schaft u. Beilage, Pfd.	1,54
Schweinekoteletts Pfd. von	1,58 an
Schweinebauch u. Beilage, Pfd.	1,28
Kassler mild gesalzen Pfd. von	1,28 an
Bratwurst	Pfd. 1,18
Suppenfleisch	Pfd. von 88 Pf. an
Kalbskeule	Pfd. 1,06
Schmorfleisch	Pfd. 1,28

GEFRIERFLEISCH

Suppenfleisch	Pfd. von 68 Pf. an
Hammelvorderfleisch Pfd.	78 Pf. an
Euter	Pfd. 34 Pf.
Schweineköpfe mit Backe	Pfd. 58 Pf.

Kolonialwaren

Neue Linsen	Pfd. 34 Pf.
Victoria-Erbsen	Pfd. 26 Pf.
Rundbohnen	Pfd. 40 Pf.
Eierbandnudeln	Pfd. 46 Pf.
Burma-Reis	Pfd. 22 Pf.
Gebr. Kaffee Pfd. 2,80, 2,40,	1,90

Reste und Abschnitte
Woll-, Baumwoll-, Wäschestoffe, Seide, Samt, Gardinen, Spitzen usw.
ENORM BILLIG

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Ärzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Leihhaus Moritzplatz 58a. Verkauf von Kavalier-Garderobe, z. T. auf Seide, Jacketts, Fracks, Smokinganzüge, Gabardinemäntel, Backanzüge. Für jede Figur passend. Extra-Angebote für neue Garderobe, Beispielen 30.—, Ulstermäntel 35.—, Sportpelze 35.—, Gehpelze 100.—. Reine Lombardware!

Getragene Herrengarderobe, Spezialist für Bauchfiguren, spottbillig. Neß, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Möbel

Stadtbekannt billige Preise für wirklich gutgearbeitete Möbel, über 300 Zimmerauswahl. Langjährige Garantie! Moritz Dieschowitz, nur Südosten, Skalitzerstraße 29, Hochbahn Kottbusser Tor.

Zahlungs-Erleichterung ohne Preisaufschlag. Schlafzimmer 590.—, Speisezimmer 450.—, Herrenzimmer 380.—, Ankleideschränke mit Spiegel 95.—, Küchen, Polstermöbel. Möbelhaus Stein, Weinbergsweg Nr. 24.

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Schlafzimmer, Ruhebetten, Metallbetten, Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Chaiselongues, wie neu, 20 M. Tauentzienallee 12.

Patentmatratzen, Polsterauflagen, 9.—. Hansastraße 12, Pankow. Schmidtstr. 1.

Ohne Anzahlung. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Polsterwaren, Einzelmöbel usw. zu enorm billigen Preisen mit langfristigen Ratenzahlungen. Fuchs u. Co., Invalidenstraße 35, eine Treppe, Ecke Chausseestraße.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig gutlackierte Anrichteküchen 125.—, 145.—, 195.—, lasierte Küchen 195.—, 275.— usw., Bücherschränke 48.—, 78.— usw., Diplomatenschreibtische 75.—, 98.—.

Speisezimmer, wundervolles Bitzinenbüfett, Kredenz, schwerer Ausziehtisch, echte Lederstühle, 375.—, 495.—, 675.— usw. Badstraße 34.

Herrenzimmer, Bibliothek, Diplomat mit englischen Zügen, runder Tisch, Ledersessel, Lederstühle, 295.—, 375.—, 495.— usw. Badstraße 34.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig Ankleideschränke mit Spiegel 98.—, 135.—, 195.— usw., moderne Bettstellen 36.—, 48.—, 58.—, Patentmatratzen 13.—, 15.—, Auflegematratzen 19.50, 25.—, 38.—, Marmor-Waschtoiletten mit Spiegel 98.—, 125.—, Nachttische 19.50, 28.—.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig Büfetts 98.—, 125.—, 145.—, Ruhebetten, prima Arbeit, 39.—, 45.—, Ausziehtische 39.—, 48.—, 65.—, Rohrstühle 6.50, 7.50, 9.50, Flurgarderoben 20.50, Kochkessel 7.50, 9.50, 14.—.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft spottbillig Schlafzimmer mit großem Ankleideschrank, Marmortoilette, Bettstellen, Nachttische, Stühle, 375.— 495.— 650.— usw.

Rehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten, verkauft nur reelle Tischlerarbeit, auch gegen Teilzahlung bei mäßiger Zinsberechnung. Freie Lieferung, auch nach außerhalb.

Möbelkauf im Fabrikgebäude, in fünf Stockwerken. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel sind musterhaltig aufgestellt. Günstige Zahlungsweise bis 24 Monate. Möbelfachhaus Schumann, Zionskirchstraße 33, Fabrikgebäude Nähe Kastanienallee.

Küchen in roh von 30.— an, lackiert und sofort bis 700.—. Beta, Oranienstraße 188, Ecke Brandenburgstraße, und Luisenufer 11, Fabrikgebäude II.

Möbelkäufer merkt Kredit und bar Möbelbasar, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 455, Speisezimmer 517, Herrenzimmer 389, Spiegelschränke 118, Dielengarnituren 38, Anrichteküchen 98, Messingbettstelle 64, Kleiderschränke 45, Chaiselongues 28, Metallbettstelle 18, Auflegematratzen 13. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung aufschlagfrei, Wochenraten, Monatsraten, Aufgeldnachlaß bis zehn Prozent, auch Anzahlungen. Kleine und ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Mäßige Zinsen. Hauptgeschäft Stralau, Schloßstraße 107; 2. Geschäft Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft Belle-Alliance-Straße 90, Untergrundbahn; 4. Spezialabteilung Neukölln, Hermannplatz 4; 5. Geschäft, neu eröffnet, Kottbusser Straße Nr. 23, am Tor. Katalog franko.

Patentmatratzen „Trimiskina", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Weber, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Einzelmöbel zur Ergänzung. Alle Holzarten. Riesenauswahl. Bekannt billige Preise. Zahlungserleichterung. Möbelhaus Osten, Andreasstraße 30, gegenüber Markthalle.

Musikinstrumente

Konzertpiano, seltene Gelegenheit, schwarzpoliert, kreuzsaitig, 675.—, sowie andere gute gebrauchte 350.—, 475.—, 550.—. Pianofabrik Steinberg, Frankfurter Allee 12.

Leihpianos. Überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Hoffmann Pianos. Stammhaus gegründet 1887. Pianos, Flügel, Harmoniums, 100 Instrumente, Auswahl, anerkannte Tonschönheit, Preiswürdigkeit, günstige Teilzahlungen. Neue Pianos 900 Mark, gebrauchte 400 Mark an. Gelegenheitskäufe. Alte Instrumente Gegenrechnung. Pianofortefabrik Georg Hoffmann G. m. b. H., Berlin SW. 68, Leipzigerstraße 37 (Spittelmarkt).

Ohne Anzahlung. Pianos, gebraucht und neu, Garantieschein. Thür, Kottbusser Damm 64, I (am Hermannplatz).

Sprechapparate. Platten, Werke, Zubehörteile, größte Auswahl. Rockmann, Weinmeisterstraße 14.

Fahrräder

2000 Kinderräder, großer Gelegenheitskauf, 7.50, 12.—, 15.—, 25.—. Kinderdreiräder 9.50, 11.—, 15.— Mark. Rockmann, Weinmeisterstraße 14.

Garten, Laube u. Balkon

Obstbäume aller Art, Beerenobst, Rosen, Ziersträucher in reicher Auswahl. Illustrierte Preisliste gratis. Tempelhofer Baumschulen, Berlin-Tempelhof, Albrechtstraße, Fernspr.: Südring 750.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Lötzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 20 (Haltestelle Adalbertstraße).

Verschiedenes

Schneewitt wäscht Marie Weiße, Köpenick, Parkstraße 2, Telephon 1255. Leibwäsche 15. Abholung Mittwoch.

Detektivbureau Streichel, Chausseestraße 77, Fernsprecher Norden 7868. Beobachtungen, Ermittelungen, Auskünfte allerorts.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Junge Burschen zur Facharbeit verlangt. Scharnierfabrik, Dresdenerstraße 3, Hof 2 Treppen.

Redakteur gesucht!

Thüringisches Parteiblatt sucht per bald Redakteur. Reflektiert wird auf eine Kraft, die bereits in der Redaktion selbständig tätig war, über entsprechende Kenntnisse und Erfahrungen verfügt und über Erfolge berichten kann. Der Bewerbung ist Lebenslauf beizufügen, ebenso ist mitzuteilen, wie lange politisch und gewerkschaftlich organisiert und ob rednerisch befähigt. — Bewerbungen sind zu richten an den

Volksblatt-Verlag in Saalfeld a. S.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 31. Oktober, nachm. 4½ Uhr, im Lokal von Gustav Greifenberger, Ritterstraße 68 (Festsaal)

Versammlung der Silberschmiede

Tagesordnung:
1. Vortrag.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Alle Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 31. Oktober, nachm. 5 Uhr, in Ewalds Vereinshaus, Stalitzer Str. 126

Branchen-Versammlung der Graveure und Ziseleure

Tagesordnung:
1. Vortrag über „Kapital und Arbeit". Referent: Kollege D...ma.
2. Branchenangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Besonders wirksam sind die Kleinen Anzeigen in der **Gesamt-Auflage** des Vorwärts und trotzdem **billig!**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied
Albert Thomas
geboren am 19. Mai 1860, am 25. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Dienstag, dem 29. Oktober, abends 7 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung

Für die mir aus Anlaß meines **80. Geburtstages** zugegangenen Glückwünsche und Ehrungen sage ich allen Uebersendern an dieser Stelle meinen **besten Dank.**
Carl Beilschmidt
Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

Einheitsverband d. Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin
Der Mitgliedschaft zur Nachricht, daß der Kollege
Wilhelm Krämer
Pensionär, früher Schlosser RAW. T., am 26. Oktober 1929 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 30. Oktbr., nachmittags 3½ Uhr, auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung

Am 25. Oktober verschied nach lang. m. schweren Leiden meine liebe Frau, unsere Mutter, Schwieger- und Großmutter
Hedwig Martin
geb. Friedrich
im 72. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Hermann Martin
Die Trauerfeier findet Mittwoch, den 30. Oktober, abends 6½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres l. eben Vaters und Schwiegervaters, des Korrektors
Heinrich Voß
spreche ich meinen tiefgefühlten Dank aus.
Frau Margarete Voß
Charlottenburg, im Oktober 1929.
Sophie-Charlotte-Straße 84.

Hühneraugen
die neuerdings Fußquäler heißen, sowie alle anderen Hornhautstellen beseitigt unblutig
Kukirol
Eine Packung Kukirol-Pflaster mit dem Garantie-Schein kostet 75 Pfennig. Kukirol hilft sicher!
Bei Nichterfolg erhalten Sie Ihr Geld zurück!